A 20111 F
2/4

SOZIALISTISCHE POLITIK

April 1972

BERGARBEITERSTREIK IN GROSSBRITANNIEN
IMPERIALISMUS IN SÜD-OST-AFRIKA

Probleme der VR China
"Reinhaltung des Staatsapparates"
Lehrerausbildung in der BRD

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben in Westberlin
1 Berlin 41 – Postfach 270

Wolfgang Albers

SOZIALISTISCHE POLITIK

4. Jahrgang Nr. 17 April 1972

Seite

AUFSÄTZE UND ANALYSEN

Paul Oehlke	Der Bergarbeiterstreik in Großbritannien	1
Rainer Tetzlaff	Zur kollektiven Imperialismusstrategie in Süd-Ost-Afrika	23

KURZANALYSEN UND BERICHTE

Rainer Lohse	"Reinhaltung des Staatsapparates"	55
Kurt Hartwig	Wissenschaft im Interesse des Kapitals oder der Arbeiterklasse	69
Walter Brusche	Zu einigen Problemen der VR-China	83

DISKUSSION UND BESPRECHUNG

Klaus Pickshaus, Dieter Raulf	Klassenkämpfe in Großbritannien	93
Dorlies Pollmann	Zur Frage: Gleichberechtigung oder Emanzipation?	98

DOKUMENTATION

"Verfassungsfeindliche Kräfte im öffentlichen Dienst" 66

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41, Postfach 270

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv (gemeinsam verantwortlich auch für Anzeigen): Bernard Langfermann, Frank Stern, Hella Stern

Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift

Postscheckkonto Berlin West [illegible] 0 10
Anzeigenpreisliste 2/70
1. - 10. Tausend April 1972

Cover: Gil Funccius, Westberlin
Satz: Hannes Schwenger, Westberlin
Druck: Verlag und Druck Informdienst GmbH Westberlin

Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,–. Im ermäßigten Jahresabonnement (Bezug nur direkt vom Verlag) beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement (6 Nummern) beträgt DM 18,–.

Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit dem Redaktionskollektiv möglich. Sonderdrucke auf Anfrage.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen ganz oder teilweise bei Prospekte des Instituts für Marxistische Studien und Forschung (IMSF), des Luchterhand Verlages, des Nachrichten-Verlages sowie eine Bestellkarte und ein Hinweisblatt der SOPO.

Aufsätze und Analysen

Paul Oehlke

Der Bergarbeiterstreik in Großbritannien

Ein weiterer Schritt zur einheitlichen Klassenaktion

Der sechswöchige Bergarbeiterstreik im Januar/Februar 1972 markiert einen neuen Höhepunkt in den Klassenauseinandersetzungen Großbritanniens, die sich seit 1968 kontinuierlich verschärft haben. Auf die Senkung des Reallohnniveaus durch die einkommenspolitischen Maßnahmen der Labour-Regierung und den sukzessiven Abbau der staatlichen Sozialleistungen hat die britische Arbeiterklasse mit einer rapide anwachsenden Streikbereitschaft geantwortet (1), die bisher weder durch die antigewerkschaftliche Gesetzgebung der Tories noch durch die steigenden Arbeitslosenziffern – über eine Million Anfang 1972 – gebrochen werden konnte. Daß vielmehr eine neue Stufe in der Entwicklung von den betrieblich isolierten Kampfstreiks zur einheitlichen politischen Klassenaktion erreicht worden ist, zeigt der von beträchtlichen Lohnforderungen ausgelöste Bergarbeiterstreik. Ausschlaggebend hierfür waren die sich rapide verschlechternden Lebensbedingungen der Bergleute insgesamt, aber auch eine neue Militanz zahlreicher Bergarbeitergruppen, die von der zunehmenden Klassenaktivität der britischen Arbeiter entfacht wurde. Um die Entstehung des ersten nationalen Bergarbeiterstreiks nach 1926 und dessen Bedeutung für die britische Arbeiterbewegung zu erklären, soll daher zunächst auf die soziale Lage der Bergarbeiter und dann auf die verschärften Klassenkonflikte in Großbritannien eingegangen werden, die selbst wieder vor dem Hintergrund der Krise des britischen Imperialismus im allgemeinen und des verfallenden Bergbaus im besonderen erläutert werden.

1. Die soziale Lage der Bergarbeiter

Die zunehmende Verschlechterung der sozialen Lage der Bergarbeiter ist wesentlich durch den strukturellen Niedergang des Kohlenbergbaus bedingt, der im 19. Jahrhundert die Grundlage der industriellen Produktion bildete. Auf die Kohle als zentralem Energieträger war die Eisen- und Stahlindustrie ebenso angewiesen wie die Transportmittel Eisenbahn und Schiffahrt. Daher konnte die jährliche Kohlenförderung kontinuierlich steigen – von 10 Millionen Tonnen Anfang des Jahrhunderts auf 80 Millionen Tonnen 1860 und 287 Millionen Tonnen 1913. Im gleichen Zeitraum hatte sich die Zahl der Bergarbeiter auf 1,13 Millionen erhöht; das war ein Zehntel der männlichen Beschäftigten überhaupt. Diese Expansion wurde noch durch den Export beschleunigt, der am Vorabend des Ersten Weltkriegs ein Drittel der Kohlenförderung und 10 % der gesamten Exporte betrug. (2)

1 Vgl. hierzu die zusammenfassende Darstellung in: Detlev Albers, Werner Goldschmidt, Paul Oehlke: KLASSENKÄMPFE IN WESTEUROPA, Frankreich – Italien – Großbritannien, Hamburg 1971, S. 193-291.

2 G.C. Allen: BRITISH INDUSTRIES AND THEIR ORGANIZATION, London 1970, S. 38 ff.

a) Zum Niedergang des Bergbaus

Trotz der nach der Jahrhundertwende noch wachsenden Nachfrage begann sich die Kohlenindustrie bereits ihrem Zenit zu nähern. Mit der Erschöpfung der Kohlenflöze erschwerten sich die Abbaubedingungen, der jährliche Produktionsausstoß pro Arbeiter sank. Die höheren Kosten und damit langfristig sinkenden Profitspannen beförderten die Erschließung neuer profitablerer Energiequellen wie Erdöl und Naturgas. Bald verdrängten die ölverbrauchenden Verbrennungsmotoren die auf Kohle angewiesenen Dampfmaschinen. Auch in den Stahl-, Elektrizitäts- und Gaswerken wurde die Kohle zunehmend durch Erdöl ersetzt. Der Rückgang in der Kohlenförderung konnte durch Schwankungen in der Nachfrage auf dem Weltmarkt und in der Binnenkonjunktur allenfalls verzögert werden. So führte der viermonatige Bergarbeiterstreik 1922 in den USA und die Besetzung des Ruhrgebietes 1923 nochmals zu einem Aufschwung des britischen Kohlenexports, der sich in der Weltwirtschaftskrise ebenso wie die inländische Nachfrage wieder drastisch verringerte. Nach einer kurzen Phase der Stabilität in den 50er Jahren hat die Kohle mit der 1957 anhebenden Rezession ihre jahrhundertelange Rolle als entscheidender Energielieferant endgültig eingebüßt.

Tabelle 1

Entwicklung des Brennstoffverbrauchs seit 1957
(Millionen Tonnen Kohle äquivalent)

	1957	1966	1975 (Schätzung)
Kohle	212,9	174,7	120
Erdöl	36,7	111,7	145
Atomenergie	1,7	10,2	35
Naturgas	–	1,1	50

Quelle: "Ministry of Labour, Fuel Policy", November 1967, S. 36, 49.

Der Anteil der Kohle an den Brennstoffen sank zwischen 1957 und 1971 von 85 % auf knapp 50 % und wird 1975 voraussichtlich nicht viel mehr als ein Drittel betragen. Diesen Stand hatte die rasch aufstrebende Ölindustrie bereits 1966 erreicht.

Der säkulare Verfall des Kohlenbergbaus war seit dem Ersten Weltkrieg von staatlichen Eingriffen begleitet, die über Produktions- und Preiskontrollen, Rationalisierungsbeihilfen und Kartellbildung schrittweise zur Verstaatlichung im Jahre 1947 führten. Das war zwar seit Jahrzehnten von den britischen Bergarbeitern gefordert worden, bedeutete zu diesem Zeitpunkt aber nichts anderes als die Sozialisierung einer vor dem Bankrott stehenden Industrie. Für die dringend erforderlichen Rationalisierungsinvestitionen und die Entschädigungen an die ehemaligen Eigentümer mußten faktisch die Bergarbeiter aufkommen. Es wird von der Bergarbeitergewerkschaft (NUM) geschätzt, daß seit der Verstaatlichung etwa 2 Milliarden Pfund aus der Kohlenindustrie gezogen wurden – einmal in der Form von Zinsen für die von den Großbanken finanzierten Neuanlagen, zum anderen von der Regierung, um die Schuldenlast bei den alten Kohlenbaronen zu tilgen. Auf diese Weise wurde der verstaatlichte Kohlenbergbau noch im Zeitraum 1966-70 um 164 Millionen Pfund erleichtert. Der aus den Bergarbeitern herausgepreßte Profit konnte wiederum in prosperierenden Industriezweigen angelegt werden, die zudem wesentlich billiger als die privaten Haushalte mit Energie versorgt wurden. Außerdem lag der Preis für eine Tonne britischer Kohle in den ersten 11 Jahren nach der Verstaatlichung 1,50 - 2 Pfund unter den westeuropäischen Sätzen. Bei Engpässen mußte die nationale Kohlenbehörde

(NCB) die von der britischen Industrie benötigte Kohle zu den höheren Weltmarktpreisen – etwa für eine Milliarde Pfund – importieren, die allerdings nur zu dem inländischen Preis verschleudert werden durfte. (3) Davon profitierten die ebenfalls verstaatlichte Elektrizitäts- und Stahlindustrie, die diesen Preisvorteil an die verarbeitende Industrie, insbesondere den exportintensiven Maschinenbau weitergeben konnten.

An dem britischen Bergbau wird beispielhaft das Dilemma verstaatlichter Industrien innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise offenbar. Die Nationalisierung des britischen Kohlenbergbaus stellte keinen ersten Schritt auf dem Wege zum Sozialismus dar, da die britischen Regierungen, vor allem aber die Labour-Kabinette unter der Parole einer Rationalisierung der britischen Wirtschaft, nur die sinkenden Profite des Monopolkapitals durch billige Energiezufuhr erhöhten. (4) Diese Hilfsfunktion des Kohlenbergbaus mußte freilich in dem Maße entbehrlich werden, wie die alten Eigentümer entschädigt und neue Energiequellen verstärkt konkurrenzfähig wurden. In der Konkurrenz zwischen einer Monopolprofite erzielenden Ölindustrie und dem verstaatlichten Bergbau wurde eine umfassende Energiepolitik verhindert; die Ansätze für eine Planung der Kohlenproduktion scheiterten.

Im Jahre 1950 hatte die Kohlenbehörde die Nachfrage nach Kohle für die Mitte der 60er Jahre auf 230-250 Millionen Tonnen und die Zahl der Bergleute auf 618 100 geschätzt. Sechs Jahre später wurde dieses Ziel jedoch auf 1970 verschoben und die Zahl der Bergleute auf 672 400 kalkuliert. 1959 wurde dagegen das Volumen für 1965 nur noch auf 200-215 Millionen veranschlagt, die Zahl der Bergleute auf etwa 600 000. Die tatsächliche Entwicklung ging allerdings mit 188 300 Millionen Tonnen und 446 800 Beschäftigten noch schneller bergab. Dieser chaotische Zustand änderte sich auch nicht mit dem Antritt der Labour-Regierung, die 1965 den Markt für Kohle im Jahre 1970 auf 170-180 Millionen Tonnen plante – eine Marktverengung, die schon 1967 eintrat. (5) Trotz aller zuvor gegebenen Versprechungen versteiften sich die verantwortlichen Labour-Minister nun auf den Grundsatz des freien Wettbewerbs zwischen der von den Großbanken, den alten Eigentümern und dem privaten Zwischenhandel ausgezehrten Kohlenindustrie und den mächtigen multinationalen Ölkonzernen, die trotz einer in den letzten Jahren angestiegenen Ölsteuer im Vorteil waren. Dabei darf nicht vergessen werden, daß dem verstaatlichten Bergbau 1967-70 nur 57 Millionen Pfund an laufenden Zuschüssen gewährt wurde, dem privaten Kapital in der verarbeitenden Industrie dagegen Beschäftigungsprämien in der Höhe von 635 Millionen Pfund und 1,7 Milliarden Pfund an Investitionsbeihilfen. (6)

---

3 SOCIALIST WORKER, 8. Januar 1972, S. 6 f.

4 Einen marxistischen Erklärungsversuch für den strukturellen Niedergang bestimmter Industriezweige und deren Verstaatlichung liefert der mittlerweile in der Bundesrepublik bekanntgewordene Paul Boccara mit der Theorie der Überakkumulation und Kapitalentwertung. Siehe auch: TRAITE MARXISTE D'ECONOMIE POLITIQUE. LE CAPITALISME MONOPOLISTE D'ETAT, Tome 1, Paris 1971, S. 27 ff. Eine erste Einführung hierzu gibt Werner Goldschmidt: "Der Beitrag der Gruppe "economie et politique" zur Ausarbeitung einer Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus", in: ÖKONOMISCHE THEORIE, POLITISCHE STRATEGIE UND GEWERKSCHAFTEN, Frankfurt/Main 1971, S. 96 ff. (Vgl. auch P. Boccara: "Übersicht über die Theorie der Überakkumulation – Entwertung des Kapitals und die Perspektiven der fortschrittlichen Demokratie", in: SOPO 16/1972, S. 1 ff. – Red.)

5 Lawrence Daly: "A Future of the Miners", in: TRADE UNION REGISTER, London 1970, S. 53 ff.

6 Vgl. die Ausführungen des Sekretärs der Bergarbeitergewerkschaft von Kent: Jack Dunn: "The Miners' Case", in: MORNING STAR, 14. Januar 1972.

b) Arbeits- und Lebensbedingungen

Unter den hier skizzierten staatsmonopolistischen Konkurrenzbedingungen mußte die Bergarbeitergewerkschaft mit der Kohlenbehörde bei der Stillegung zahlreicher Gruben zusammenarbeiten, um die Kohle mit Erdöl und Naturgas konkurrenzfähig zu halten. Die Kohlenförderung wurde in wenigen Gruben konzentriert, in denen eine beschleunigte Mechanisierung stattfand – von 2,4 % im Jahre 1948 auf 92,2 % im Jahre 1971. Dadurch konnte sich die Produktivität pro Schicht im Zeitraum 1957-71 um 77,5 % erhöhen. Der Produktivitätszuwachs von mehr als 5 % jährlich war ohne Beispiel in der britischen Industrie, 1967-68 und 1968-69 lag er sogar bei 6,7 % und 9 %. Diese Rationalisierungswelle führte zu einer massiven Freisetzung von Bergarbeitern. Von 1941-58 schwankte ihre Zahl noch um 700 000, danach fiel sie aber mit der Schließung von etwa 500 Gruben kontinuierlich auf 287 000 im Jahre 1971.

Tabelle 2

Förderung, Beschäftigung und Produktivität im Kohlenbergbau von 1958 - 68

Jahr	Förderung (in Mill. Tonnen)	Beschäftigung (in Tausend)	Produktivität (Ausstoß pro Schicht in Zentnern)
1958	202	693	25,6
1959	195	658	26,9
1960	186	602	28,0
1961	182	571	28,9
1962	189	551	31,2
1963	190	524	32,9
1964	187	498	34,4
1965	180	466	35,9
1966	168	427	36,4
1967	165	401	38,2
1968	157	350	41,7

Quelle: G.C. Allen: "British industries and their organization", London 1970, S. 72-74.

Mit der Stillegung zahlreicher Zechen begannen ganze Bergarbeiterdörfer zu verwaisen, deren männliche Einwohner nun für lange Zeit keine Arbeit mehr fanden, ganz zu schweigen von den kranken und alten Bergarbeitern. Die Bergarbeitertäler von Wales und Schottland wurden wie schon in den 30er Jahren zu Notstandsgebieten. (7) Von dieser Verarmung sind aber seit 1966 auch prosperierende Bergbauregionen wie in Yorkshire betroffen worden. In Orten wie Hemsworth, South Elmsall, South Kirkby, Great Houghton hatte im Oktober 1970 jeder achte Mann keine Arbeit. Vor allem die älteren Arbeiterfamilien müssen oft in schlechte, verfallende Häuser ziehen, um wenigstens die Miete zahlen zu können. Dabei verschlechtert sich in der Regel der Gesundheitszustand der häufig invaliden und lungenkranken Bergleute (8), die zu einem großen Teil über Tage beschäftigt werden. In Derbyshire hat man festgestellt, daß ein Drittel der Übertagearbeiter eine Verletzung oder Krankheit erlitten hat, die einen Anspruch auf öffentliche Entschädigung oder eine besondere Beihilfe des Managements rechtfertigt.

Die hohe Krankheitsquote unter den Bergarbeitern verweist darauf, daß sie nach wie vor unter harten Arbeitsbedingungen arbeiten müssen: Untertage an den Flözen zum Teil auf den Knien sitzend oder auf dem Bauch liegend, von Wasserlachen umgeben und bei großer Hitze. (9) Häufig müssen sie Staubmasken benutzen und starken Lärm ertragen. Zudem sind sie ständig Gefahren ausgesetzt wie Schlagwetter, Wassereinbrüchen und Stolleneinstürzen. Angesichts der schweren Arbeit untertage kam die von der Regierung 1972 eingesetzte Schlichtungskommission zu dem Ergebnis, daß es bei keiner anderen Tätigkeit eine derartige Kombination von Gefahren, Gesundheitsrisiken und unbequemen Arbeitsbedingungen gebe. (10) Dem entspricht die hohe Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten wie Nystagmus (Augenzittern) und Pneumoconiosis (Staublunge). Seit 1947 starben 6494 Bergarbeiter an Arbeitsunfällen, 1970 waren es noch immer 92. Die um 12 % höhere Todesrate im Vergleich zur gesamten Industriearbeiterschaft rechtfertigt auch heute noch das geflügelte Wort von "blood on the coal". Im Jahre 1971 erlagen 595 Bergleute Lungenkrankheiten, von denen etwa jeder zehnte Bergarbeiter betroffen ist. (11)

Den schweren Arbeitsbedingungen entspricht aber keinesfalls Urlaub, Arbeitszeit und Verdienst. Während sich die manuellen Arbeiter in weniger gefährlichen Industrien zum Teil über drei Wochen bezahlten Urlaub erkämpft haben, wird den Bergarbeitern von der nationalen Kohlenbehörde erst seit einigen Jahren ein zweiwöchiger Urlaub gewährt, vorher war es nur eine Woche. Das gleiche Mißverhältnis trifft auf die Arbeitszeit zu, die im Oktober 1970 bei den männlich Beschäftigten der verarbeitenden Industrie 44,9 Stunden, im Bergbau aber 51,8 Stunden in der Woche betrug. Dadurch konnten die Bergarbeiter zwar ihre Effektivverdienste etwas aufbessern, der Stundenlohn lag im Oktober 1970 jedoch mit 0,56 Pfund beträchtlich unter dem der Arbeiter im Maschinenbau mit 0,64 Pfund, der Chemie mit 0,65 Pfund oder dem Fahrzeugbau mit 0,77 Pfund. (12) Selbst mit Überstunden verdienten die schlechter entlohnten Übertagearbeiter im April 1969 etwa 7 Pfund in der Woche weniger als der Industriearbeiter im Durchschnitt. Im September 1968 hatten 29 % der Übertagearbeiter nach einer Übersicht des Arbeitsministeriums weniger als 15 Pfund Wochenlohn, etwa 23 000 weniger als 14 Pfund. Heute lebt ein knappes Drittel der Bergarbeiter – in Zahlen 88 000 – am Rande des staatlich anerkannten Existenzminimums. (13)

c) Die Entwicklung der Löhne

Bis 1965 standen die Bergarbeiter noch an der Spitze der Lohnskala; 1957 lagen ihre Verdienste sogar 25 % über den Löhnen in der verarbeitenden Industrie, heute bereits erheblich darunter.

7 Diese Entwicklung zeichnete sich schon Anfang der 60er Jahre ab. Vgl. Jürgen Kuczynski: DARSTELLUNG DER LAGE DER ARBEITER IN ENGLAND VON 1900 BIS ZUR GEGENWART, Berlin 1965, S. 250 f.

8 Roy Hudson: "The plight of pit villages", in: FINANCIAL TIMES, 12. Oktober 1970.

9 Chris Evans: "A Miners' Life", in: WORK, Vol. 2, Harmondsworth 1969, S. 41-55.

10 "The Wilberforce Report on Miners' Pay", in: FINANCIAL TIMES, 19. Februar 1972.

11 SOCIALIST WORKER, 8. Januar 1972.

12 DEPARTMENT OF EMPLOYMENT GAZETTE, Februar 1971, S. 221.

13 Nach Aussage des Präsidenten der Bergarbeitergewerkschaft Joe Gormley: "Miners' Pay – we are determined to win", in: MORNING STAR, 22. Dezember 1971.

Tabelle 3

Durchschnittliche Wochenverdienste in der verarbeitenden Industrie und im Kohlenbergbau (in Pfund)

Industrie	Oktober 1960	Oktober 1965	Oktober 1970
Verarbeitende Industrie	15,11	20,16	28,91
Kohlenbergbau	16,28	21,21	28,01
Kohlenbergbau in % der verarbeitenden Industrie	107,4	105,2	96,6

Quelle: "The Wilberforce Report on Miners' Pay", in: "Financial Times", 19. Februar 1972.

Der relative Verfall der Bergarbeiterlöhne seit 1966 wurde wesentlich durch die nationale Vereinbarung über die mechanisierte Kohlenförderung (National Power Loading Agreement) eingeleitet, von der 1966-67 über 50 % der Bergarbeiter, im Frühjahr 1968 etwa 80 % und mit der mittlerweile fast abgeschlossenen Mechanisierung nahezu alle Arbeiter erfaßt worden sind. In diesem Abkommen zwischen Kohlenbehörde und Bergarbeitergewerkschaft wurden die lokal ausgehandelten Stücklöhne durch nationale Tageslöhne ersetzt. Die Gewerkschaft hatte für das neue Zeitlohnsystem plädiert, um langfristig eine größere Lohnsicherheit zu erlangen, um geologisch bedingte unterschiedliche Förderleistungen auszugleichen, die einzelne Arbeitergruppen stark benachteiligten, um die natürlichen Vorteile der jungen und gesunden Arbeiter untertage gegenüber den älteren und oft verletzten Arbeitern übertage abzubauen und die Zahl der Arbeitsunfälle zu vermindern. Dagegen wollte die Kohlenbehörde die Lohnkosten senken, indem einmal die Arbeitsleistung intensiviert, zum anderen die Lohndrift beseitigt wurde.

Militante Arbeitergruppen wie die von Doncaster konnten sich in den lokalen Verhandlungen zwischen Grubenmanagement und gewerkschaftlicher Betriebsgruppe bestimmte Kontrollrechte über die unmittelbaren Arbeitsbedingungen und hohe Stücklohnraten erkämpfen. Das war das Signal für andere Bergarbeitergruppen, ausgleichende Lohnforderungen zu stellen. In dieser Lohnbewegung erweiterte sich die Kluft zwischen Tariflöhnen und Effektivverdiensten – eine Lohndrift, die vor allem im Maschinenbau und der Autoindustrie nachgewiesen worden ist. (14) Deshalb versucht das Management, von den auf Gegenseitigkeit (mutuality) beruhenden Lohnverhandlungen über lokal unterschiedliche Leistungsfaktoren herunterzukommen, indem die Akkordlohnsysteme in Zeitlöhne mit vom Management eingerichteten Produktionsnormen wie "Measured Day Work" überführt werden. (15) Damit soll den gewerkschaftlichen Betriebsgruppen die Mitbestimmung bzw. Kontrolle über Maschinenbesetzung, Arbeitsbelastung und Arbeitstempo wieder entrissen werden, was in der nationalen Vereinbarung über die Kohlenförderung deutlich ausgesprochen wird: "Die Kohlenbehörde und die Gewerkschaft halten einen Tageslohn für angemessen, da sich die Techniken des Kohlenabbaus so weit entwickelt haben. Die Voraussetzung hierfür ist aber, daß Arbeitsplatzstudien eingeführt werden, um die

14 Vgl. WORKSHOP WAGE DETERMINATION, hg. von Sh.W. Lerner, J.R. Cable und S. Gupta, Oxford 1969; KLASSENKÄMPFE IN WESTEUROPA, S. 218-221.

15 Vgl. hierzu: Tony Topham: "The implication of "package deals" in British collective bargaining", in: INTERNATIONAL SOCIALIST JOURNAL, Nr. 5-6, Sept.-Dez. 1964, S. 520-541; Tony Cliff: THE EMPLOYERS' OFFENSIVE, PRODUCTIVITY DEALS AND HOW TO FIGHT THEM, London 1970; Bert Ramelson: PRODUCTIVITY AGREEMENTS – an Exposure of the latest and greatest swindle on the wages front, a Communist Party pamphlet, London 1970.

optimale Maschinenauslastung und die Zahl der Arbeiter an jeder Anlage pro Schicht zu bestimmen." (16) Überwachung der Arbeiter und Regulierung des Produktionsprozesses. bedingten mehr Aufsichtspersonal, das im Verhältnis zu den Arbeitern von 1:12 im Juni 1967 auf 1:9,5 im Juli 1968 gestiegen ist. (17)

Mit der Einführung eines nationalen Tageslohnes wurden die lokalen und regionalen gewerkschaftlichen Verhandlungsträger geschwächt, die Konfliktursachen weitgehend reduziert und schließlich mit der Lohndrift zugleich die Verdienste gemindert. Während die Grundlöhne der Bergarbeiter untertage im April 1970 bereits mehr als vier Fünftel der gesamten Verdienste ausmachten, bestand in den Produktionsgüterindustrien ein Drittel der Effektivverdienste aus lokal ausgehandelten Leistungsfaktoren. Da diese Differenz nicht durch entsprechend höhere Grundlöhne ausgeglichen wurde, fielen die Bergarbeiter in der Lohnskala der Industriearbeiter von der Spitze auf den 16. Platz zurück (vgl. Tabelle 3). Das hing zum Teil mit dem gewerkschaftlichen Ziel zusammen, die regional unterschiedlichen Lohnraten anzupassen. Dabei wurden die höheren kaum aufgebessert und der Anstieg der niedrigen Lohnraten in Schottland, Durham und Süd-Wales fing nicht einmal den ständigen Kaufkraftverlust auf, so daß die Reallöhne aller Bergarbeitergruppen sanken. Ein Teil der Bergarbeiter mußte bei dieser Anpassung sogar eine Senkung des Nominallohnes hinnehmen, was die Gewerkschaft der Schlichtungskommission durch mehrere Zeugen bewies: (18)

> Jack Collins – ein 42jähriger Hauer aus Kent, verheiratet und zwei Kinder – arbeitet seit 27 Jahren im Bergbau. Er sagte, daß fast alle Arbeiter in der Snowden-Zeche wegen der großen Hitze nackend arbeiten müssen. Die Kohlenbehörde versuchte mit der Ausgabe von Salztabletten "die Männer eher zu ermutigen unter heißen Bedingungen zu arbeiten, als diese zu verbessern". Seit der Mechanisierung müßten die meisten Kollegen wegen der Staubentwicklung Atemfilter tragen. Da ein Kind noch zur Schule gehe, habe er sich vier Jahre lang keinen Urlaub leisten können, was aber typisch für diese Industrie sei. Heute verdiente er nur 5 Pfund pro Schicht, 1963 dagegen 5,50 Pfund.
>
> Peter Lippiat erhielt 1967 für seine Arbeit an einem mechanisierten Flöz 4,34 Pfund pro Schicht, 1968 waren es an einem anderen Arbeitsplatz zwischen 5,50 - 6 Pfund, 1969 waren es 4,60 Pfund, heute sind es für fünf Schichten 30 Pfund.
>
> Gerald Thorne – ein niedrig bezahlter Untertagearbeiter mit fünf Kindern – sagte, daß er in der Woche nur 17 Pfund verdiene. Er erhalte alle "möglichen Beihilfen": freie Schulmilch, Schulmahlzeiten, Rezepte usw. In der Woche bezahlt er 3,70 Pfund Miete.

Zugleich lasteten auf ihnen die steigenden Lebenshaltungskosten und die unter Labour erhöhte Einkommenssteuer, die sich bei kinderreichen Familien verheerend auswirkte. (19) Für die seit 1957 außerordentliche Produktivitätssteigerung wurden die Bergarbeiter und ihre Familien mit einer höheren Arbeitsleistung, sinkendem Lebensstandard, Arbeitslosigkeit und Verarmung belohnt. Die Demoralisierung der Bergarbeiter schlug sich in einer stetig abnehmenden Zahl von Streiks nieder, die in der übrigen Industrie zunahmen.

16 NATIONAL POWER LOADING AGREEMENT.

17 R.H. Heath: "The National Power Loading Agreement in the Coal Industry and some aspects of Workers' Control", in: TRADE UNION REGISTER, London 1969, S. 185-200.

18 "The Wilberforce Court of Inquiry", in: FINANCIAL TIMES, 16. Februar 1972.

19 Vgl. ECONOMIC TRENDS, HMSO, Februar 1969, S. 30.

Tabelle 4

Zahl der Streiks in der britischen Industrie von 1957 - 1965

	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965
Kohlenbergbau	2224	1963	1207	1666	1458	1203	987	1058	740
Übrige Industrie	635	666	786	1166	1228	1246	1081	1466	1614

Quelle: "Royal Commission on Trade Unions and Employers' Associations 1965-1968" (Donovan-Report), London 1969, Cmnd. 3623, S. 96.

Daß die Bergarbeiter nach diesem Rückgang in ihrer Streikaktivität überhaupt eine neue Militanz entwickeln konnten, die sie schließlich an die Spitze des Kampfes der britischen Arbeiterklasse gegen die konservative Regierung brachte, hängt wesentlich mit den sich insgesamt verschärfenden Klassenauseinandersetzungen zusammen. Der konzertierte Angriff auf die betrieblichen Arbeitsbedingungen, die soziale Lage und politische Stellung der britischen Arbeiter hatte zu einer massiven Lohnbewegung und politischen Massenstreiks geführt, die auf die ehemals kampfstarken Bergarbeiter zurückgewirkt haben. Deshalb werden zunächst die gesellschaftlichen Konflikte im allgemeinen skizziert, die von den wachsenden Verwertungsschwierigkeiten des britischen Monopolkapitals bestimmt wurden.

2. Strukturkrise und Klassenkonflikte seit 1965

Das veränderte Niveau der Klassenauseinandersetzungen in Großbritannien steht in engem Zusammenhang mit den sich seit Mitte der 60er Jahre zuspitzenden Strukturproblemen des britischen Imperialismus, die gegenwärtig zu einer akuten Krisensituation geführt haben. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 600 000 gegen Ende 1970 auf über eine Million Anfang 1972. Das entspricht mehr als 4 % der aktiven Bevölkerung und knapp 6 % der männlichen Beschäftigten. Zugleich verschlechterte sich die soziale Lage der Arbeiterklasse durch die um 9-10 % gestiegenen Lebenshaltungskosten, die von den erkämpften Lohnerhöhungen nicht mehr ausgeglichen werden konnten. Die Produktion in der verarbeitenden Industrie ging zurück – vom Oktober 1970 bis zum Oktober 1971 um 1,6 %. Dagegen stieg der Ausstoß pro Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie im gleichen Zeitraum um 4,4 %. (20)

a) Verwertungsprobleme und Lohnkostenkontrolle

Die Gleichzeitigkeit inflationärer und rezessiver Tendenzen der letzten Jahre kennzeichnet eine andauernde Krise des britischen Kapitalismus, der nacheinander seine führende Stellung als Industrie-, Handels- und auch Finanzzentrum verloren hat. Der prozentuale Anteil Großbritanniens an der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder fiel von 18 % im Jahre 1900 auf 9 % im Jahre 1937. Gegenwärtig liegt er mit 7 % hinter der Bundesrepublik und Japan. Ein zentraler Faktor dieser rückläufigen Entwicklung ist das niedrige Wachstumstempo der britischen Wirtschaft im Vergleich zu den europäischen Konkurrenten – zwischen 1959 und 1968 nur 32 %, in Frankreich und Italien aber 64 % realer Zuwachs des Bruttosozialprodukts. Seit Mitte der 60er Jahre hat sich das nur noch

20 LABOUR RESEARCH, Vol. 61, No. 2, Februar 1972, S. 43.

knapp über 2 % liegende reale Wachstum etwa um die Hälfte verringert, während die Inflationsrate zunächst auf 4 %, in den beiden letzten Jahren auf über 8 % gestiegen ist. Trotz der beschleunigten Geldentwertung lag das nominale Einkommen pro Kopf der Bevölkerung 1968 mit 1850 US-Dollar weit unter dem französischen (2530 US-Dollar). (21)

Tabelle 5

Vergleich der Investitionsquote, der Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts und des Exportvolumens sowie der Anstieg der Exportpreise wichtiger kapitalistischer Industrieländer, 1955 - 1968

Land	Investitionsquote am BSP (ohne Wohnb.)	Jährliche Wachstumsrate des BSP	Jährliche Wachstumsrate des Exportvol.	Steigerung der Exportpreise von 1963 - 1968
Japan	23,9	10,2	13,7	5,9
Bundesrepublik	18,8	5,1	9,0	1,7
Frankreich	17,0	5,7	7,9	5,5
Italien	14,3	5,5	14,2	2,5
Vereinigtes Königreich	13,1	2,8	3,2	17,6
USA	12,4	4,0	5,5	10,7

Quelle: "The Growth of Output 1960-1980", OECD, December 1970, S. 46, 59, 112.

Die geringe Wachstumsrate der britischen Wirtschaft geht zum Teil auf eine niedrige Investitionsquote zurück, deren Anteil am Bruttosozialprodukt fast ein Drittel unter dem westdeutschen lag. Die inländischen Neuinvestitionen wurden durch hohe private Kapitalexporte – zwischen 1946 und 1964 etwa 5 Milliarden Pfund – und die überseeischen Rüstungsausgaben stark vermindert. Die vorhandene Produktionskapazität wurde außerdem durch überdurchschnittliche Rüstungsaufträge in Anspruch genommen, die etwa 11 % der Nachfrage in der metallverarbeitenden Industrie absorbierten. (22) Die hohen Rüstungsausgaben, etwa 5,1 % des Bruttosozialprodukts 1969, beschleunigten zudem den in allen kapitalistischen Industriestaaten infolge der Monopolisierung anhaltenden inflationären Trend, der wiederum den Geldwertverlust ausgleichende Lohnforderungen der Arbeiterklasse zur Folge hatte. Da der so entstandene Kostendruck in Großbritannien nicht von entsprechender Produktivitätssteigerungen aufgefangen werden konnte, verschlechterte sich die internationale Konkurrenzfähigkeit des britischen Kapitals noch mehr. So hat die Kombination von niedrigen Investitionsquoten und Wachstumsraten mit steigenden Exportpreisen den Anstieg der britischen Exporte empfindlich gedämpft (vgl. Tabelle 5). Mit den fallenden Exporterlösen verstärkten sich die seit dem Zweiten Weltkrieg chronischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten, für die der ungehemmte Abfluß von privatem Kapital und die überseeischen Rüstungsausgaben verantwortlich waren. (23)

Bei den periodisch auftretenden Pfundkrisen wurde stets die Arbeiterklasse mit einem Katalog deflationistischer Maßnahmen zur Kasse gebeten, die auf eine Steigerung der Exporte und Drosselung der Importe abzielten. Erhöhte Zinssätze und angehobene Ver-

21 NATIONAL ACCOUNTS OF OECD COUNTRIES, 1950-1968, S. 10.
22 Michael Kidron: WESTERN CAPITALISM SINCE THE WAR, London 1970, S. 50.
23 Vgl. hierzu allgemein: Joachim Gruner: GROSSBRITANNIEN UND DIE EWG, DWI-Forschungshefte, 4/1970.

brauchssteuern konnten zwar die aktuellen Defizite beheben, in dem zyklischen Aufschwung bahnte sich aber mit den bei steigenden Preisen verstärkt einströmenden Importen die nächste Zahlungslücke an. Die alternative Dämpfung und Stärkung der Nachfrage in der Stop-Go-Politik vertiefte mit den jeweils längeren Stagnationsphasen nur die strukturellen Schwächen des britischen Kapitalismus: die ökonomische und militärische Verbindung mit dem zerfallenden Commonwealth und der niedrige Produktivitätszuwachs in der britischen Industrie mit der Folge sinkender Profite. Daher setzte die neue Labour-Regierung seit ihrem Regierungsantritt 1965 zwei Schwerpunkte: einmal die stillschweigende Liquidierung der Sterling-Handelszone und der Anschluß an die leistungsfähigeren EWG-Märkte, verbunden mit der finanziellen Förderung der schon vom Konkurrenzdruck der eindringenden US-Konzerne forcierten Zentralisation des britischen Kapitals; zum anderen die Erhöhung der monopolistischen Profitrate durch Intensivierung der Arbeit und Senkung der Lohnquote. Unter der ideologischen Prämisse stabilen Wachstums begann die Labour-Regierung der in der Phase relativer Vollbeschäftigung stärker und kämpferischer gewordenen Arbeiterklasse den Kampf anzusagen – auf unternehmerischer Ebene in Produktivitätsabkommen, auf wirtschaftspolitischer Ebene in einkommenspolitischen Maßnahmen und auf hoheitlicher Ebene in einer antigewerkschaftlichen Gesetzgebung.

Die sprunghaft um sich greifenden Produktivitätsabkommen zielen darauf ab, die unternehmerische Verfügungsmacht über die Ware Arbeitskraft zu verstärken, indem z.B. die Leistungslohnsysteme in Zeitlöhne mit quantifizierbaren Leistungsnormen überführt werden, wie es die Vereinbarung über die Kohlenförderung im Bergbau gezeigt hat. Eine der größten Gefahren von Produktivitätsabkommen liegt für die Arbeiter neben den langfristig sinkenden Reallöhnen und der Intensivierung der Arbeit in den hohen Freisetzungsraten. Was die Bergarbeiter seit Mitte der 50er Jahre erleben mußten, droht heute in verstärktem Maße den Dockarbeitern, die sich im Gegensatz zu den Bergarbeitern jahrelang gegen die Einführung eines Produktivitätsabkommens gewehrt haben. (24) Von staatlicher Seite wurde die unternehmerische Rationalisierung in der Arbeitsorganisation durch einkommenspolitische Maßnahmen abgesichert. Diese stellten zunächst auf eine freiwillige Anpassung der Löhne und Gehälter an den Produktivitätszuwachs ab, dann wurden Lohnleitlinien mit einer jährlichen Steigerungsrate von 3-3,5 % festgelegt, schließlich ein Lohn- und Preisstopp für sechs Monate im Jahre 1966 erlassen, der in modifizierter Form noch einmal verlängert wurde. Auch in anderen kapitalistischen Industriestaaten wurde das unzureichend gewordene finanz- und konjunkturpolitische Instrumentarium durch eine staatliche Einkommenspolitik ergänzt, die bei relativer Vollbeschäftigung die preisregulierende Funktion einer industriellen Reservearmee übernehmen muß. (25)

Um diese produktivitätsorientierte Lohnpolitik wirksam durchsetzen zu können, nahm die Labour-Regierung zugleich eine "Reform der industriellen Beziehungen" in Angriff, an der sie zwar scheitern sollte, die dann aber von den Konservativen in verschärfter Form auf parlamentarischem Wege verabschiedet wurde. Hauptzweck der Gewerkschaftsgesetzgebung ist es, die starken betrieblichen Verhandlungssysteme der Gewerkschaften und deren Stellung im Betrieb durch spezifische Klauseln wie die Aufhebung des "closed shop" (Gewerkschaftszwang) zu schwächen. Dabei wird in dreifacher Weise vorgegangen: Die bisher informellen und weitgehend autonomen betrieblichen Verhandlungen werden formalisiert, indem man die gewerkschaftlichen Vertrauensleute (Shop-Stewards) stärker in den Gewerkschaftsapparat integriert, Verhandlungsprozeduren festsetzt und tarifvertraglichen Vereinbarungen möglichst rechtliche Bindungen auferlegt. Nur nach Ausschöpfung aller Instanzenzüge dürfen künftig Streikaktionen ausgerufen werden, die zudem bei Gefährdung der wirtschaftlichen Lage oder der nationalen Sicherheit durch Urabstimmungen und eine Abkühlungsfrist von 60 Tagen verzögert bzw. eingefroren werden können. Um die Gewerkschaftsapparate selbst zu disziplinieren, werden deren innere Angelegenheiten durch eine Registratur überwacht, die in die gewerkschaftlichen Satzungen eingreifen kann. Darüber erhebt sich ein vielfach gefächerter Behördenapparat mit einer Kommission für industrielle Beziehungen (CIR) und einem System von Arbeitsgerichten, durch das die Unruhestifter, seien es militante Arbeiter an der gewerkschaftlichen Basis, seien es Gewerkschaftsapparate selbst, mit harten finanziellen Strafen bis zu 100 000 Pfund gezähmt werden sollen. (26)

24 Paul Oehlke: "Dockerstreik in England", in: LINKS, Nr. 15, Oktober 1970.
25 H.A. Turner und H. Zoeteweij: PRICES, WAGES AND INCOMES POLICIES IN INDUSTRIALISED MARKET ECONOMIES, International Labour Office, Genf 1966.

b) Zur Verlagerung der Streikaktivität

Gewerkschaftsgesetzgebung, staatliche Einkommenspolitik und Produktivitätsabkommen richteten sich zwar gegen eine organisatorisch noch immer in 574 Einzelgewerkschaften zersplitterte Arbeiterbewegung, die an der gewerkschaftlichen Basis jedoch militanter geworden war. Während die Streikbewegung in den verfallenden Industriezweigen wie in der Textilindustrie, mit einer Phasenverzögerung im Kohlenbergbau und auch in der stagnierenden Dockindustrie mehr oder weniger stark absank, hat sich die Zahl der Streiktage vor allem in der Metallindustrie erhöht. So entfielen zwischen 1957 und 1965 über 60 % der Streiktage auf den Schiffs-, Maschinen- und Fahrzeugbau.

Tabelle 6

Jährlicher Durchschnitt der Streiktage in verschiedenen Industriezweigen

Industriezweig	1930-1938	1947-1955	1956-1964
Docks	39 800	344 400	169 100
Schiffsbau	54 200	194 100	514 600
Kohlenbergbau	1 002 600	616 100	444 000
Maschinen- und Fahrzeugbau	88 000	441 700	1 290 300
Baugewerbe	71 600	87 900	172 000
Textil	1 504 000	21 100	27 100
Lebensmittel, Getränke, Tabak	5 400	12 000	22 400

Quelle: "Final Report of the Committee of Inquiry under the Rt.Hon. Lord Devlin into certain matters concerning the Port Transport Industry", Cmnd. 2734, August 1965, S. 4.

Der hier nur grob skizzierten Verlagerung der Streikaktivität liegt eine vom monopolkapitalistischen Profitinteresse bestimmte Veränderung der Industriezweigstruktur zugrunde, die eine industrielle und regionale Umverteilung der Beschäftigten z.B. auf den Maschinen-

26 Vgl. Paul Oehlke: "Zur politisch-ökonomischen Bedeutung des Gewerkschafts-Gesetzes in Großbritannien", in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, 4/1971.

und Fahrzeugbau, auf die elektrotechnische und chemische Industrie in den Midlands und Groß-London mit sich gebracht hat. Konzentriert in großen Betriebs- und Unternehmenseinheiten, führt ein zunehmender Teil der Lohnabhängigen mit der Veränderung der materiell-technischen Basis des Produktionsprozesses nicht-manuelle Tätigkeiten aus – 29,1 % im Fahrzeugbau, 35,2 % in der Elektrotechnik und 39,7 % in der chemischen Industrie. (27) Der widersprüchliche Charakter dieses Qualifizierungsprozesses zeigt sich darin, daß bei den manuellen Arbeitern der prozentuale Anteil der Angelernten gegenüber den traditionellen Facharbeitern und bei der angestellten technischen Intelligenz die technischen Hilfskräfte mit mittleren Bildungsqualifikationen überwiegen. (28) Das hat zu Veränderungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung geführt, in der die Transportarbeitergewerkschaft (TGWU) als Massengewerkschaft angelernter Arbeiter in verschiedenen Industriezweigen und die Industriegewerkschaft der Metallarbeiter (AUEW) mit der ihr kürzlich angeschlossenen Technikergewerkschaft (DATA) eine neue Rolle spielen.

Mit der Konzentration der Lohnabhängigen in den Großbetrieben der Industriekonzerne und der relativen Vollbeschäftigung in der Nachkriegskonjunktur sind die zentralen Tarifverhandlungen immer mehr von betrieblichen Verhandlungen ("workshop bargaining") ergänzt worden. Denn das Management war bei angespannter Arbeitsmarktlage gezwungen, um den Preis der Ware Arbeitskraft zu konkurrieren, den kampfstarke gewerkschaftliche Betriebsgruppen bei den zusätzlichen Gewinnspannen der Monopole mitbestimmen konnten. Der Trend zu dezentralisierten gewerkschaftlichen Verhandlungen wurde durch das britische "collective bargaining" noch begünstigt, das nahezu vollständig auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruht und in Aussperrungen wie Streiks nur soziale Zwangsmittel kennt. (29) So schob sich neben die von den Gewerkschaftsspitzen geführten nationalen Tarifverhandlungen das informelle, fragmentarische und autonome Verhandlungssystem der Shop Stewards, die als gewerkschaftliches Basisorgan zum Organisator der zahlreichen spontanen Streiks wurden, in denen sich eine neue, aber betrieblich begrenzte Militanz entwickelte. Diese entzündete sich vor allem an der Auseinandersetzung mit dem Management um Leistungsfaktoren wie Akkordsätze und Überstunden und setzte mit den steigenden Effektivverdiensten eine Lohndrift in Gang, die sich vom Betrieb über das Unternehmen bis zum Industriezweig, vom privaten zum öffentlichen Sektor fortpflanzte, in dem in der Regel kein dualistisches Lohnsystem besteht. Die zunehmende organisatorische Stärke der gewerkschaftlichen Betriebsgruppen mit ihren Shop-Stewards-Komitees spiegelte sich in der zunehmenden Spannweite der Konfliktursachen, die vor allem Lohnstruktur, Arbeitsbedingungen und disziplinarische Fragen betrafen. (30)

c) Die Politisierung der Streikbewegung 1968-71

Angesichts der in einigen Industriezweigen neu entwickelten Kampfbereitschaft begannen die britischen Arbeiter den Angriff auf ihre betriebliche, soziale und politische Stellung nicht widerstandslos hinzunehmen. Davon zeugten die vielfältigen Arbeitskämpfe mit vereinzelten politischen Massenstreiks, denen allerdings eine einheitliche antikapitalistische Stoßrichtung noch fehlte. So wehrten sich die Dockarbeiter seit 1967 gegen das in zwei

27 DEPARTMENT OF EMPLOYMENT GAZETTE, März 1971, S. 261.
28 George Sayers Bain: THE GROWTH OF WHITE-COLLAR UNIONISM, Oxford 1970, S. 18, Tabelle 2.7.
29 W. Müller-Jentsch: "Gewerkschaftsgesetzgebung in England", in: KRITISCHE JUSTIZ, 3/1969, S. 262 ff.
30 H.A. Turner: THE TREND OF STRIKES, Leeds University Press 1963, S. 18.

Phasen nach den Vorschlägen von Lord Devlin eingeführte Produktivitätsabkommen, das zwar die Gelegenheitsarbeit abschaffte, aber hohe Freisetzungsraten und eine Intensivierung der Arbeit brachte. Als das Management von Ford Anfang 1969 tarifvertraglich abgesicherte, von der gewerkschaftlichen Verhandlungsführung zunächst gebilligte Strafklauseln gegen inoffizielle Streiks einführen wollte, entstand ein vierwöchiger Streik der Fordarbeiter, der nicht nur die vorgesehenen Strafbestimmungen wirkungslos machte, sondern auch einen innergewerkschaftlichen Demokratisierungsprozeß in der AUEW und TGWU einleitete. Zur gleichen Zeit begann das Verbindungskomitee zur Verteidigung der Gewerkschaften ("Liason-Komitee") industrielle Aktionen gegen die von der Labour-Regierung geplanten Gewerkschaftsgesetze zu organisieren, an denen am 1. Mai (kein gesetzlicher Feiertag in Großbritannien) 1969 etwa 200 000 Arbeiter, vor allem Bau-, Dock-, Auto- und Druckereiarbeiter, teilnahmen. Dieser Widerstand mobilisierte die Gewerkschaften, so daß der Generalrat der Gewerkschaften einen Sonderkongreß einberufen mußte, auf dem die antigewerkschaftliche Gesetzgebung einmütig abgelehnt und die der Gewerkschaftsbürokratie nahestehende Labour-Regierung zu deren Rücknahme gezwungen wurde. Die politischen Aktionen der militanten Arbeiterkollektive in der Metallindustrie verstärkten die nun anhebende Streikwelle gegen die staatliche Einkommenspolitik, die schon in der Phase des gesetzlichen Lohnstopps von der radikalen Technikergewerkschaft DATA unterlaufen worden war. (31) Nach den erfolgreichen Streiks der relativ gut bezahlten Autoarbeiter von British Leyland und den niedrig eingestuften Hüttenarbeitern in Talbot legten auch die bisher streikunerfahrenen Lehrer und Arbeiter von der Müllabfuhr ihre Arbeit nieder.

An diesen Beispielen wird bereits deutlich, daß die produktivitätsorientierte Lohnpolitik und die antigewerkschaftlichen Maßnahmen dazu beitrugen, die zersplitterten Lohnkämpfe zu intensivieren und politische Massenaktionen der britischen Arbeiter zu entfalten. Die Zahl der Streiks hat sich mit etwa 4000 im Jahre 1970 gegenüber 1967 fast verdoppelt, die der beteiligten Arbeiter ist mit 1,8 Millionen um das Zweieinhalbfache und die Dauer der Streiks sogar um das Vierfache gestiegen:

Tabelle 7

Streiks in den Jahren 1965 - 1971

Jahr	Zahl der im Jahr begonnenen Streiks	Zahl der beteiligten Arbeiter (in Tausend)	Streiktage (in Tausend)
1965	2 354	876	2 925
1966	1 937	544	2 398
1967	2 116	734	2 787
1968	2 378	2 258	4 690
1969	3 116	1 665	6 846
1970	3 906	1 801	10 980
1971	2 223	1 173	13 558

Quelle: "Department of Employment Gazette", Januar 1972, S. 68.

Die zunehmende Härte der Auseinandersetzungen läßt sich deutlich bei einem Vergleich der Jahre 1968 und 1971 erkennen. Die Zahl der Streiks war etwa gleich in beiden Jahren, 1971 aber nicht viel mehr als die Hälfte der Arbeiter beteiligt, die dennoch die dreifache Zahl von Tagen streikten. Dabei entfalteten verschiedene Arbeitergruppen einseit

31 KLASSENKÄMPFE IN WESTEUROPA, S. 269 f.

langem verschüttet geglaubte Solidarität wie die 11 000 Glashüttenarbeiter des Glasmonopols Pilkington in St. Helens, die nach sieben Streikwochen im April/Mai 1970 infolge fehlender Unterstützung ihrer Gewerkschaft scheiterten. (32)

In den lang andauernden Streiks wird eine angestaute Verbitterung der britischen Arbeiter offenbar, denen sich bei den im Sommer 1970 fälligen Unterhauswahlen allerdings zwischen der gerade amtierenden Labour-Regierung und den Konservativen keine Alternative bot. Das führte bei einer beträchtlichen Wahlenthaltung zwangsläufig zum Sieg der Konservativen, die im wesentlichen die antigewerkschaftliche Politik des Wilson-Kabinetts fortsetzten, nur daß die wirtschaftspolitischen Mittel geändert wurden. Man ersetzte die einkommenspolitischen Maßnahmen durch künstlich hochgetriebene Arbeitslosenzahlen und durch direkten Druck auf die Lohnverhandlungen im öffentlichen Sektor, in dem es ab Herbst 1970 zu einer Serie von Lohnkonflikten kam. Die 770 000 Behördenarbeiter erlangten nach einigen Schwerpunktstreiks eine 15prozentige Lohnerhöhung von der Regierung, die nach dieser Niederlage entschlossen war, die noch ausstehenden Forderungen der Berg-, Elektrizitäts- und Postarbeiter unter 10 % herunterzudrücken. Nach inoffiziellen Streikaktionen mußten sich die Bergarbeiter schließlich mit 12 % zufriedengeben, die Elektrizitätsarbeiter erzielten nicht einmal 11 %. Ihren Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen im öffentlichen Sektor im Postarbeiterstreik Anfang 1971, als die streikunerfahrenen Postarbeiter nach sechs Streikwochen eine verheerende Niederlage hinnehmen mußten. Das lag weniger an den taktischen Fehlern der eher gemäßigten Postarbeitergewerkschaft, als vielmehr an der fehlenden finanziellen Unterstützung durch die britische Gewerkschaftsbewegung. Allerdings wies die unerwartete Solidarität der Postarbeiter, von denen noch zu Beginn der siebenten Streikwoche 93 % nicht zur Aufgabe bereit waren, auf eine Politisierung der britischen Gewerkschaften hin, die in erster Linie von den Auseinandersetzungen um die Neuauflage der Gewerkschaftsgesetze bestimmt war.

Der Kampf gegen die Tory-Gesetze wurde wie schon im Jahre 1969 von der militanten gewerkschaftlichen Basis und deren Verbindungskomitees zur Verteidigung der Gewerkschaften aufgenommen, in denen die klassenbewußten kommunistischen Shop Stewards eine entscheidende Rolle spielen. Zu einem integralen Moment in der Kampagne gegen die Gewerkschaftsgesetze entwickelte sich die kommunistische Tageszeitung "Morning Star", die tagtäglich über die anwachsende Streikbereitschaft berichtete und zu einem Diskussionsforum der sozialistischen Linken wurde. Neben der Kommunistischen Partei wurde die Streikbewegung von trotzkistischen Gruppen mit lokalem Einfluß wie International Socialism mit ihrer Wochenzeitung "Socialist Worker" und der Socialist Labour League mit ihrer Tageszeitung "workers' press", von der von sozialistischen Intellektuellen und der linken Gewerkschaftsbürokratie getragenen Kampagne für Arbeiterkontrolle und einzelnen Abgeordneten des linken Labour-Flügels unterstützt. Auf der vom Londoner Liaison-Komitee am 14. November 1970 organisierten Arbeiterkonferenz wurde der angestaute Widerstand manifest, als nahezu 2 000 Delegierte aus 300 örtlichen Gewerkschaftsgruppen, 155 Shop-Stewards-Komitees, 55 Gewerkschaftsräten und 4 nationalen Gewerkschaftsexekutiven die britischen Arbeiter zu industriellen Aktionen aufriefen. Diese waren zwar von der parlamentarischen Fraktion der Labour-Party und dem Generalrat des Gewerkschaftskongresses (TUC) verurteilt worden, doch folgtem dem Streikaufruf mehr als 500 000 Arbeiter, vor allem aus der Dock- und Autoindustrie, dem Maschinen- und Schiffsbau, der überregionalen Presse und den großen Baustellen. Am 1. Januar 1971 legten über 50 000 Autoarbeiter in den Midlands die Arbeit nieder und forderten offizielle

32 Terry Lane und Kenneth Roberts: STRIKE AT PILKINGTONS, London 1971.

Streikaktionen, die über eine bloße Demonstration hinausgehen und die Industrieproduktion stören sollten. Die überall aufflackernden Warnstreiks veranlaßten das Exekutivkomitee der 1,4 Millionen Mitglieder zählenden Metallarbeitergewerkschaft am 1. und 18. März industrielle Aktionen anzusetzen, denen jeweils Millionen Arbeiter in der Metallindustrie folgten. Die Produktion kam im Maschinenbau, der Autoindustrie, den Werften und Docks, den Zeitungsverlagen und in 16 Kohlengruben zum Stillstand.

Dem Aufruf der Metallarbeitergewerkschaft zu industriellen Massenaktionen liegt eine innergewerkschaftliche Demokratisierung zugrunde, die wie bei der Transportarbeitergewerkschaft zu einer antikapitalistischen Orientierung führte. (33) Das hat auf den Gewerkschaftskongressen der letzten drei Jahre und auf der Jahreskonferenz der Labour-Party die Ablehnung einkommenspolitischer Maßnahmen zur Folge gehabt. Der eher sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen zuneigende Generalrat des TUC, dabei von reaktionären Gewerkschaftsführungen in der Gewerkschaft der allgemeinen und städtischen Arbeiter (GMWU) und der Elektrikergewerkschaft (ETU) unterstützt, lehnt zwar nach wie vor politische Massenstreiks gegen die Gewerkschaftsgesetze ab, war aber gezwungen, eine von Flugblättern und Broschüren getragene Aufklärungskampagne zu organisieren, die in einem friedlichen Protestmarsch von etwa 150 000 Arbeitern durch London gipfelte. Die hier demonstrierte Einheit erwies sich im Verlauf des Postarbeiterstreiks als trügerisch, da man vor einer Konfrontation mit der Regierung zurückschreckte. Deshalb stimmte auch auf dem vom Generalrat einberufenen Sonderkongreß eine knappe Mehrheit im Verhältnis von 5:4 gegen einen Generalstreik. Die schließlich mit großer Mehrheit angenommene Marschroute der Nicht-Kooperation, vor allem aber die 4 Millionen für industrielle Massenaktionen abgegebenen Stimmen zeugten jedoch von einer wachsenden Politisierung der britischen Gewerkschaftsbewegung, die bei der unverhohlenen Klassenpolitik der konservativen Regierung von der militanten gewerkschaftlichen Basis mit Hilfe der kommunistischen Partei und anderer sozialistischer Gruppierungen eingeleitet wurde. (34)

Der konservativen Regierung ist es zwar mit der parlamentarischen Verabschiedung der Gewerkschaftsgesetze, dem weiteren Abbau der Sozialleistungen, steigenden Preisen und Arbeitslosenziffern wie dem Lohndruck im öffentlichen Sektor gelungen, die seit April 1971 geforderten Lohnerhöhungen und die Zahl der Streiks herunterzudrücken. Doch hat die forcierte Rationalisierungswelle mit zahlreichen Betriebsschließungen und massenhaften Freisetzungen zu einer neuen Dimension der Auseinandersetzungen geführt, als die Werftarbeiter von "Upper Clyde Shipbuilders" den drohenden Verlust ihrer Arbeitsplätze mit der ersten Betriebsbesetzung in der britischen Gewerkschaftsbewegung beantworteten, was mittlerweile von mehreren Arbeitergruppen nachgeahmt wird. Während die Arbeiter des Elektrokonzerns GEC-EE im Herbst 1969 bei der von ihnen geplanten

33 Jack Jones von der Transportarbeitergewerkschaft und Hugh Scanlon von der Metallarbeitergewerkschaft verstehen ihre Organisationen als Transmissionsriemen einer von den Shop Stewards getragenen Produzentendemokratie, die sich im Kampf um Arbeiterkontrolle entwickelt und auf eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel zielt. Vgl. allgemein: Rudolf Kuda: ARBEITERKONTROLLE IN GROSSBRITANNIEN. Theorie und Praxis, Frankfurt/Main 1970.

34 Bert Ramelson: "Über die jüngsten Klassenkämpfe in Großbritannien", in: ÖKONOMISCHE THEORIE, POLITISCHE STRATEGIE UND GEWERKSCHAFTEN, S. 259 ff. (Vgl. auch den Bericht über das Referat von B. Ramelson, in: "Bericht. Ökonomische Theorie, Politische Strategie und Gewerkschaften, Tagung des IMSF/Frankfurt/M.", in: SOPO 11/1971, S. 92-93. – Red.)

Besetzung noch an der gewerkschaftlichen Isolierung scheiterten, haben die britischen Gewerkschaften nun bis hin zur Labour-Party sich in einem Ausmaß solidarisiert, das von einer neuen Stufe in der Entwicklung der britischen Arbeiterbewegung zeugt. Die Bildung eines solidarischen und antikapitalistischen Bewußtseins bei immer größeren Gruppen der britischen Arbeiterklasse in der Streikbewegung 1968-71 steht am Ausgangspunkt des Bergarbeiterstreiks Anfang 1972, der zu einem Kristallisationspunkt der Klassenkämpfe in Großbritannien geworden ist.

3. Zur Entwicklung des neuen Klassenbewußtseins der Bergarbeiter

In der Streikbewegung 1968-71 verallgemeinerten sich die Lohnkonflikte, zu deren Knotenpunkten die industriellen Massenstreiks gegen die Gewerkschaftsgesetze wurden. Von den politischen Auseinandersetzungen wurden einmal die offiziellen Gewerkschaftsorgane mobilisiert, zum anderen das Niveau der ökonomischen Bewegung erhöht. Dabei sind noch streikunerfahrene Arbeitergruppen, vor allem im öffentlichen Sektor in die sich verschärfenden Auseinandersetzungen hineingezogen worden, aber auch Arbeiterkollektive, deren Klassenbewußtsein versiegt zu sein schien. Daß die von der Krise des Bergbaus dezimierten und durch ihre soziale Notlage verbitterten Bergarbeiter noch einmal eine führende Rolle in den Klassenkämpfen übernehmen konnten, hängt mit der in der Streikbewegung wieder lebendig gewordenen klassenbewußten Tradition zusammen.

a) Momente der historischen Tradition

Die britischen Bergarbeiter gehören zu den kampferfahrensten Gruppen der britischen Arbeiterklasse. Mehr als hundert Jahre haben sie die britische Arbeiterbewegung geführt – im Kampf für Gesetze gegen Kinderarbeit, für die Bergwerks- und Fabrikgesetze, für den Acht-Stunden-Tag und die Fünf-Tage-Woche, für Nationalisierung, Vollbeschäftigung und industrielle Demokratie. (35) Sie haben zum Aufbau der Labour-Party beigetragen und bildeten die Avantgarde der britischen Arbeiterklasse in den Aktionen der 1890er Jahre, vor allem aber in den revolutionären Nachkriegsjahren bis zum Generalstreikjahr 1926, als sie mit den Gewerkschaften der Transportarbeiter und Eisenbahner einen solidarischen Dreibund (Triple Alliance) geschlossen hatten. Im Jahre 1920 kamen auf die Bergarbeiter 16,0 von 26,6 Millionen Streiktagen und 1921 waren es sogar 72,0 von 85,9 Millionen Streiktagen. (36)

Da der Bergbau bei der sinkenden Nachfrage von der Regierung finanziell unterstützt werden mußte, bekamen selbst Lohnkonflikte einen politischen Stellenwert, zumal die Bergarbeiter schon 1919 die Verstaatlichung der Gruben gefordert hatten. Noch früher war von den südwalisischen Bergarbeitern ein umfassendes, syndikalistisch orientiertes Programm industrieller Demokratie entwickelt worden. (37) Daher fürchtete die Bourgeoisie die politische Stoßkraft der Klassenaktivität der Bergarbeiter, von der sie schon 1912 beim Streik einer Million Bergarbeiter in Schrecken versetzt worden war. Umso entschlossener ergriff die konservative Regierung beim Bergarbeiterstreik 1921, mit Notstandsvollmachten ausgestattet, die Gelegenheit, die stärkste und kämpferischste Sektion der britischen Arbeiterklasse niederzuhalten, um die Gefahr einer revolutionären Veränderung zu bannen.

35 Vgl. Jim Oldham, u.a.: "The Miners' Strike", in: TRADE UNION REGISTER, London 1970, S. 129-136.
36 Kuczynski, S. 110.
37 "The Miners' Next Step", in: INDUSTRIAL DEMOCRACY IN GREAT BRITAIN, hg. von Ken Coates und Anthony Topham, London 1968, S. 14-24.

Trotz der kampfbereiten Haltung zahlreicher Arbeitergruppen ging dieser Streik verloren, da die leitenden Funktionäre der Transportarbeiter- und Eisenbahnergewerkschaften solidarische Aktionen in letzter Minute abwiegelten. Der "Schwarze Freitag", wie dieser für die britische Arbeiterbewegung katastrophale Tag genannt wurde, war gleichsam ein Vorspiel zum Generalstreikjahr 1926, als die britische Arbeiterklasse noch einmal das Blatt wenden konnte. Wieder standen die Bergarbeiter in der Avantgarde der britischen Arbeiterklasse, als sie mit der Unterstützung der Metall- und Transportarbeiter wie auch der Eisenbahner die Regierung zwangen, mit Subventionszahlungen an die Grubenbesitzer das Niveau der Reallöhne für weitere neun Monate aufrechtzuerhalten. Nach diesem zeitlich begrenzten Sieg der Bergarbeiter über eine unvorbereitete Regierung begann sich das Baldwin-Kabinett mit Churchill als Schatzkanzler politisch und militärisch auf die kommende Auseinandersetzung vorzubereiten. Der entschlossenen Haltung der Regierung stand allerdings eine unerwartete Solidarität der britischen Arbeiterklasse entgegen, jedoch eine wankelmütige Streikleitung des Generalrates der Gewerkschaften, der zunächst mit den Führern der Labour Party den Generalstreik vom 4.-12. Mai 1926 verhindern, dann entpolitisieren wollte, um ihn schließlich zu verraten. (38) Nach der Niederlage im Generalstreik war die Kampfkraft der britischen Arbeiterbewegung und besonders der Bergarbeiter bis zum Zweiten Weltkrieg gebrochen.

Mit dem Niedergang des Bergbaus seit Ende der 50er Jahre und der Zusammenarbeit von Kohlenbehörde und Bergarbeitergewerkschaft (NUM) hat die außerordentlich hohe Zahl der auf einzelne Gruben und Reviere beschränkten Konflikte um Löhne und Arbeitsbedingungen kontinuierlich abgenommen. Die verminderte Streikaktivität der mit der Mechanisierung personell reduzierten und verarmten Bergarbeiterkollektive darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Solidarität der unter schlechten Wohnungsbedingungen in den nahezu geschlossenen Bergarbeitersiedlungen lebenden Arbeiter nach wie vor groß ist. Ein Beispiel für deren egalitäres Bewußtsein ist, daß Urlaubsgelder nicht nach den individuellen Verdiensten, sondern nach den Durchschnittslöhnen bemessen werden, so daß die niedrig bezahlten Übertagearbeiter häufig während des Urlaubs mehr Geld als in der normalen Arbeitswoche erhalten. Die traditionelle Solidarität der Bergarbeiter ist in der Streikbewegung der britischen Arbeiter wieder aktualisiert worden, als die Forderung nach einer zusätzlichen Lohnerhöhung für die Arbeiter übertage die inoffiziellen Massenstreiks von 1969 auslösten. Dadurch rückten die Bergarbeiter mit einer Million Streiktagen an die Seite der Autoarbeiter und Maschinenbauer, im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl rangierten sie hinter den Dockarbeitern an zweiter Stelle in der Streikstatistik. (39)

b) Die neue Kampfbereitschaft der gewerkschaftlichen Basis

Der unmittelbare Anlaß für die inoffiziellen Streikaktionen im Herbst 1969 war die Forderung nach einer 40-Stundenwoche und zusätzlichen 1,38 Pfund für die Übertagearbeiter, aber auch Lohnforderungen für andere Bergarbeitergruppen. Dem Streikaufruf der Arbeiter des Kohlenreviers von Yorkshire hatten sich vor allem walisische und schottische Bergarbeiter angeschlossen. Nach einer Woche waren über 130 000 Bergarbeiter aus 132 Zechen im Ausstand. Zur Sonderkonferenz der nationalen Delegierten hatte das Streikkomitee ein umfangreiches Dokument vorbereitet, in dem der von militanten Bergarbeitern auf der Grundlage eines Programms von Guerillastreiks gewählte Generalsekretär zu einer aktiveren Haltung gegenüber der reaktionären Mehrheit in der Exekutive aufgefordert wurde:

38 V.L. Allen: TRADE UNIONS AND THE GOVERNMENT, London 1961, S. 190-200.
39 DEPARTMENT OF EMPLOYMENT GAZETTE, Januar 1971, S. 63; NATIONAL INSTITUTE ECONOMIC REVIEW, Februar 1971, S. 62.

"Wir wählten Lawrence Daly auf der Grundlage eines Programms, das eine sozialistische Energiepolitik enthielt, verbunden mit einer verstaatlichten Industrie in Kohlenbergbaugebieten mit sinkender Beschäftigung, mit höheren Löhnen und der 40-Stundenwoche für Tageslohnarbeiter, drei Wochen Urlaub im Jahr, besseren Renten, Krankheitsgeld und Sicherheitsmaßnahmen ... Und, Lawrence, was ist geschehen? Bist du Gefangener der Exekutive? Hast du so schnell aufgegeben ? Spielen sie nicht das Spiel nach den Regeln? Aber du weißt, wo die Basis deiner Macht ist. Wir sind es, die dich ins Amt gewählt haben. Es ist nicht zu spät, aufzustehen und der nationalen Exekutive zu trotzen und eine Urabstimmung für Streikaktionen um die 40-Stundenwoche zu fordern." (40)

In einem Aktionsprogramm forderte das Streikkomitee:
- eine nationale Energiepolitik im langfristigen Interesse der britischen Bevölkerung,
- die Errichtung von öffentlichen Unternehmen in verarmenden Gebieten,
- Beschäftigungsgarantien für freigesetzte Bergarbeiter,
- starke Gewerkschaftsvertretungen in den lokalen Entwicklungsbehörden,
- Kontrolle des Grubenmanagements durch die Gewerkschaft,
- Wahl der mittleren Kader und ein Vetorecht gegenüber dem Spitzenmanagement,
- Untersuchungen über Unfallursachen auf nationaler Ebene und über Sicherheits- und Gesundheitsbedingungen,
- ein sechsstündiger Arbeitstag untertage und bezahlter Urlaub für drei Wochen,
- periodische Wahl der Gewerkschaftsfunktionäre auf allen Ebenen,
- eine nationale Exekutive aus ehrenamtlichen Gewerkschaftsmitgliedern, die von den arbeitenden Bergleuten in den jeweiligen Revieren gewählt werden.

Der spontane Anschluß zahlreicher Bergarbeiter an den Streikaufruf ihrer Kollegen und der programmatisch gefaßte Forderungskatalog offenbarten einmal den wachsenden Widerstand gegenüber der langen Arbeitszeit und sinkenden Reallöhnen, zum anderen aber eine von der Basis ausgehende Politisierung innerhalb der Gewerkschaft, deren Führung offensichtlich in der Zusammenarbeit mit der Kohlenbehörde versagt hatte. Das lag zum Teil daran, daß die NUM nach dem Wahlsieg der Labour Party glaubte, die ihr in der Opposition gegebenen Versprechungen von der Labour-Regierung einlösen zu können. Stattdessen ließen die verantwortlichen Labour-Minister den noch immer an seiner Schuldenlast krankenden Bergbau mit den internationalen Erdölkonzernen konkurrieren. Dennoch war die Gewerkschaftsführung der NUM in ihrer traditionellen Affinität zur Labour-Party nicht bereit, das Klasseninteresse der Bergarbeiter wirksam zu organisieren (41) – ein Widerspruch, der für die ganze Gewerkschaftsbewegung konstitutiv war.

Der Widerspruch zwischen der noch nicht kampfbereiten Exekutive und einer militanter werdenden gewerkschaftlichen Basis wurde im darauffolgenden Jahr noch deutlicher, als die Kohlenbehörde statt des geforderten Minimallohns von 20 Pfund nur 17,50 Pfund anbot. Da nach den Regeln der NUM in der Urabstimmung für einen nationalen Streik eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war, hatten die militanten Bergarbeitergruppen aus Yorkshire, Südwales und Schottland selektive Streikaktionen mit Abstimmungen in einzelnen Regionen befürwortet. Statt dieser erfolgversprechenden Konfliktstrategie wurde eine übereilte Abstimmung auf nationaler Ebene organisiert, die nur 55,5 % statt der erforderlichen 66,6 % für Streikaktionen brachte. Um die nun drohenden inoffiziellen

40 Jim Oldham, u.a., S. 134. Auszüge aus diesem Dokument in: KLASSENKÄMPFE IN WESTEUROPA, S. 244 ff.

41 Eric Sherratt: "The Fuel Industry", in: CAN THE WORKERS RUN INDUSTRY? , London 1968, S. 119-130.

Aktionen abzubiegen, erhöhte die Kohlenbehörde ihr Angebot auf 12 %, über das erneut abgestimmt werden mußte. Während die Exekutive mit 13:11 Stimmen die Annahme empfahl, verlangte die schottische Sektion, wenigstens in den Gebieten Streiks zu decken, in denen wie in Schottland mit 78 % oder in Südwales mit 83 % eine große Mehrheit für den Ausstand votiert hatte.

In dieser undurchsichtigen Situation entschieden sich die Delegierten von 52 Zechen in Südwales am 30. Oktober 1970 für Kampfmaßnahmen, denen sich die Delegierten der schottischen Bergarbeitergewerkschaft mit überwältigender Mehrheit anschlossen. Daraufhin begannen sich inoffizielle Streiks wie ein Lauffeuer auszubreiten. Als über 100 000 Bergleute die Arbeit in 127 von 293 Gruben niedergelegt hatten, versuchte der Vorsitzende der Nationalen Kohlenbehörde, Lord Robens, die Streikenden in der Öffentlichkeit zu diffamieren. Er warf ihnen Gewaltanwendung gegen Arbeitswillige vor und stellte den Streik als kommunistisches Komplott hin, eine Behauptung, die von der Financial Times und der Sunday Times als haltlos zurückgewiesen wurde. Vielmehr hatten sich gerade die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre, die seit geraumer Zeit die schottischen, südwalisischen und kentischen Bergleute führten, in Widerspruch zu ihrer eigenen Basis gesetzt, als sie sich an die Beschlüsse der Exekutive der NUM hielten. Nichtsdestoweniger waren die außerordentlich hohen Voten für einen Streik in diesen Gebieten auf die Klassenaktivität der kommunistischen Gewerkschafter zurückzuführen.

Mit der inzwischen eingeleiteten Abstimmung über das 12%-Angebot war der Zusammenbruch der inoffiziellen Aktionen besiegelt, zugleich die innere Spaltung der NUM in einen militanten, vorwiegend kommunistisch orientierten und einen gemäßigten "konstitutionellen" Flügel weiter vertieft, der nach einem erbitterten Wahlkampf mit der Wahl Joe Gormleys zum Präsidenten der NUM einen wichtigen Sieg erringen konnte. Dennoch war mit diesen massiven inoffiziellen Streikaktionen der beiden letzten Jahre die Politisierung des Apparates so weit vorangeschritten, daß die streikfeindliche Regelung bei Urabstimmungen über einen nationalen Streik von der Zweidrittelmehrheit auf 55 % heruntergesetzt wurde. Außerdem beschloß man, der vom TUC empfohlenen Nicht-Kooperation mit der Regierung bei der Einführung der Gewerkschaftsgesetze zu folgen. In der Situation verschärfter Klassenauseinandersetzungen mußte sich die Kampfbereitschaft der Bergarbeiter in dem Maße verstärken, wie die arbeiterfeindliche Politik der herrschenden Klasse ihre soziale Lage noch mehr verschlechterte. So hat die Steigerung der Freisetzungsrate durch rigorose Rationalisierungsmaßnahmen des Monopolkapitals gerade die traditionellen Bergbauregionen am schwersten getroffen – im Oktober 1971 verzeichnete Schottland bei den männlich Beschäftigten eine Arbeitslosenrate von 8,3 %, Nordengland von 8,0 %, der westliche Teil der Midlands von 7,4 %, Wales 6,1 % usw. Zur steigenden Arbeitslosigkeit kam die nach der Niederlage der Postarbeiter forcierte Politik der Lohnbeschränkung im öffentlichen Sektor hinzu, die bei den auf 10 % ansteigenden Lebenshaltungskosten auf eine Senkung der Reallöhne abstellte. Dadurch wurden aber die gewerkschaftlich wiedererstarkten Bergarbeiter einschließlich ihres rechten Flügels von der Regierung herausgefordert, der sie mit einer offenen Kampfansage begegneten. (42)

c) Übergreifende Solidarität – Bergarbeiter und Arbeiterklasse

Am 20. Juli 1971 veröffentlichte die NUM ihre Forderungen nach einem wöchentlichen Minimallohn von 26 Pfund für die 85 000 Übertagearbeiter, von 28 Pfund für 125 000

42 Dem Streikbericht liegen die detaillierten Berichte folgender Zeitungen zugrunde: MORNING STAR, SOCIALIST WORKER, FINANCIAL TIMES.

Untertagearbeiter und von 35 Pfund für die schwere Arbeit beim Abbau. Das entsprach Lohnerhöhungen von 8,9 und 5 Pfund, die den relativen Verfall der Bergarbeiterlöhne seit 1966 ausgleichen sollten. Die Kohlenbehörde bot dagegen nur 1,80 Pfund für Übertagearbeiter und 1,75 Pfund für die anderen Lohnstufen, insgesamt also eine Lohnerhöhung von 7,7 % an. Daraufhin stimmten 59 % der Bergarbeiter für Streikaktionen, die von der Exekutive der NUM einmütig für den 9. Januar 1972 angesetzt wurden. Ein nur geringfügig verbessertes Angebot der Kohlenbehörde konnte den ersten nationalen Bergarbeiterstreik nach dem 1926 verlorenen Generalstreik nicht mehr verhindern.

Die Bergarbeiter waren sich ebenso wie große Teile der britischen Gewerkschaftsbewegung bewußt, daß die strategischen Fehler des Postarbeiterstreiks nicht wiederholt werden durften. Als die Postarbeiter nach ihrer Niederlage ein gemeinsames Vorgehen aller Gewerkschaften im öffentlichen Sektor anregten, hatte die NUM sich noch auf ihre eigene Kraft verlassen. In der gegenwärtigen Phase war aber die offiziell ausgesprochene Unterstützung der Transportarbeitergewerkschaft und der Eisenbahngewerkschaft dringend erforderlich, um den Transport von Kohlevorräten zu verhindern. Diese waren zwar durch einen allgemeinen Stopp von Überstunden bereits vor dem Streik um etwa 500 000 Tonnen pro Woche reduziert worden, reichten aber nach Meinung der Regierung aus, die ohne Streikgelder in den Ausstand tretenden Bergarbeiter finanziell auszutrocknen und mit dem von der Regierung mobilisierten Druck der öffentlichen Meinung, d.h. der Fleet-Street-Presse, zum Rückzug zu zwingen. Dabei hatte die Regierung offensichtlich zwei entscheidende Faktoren außer acht gelassen, die allerdings für die Klassenaktivität der Bergarbeiter entscheidend waren: die eigene Kampfbereitschaft und die Solidarität anderer Arbeitergruppen wie der britischen Arbeiterklasse überhaupt.

Die Bergarbeiter hatten in den Kämpfen der beiden letzten Jahre eine innere Geschlossenheit entwickelt, die bei der ständigen Demoralisierung durch Zechenstillegungen und Entlassungen nicht mehr erwartet worden war. Unter dem Einfluß der sich politisierenden Streikbewegung 1968-71 hatte sich die Verbitterung über die verschlechterte soziale Lage in einen umso stärkeren Widerstand verwandelt. Statt isoliert, getrennt und dann geschlagen zu werden, entwickelte die gewerkschaftliche Basis während des Streiks eine beispiellose Initiative, die in ständigen Diskussionen, auf Gruben- und Massenversammlungen zu einer raschen Solidarisierung auch der Bergleute führte, die zunächst nicht für den Streik gestimmt hatten. Streikkomitees und Verbindungskomitees entstanden, von denen Streikpostenketten organisiert wurden. Auf Hunderten von Versammlungen und Konferenzen erläuterten die Bergarbeiter ihre Forderungen anderen Arbeitergruppen in den Betrieben, auf Bauplätzen und in den Häfen, in Gewerkschaftshäusern und Fachhochschulen. Die spontane Solidarisierung an der gewerkschaftlichen Basis war in der bisherigen Streikbewegung einzigartig, in der z.B. die Dockarbeiter, die Elektrizitäts- und Postarbeiter allein kämpften und gegen die jeweils kompromißlose Regierung verloren. Mit den politischen Massenstreiks gegen die Gewerkschaftsgesetze und der Besetzung von Upper Clyde Shipbuilders durch die schottischen Werftarbeiter war den britischen Arbeitern bei steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Reallöhnen bewußt geworden, daß der Kampf der Bergarbeiter ihr eigener war. Lkw-Fahrer weigerten sich, die Streikpostenketten zu durchbrechen, die Lokomotivführer Brennstoffe in die Stahl- und Elektrizitätswerke zu transportieren, die Dockarbeiter Kohlenschiffe zu entladen, die Seeleute Kohle aus Rotterdam und Antwerpen zu importieren. Geldspenden flossen aus allen Teilen des Landes reichlich und die Solidaritätsstreiks auf lokaler und regionaler Ebene häuften sich. Immer häufiger schlossen sich Arbeiter den Streikpostenketten an, die von mehr als 60 000 Bergarbeitern überall in Großbritannien organisiert wurden.

Völlig überraschend für die Regierung tauchten Streikposten vor Ölraffinerien, Elektrizitäts- und Gaswerken auf, um im Interesse der britischen Bevölkerung ein rasches Streikende herbeizuführen. Mit der Schließung zahlreicher Elektrizitäts- und Stahlwerke nahmen die Provokationen der Polizei zu, die Streikpostenketten auflöste und Widerstand leistende Bergleute verhaftete. Diese Vorfälle verstärkten aber nur die Kampfbereitschaft der Bergleute, die sich nach drei Streikwochen bereits verhärtet hatte, als ein Streikposten von einem Lkw getötet wurde, dessen Fahrer die Streikpostenkette durchbrochen hatte. In dieser Situation gewannen die Auseinandersetzungen um das Koks-Depot bei Saltley eine für den weiteren Streikverlauf nicht unerhebliche Bedeutung, als etwa 700 Polizisten einer geringeren Zahl von Wales und Schottland herübergekommenen Bergleuten gegenüberstand. Nach heftigen Zusammenstößen zwischen Polizisten und Streikposten regte das Distriktskomitee der AUEW von Ost-Birmingham konkrete Hilfsmaßnahmen an, denen auf einer Versammlung 200 Shop Stewards aus Birminghams Betrieben folgten und einstimmig einen Solidaritätsstreik von 40 000 Metallarbeitern ausriefen. Als am nächsten Tag etwa 5 000 Autoarbeiter sich den Streikposten anschlossen, wich die Polizei zurück und schloß das Koks-Depot. Das lag nicht nur an der augenblicklichen Übermacht der Arbeiter, sondern auch daran, daß die Shop Stewards bei Übergriffen der Polizei etwa eine Million Metallarbeiter auf die Straße rufen konnten.

Als der Widerstand der Bergarbeiter nicht erlahmte, militante Arbeitergruppen sich mehr und mehr solidarisierten und große Teile der Öffentlichkeit trotz des publizistischen Trommelfeuers der bürgerlichen Presse mit den Bergarbeitern sympathisierten, schaltete sich der Arbeitsminister ein und verdoppelte fast das Angebot der Kohlenbehörde, die zum Sprachrohr der Regierung geworden war. Das Exekutivkomitee der NUM lehnte das noch immer zu geringe Angebot ab, verringerte seine Forderung aber auf 6,7 und 4 Pfund für die einzelnen Arbeitergruppen. Durch den massenhaften Einsatz von Streikposten vor Elektrizitätswerken und Ölraffinerien schmolzen die Energievorräte rapide dahin, so daß die konservative Regierung um Notstandsvollmachten ersuchen mußte, denen die Labour-Opposition aber nicht zustimmte, was sie beim nationalen Dockarbeiterstreik im Sommer 1970 noch getan hatte. Als die Produktion in vielen Sektoren bis zu 50 % gedrosselt werden mußte, über 2 Millionen Arbeiter in den Produktionsgüterindustrien zu Hause bleiben mußten, kurz: das wirtschaftliche Chaos drohte, lenkte die Regierung ein. Um ihr Gesicht zu wahren, wurde eine neutrale Schlichtungskommission eingesetzt, die den Forderungen der Bergarbeiter weitgehend entgegenkam. Dabei wurde eine Lohnerhöhung von 20 % für 16 Monate, zurückdatiert auf den 1. November 1971, zugestanden, im einzelnen 5,6 und 4,50 Pfund für die verschiedenen Arbeitergruppen.

Dieses Nachgeben vor dem Druck der Bergarbeiter war bereits publizistisch vorbereitet worden, indem man die Bergarbeiter zu einem "besonderen Fall" stempelte. Das mußte dann die Wilberforce-Kommission nur noch wissenschaftlich untermauern. Sie 'entdeckte' zwei verschiedene Elemente bei Lohnerhöhungen: den periodischen Ausgleich der steigenden Lebenshaltungskosten und einen "Anpassungsfaktor", der strukturelle Veränderungen miteinbezieht, wie sie für die Bergarbeiter seit 1966 zutrafen. Aus diesen beiden Elementen konnte dann auch die Differenz zwischen dem Angebot der Kohlenbehörde und den Forderungen der Bergarbeiter erklärt werden. Verschwiegen wurde verständlicherweise, daß hier mit den strukturellen Veränderungen nichts anderes als die jeweilige gewerkschaftliche Verhandlungsstärke gemeint war, die freilich im Bergbau von den besonderen staatsmonopolistischen Konkurrenzbedingungen bestimmt worden war. Angesichts dieses Erfolges sahen die militanten Mitglieder der Exekutive eine Chance, auch noch die restliche Forderung von 1 Pfund Lohnerhöhung zu erkämpfen. Als die Empfehlungen der Schlichtungskommission mit 13:12 Stimmen abgelehnt wurden, berief der Premierminister

die Streikführer in seinen Amtssitz, um den fortschwelenden Konflikt beizulegen. Das gelang mit einer weiteren Konzession, in der grundsätzlich der Forderung nachgegeben wurde, die Erwachsenenrate für Jugendliche ab 18 Jahren zu zahlen. Daraufhin empfahl die Exekutive den Bergarbeitern, das Angebot der Regierung anzunehmen, dem 96 % der Bergarbeiter zustimmten. Damit beendeten die Bergarbeiter nach 48 Tagen diesen Streik mit einem nahezu vollständigen Sieg über die Regierung – ein Erfolg, den die britische Arbeiterklasse seit Jahrzehnten nicht verzeichnen konnte.

Mit dem Sieg der Bergarbeiter ist die Lohnpolitik der konservativen Regierung infrage gestellt worden. Statt der anvisierten 7-8 % jährlicher Lohnerhöhung mußte sie den Bergarbeitern das Doppelte zugestehen. Dieses Beispiel wird zum Signal anderer Arbeitergrüppen im öffentlichen Sektor wie den schlecht bezahlten Krankenschwestern und Eisenbahnern, ihre Forderungen kompromißlos zu vertreten. Darüber hinaus fühlen sich die 800 000 Bauarbeiter und insbesondere 2,5 Millionen Metallarbeiter in ihren Forderungen bestätigt. Die britische Arbeiterklasse ist aber nicht nur in den bevorstehenden Lohnauseinandersetzungen gestärkt worden, sondern auch in den anstehenden Konflikten bei der Anwendung des Gewerkschaftsgesetzes, das die Regierung beim Bergarbeiterstreik buchstäblich in der Schublade liegen lassen mußte, wenn es nicht hinfällig werden sollte. Die Kampfstärke der Bergarbeiter und die Solidarisierung der britischen Arbeiterklasse stellen eine neue Stufe auf dem Wege zur einheitlichen Klassenaktion dar, die beim Postarbeiterstreik ein Jahr zuvor noch nicht erreicht war. Zugleich hat sich in den verschärften Klassenauseinandersetzungen die antikapitalistische Orientierung in der britischen Gewerkschaftsbewegung verstärkt. Das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer sozialistischen Transformation wächst.

marburger blätter

Herausgeber: Verlag der marburger blätter Marburg/Lahn, Studentenhaus, Erlenring 5, Telefon 2 35 97
Die marburger blätter erscheinen zweimal vierteljährlich. Bezugspreis: Jährlich 5,– DM, Studenten 3,– DM (incl. Porto und Versand)

noch lieferbare Nummern

Guatemala (mit Freiheit von Forschung und Lehre)
(mb 132, DM 1,–)

Die GmbH Universität für die Mandarine der Zukunft
(mb-extra 132/II, DM 1,50)

Lenin und die internationale Arbeiterbewegung
(mb 133, DM 0,50)

DDR (ökonomisches System, Bildungssystem, u.a.)
(mb 134 2. Aufl., DM 1,–)

Aspekte des westdeutschen Neo-Kolonialismus
(mb 135, DM 0,50)

Der Kampf geht weiter – Streiks in Westeuropa
(mb 136/137, DM 1,–)

Bildung und Ausbildung
(mb 138, DM 1,–)

Marx an die Uni – Wissenschaftspluralismus
(mb 139, DM 0,50)

Von der Utopie zum Klassenkampf
(mb 140/41, DM 1,–)

Sozialdemokratie
(mb 142, DM 0,50)

Frauen-Emanzipation im politischen Kampf
mb 8/1971, DM 1,–

Rainer Tetzlaff

Zur kollektiven Imperialismusstrategie in Süd-Ost-Afrika

1. Zum Problem von Kontinuität und Wandel des Imperialismus

Mit dem Namen Südafrika werden zunächst im allgemeinen Vorstellungen vom Rassenkonflikt, vom sogenannten Schwarz-Weiß-Problem, von den Abscheulichkeiten der Apartheit assoziiert. Jedoch werden somit nur Oberflächenphänomene angedeutet, die tendenziell die Gefahr implizieren, anstelle nüchterner Bemühung um Erkenntnis realer Verursachung lediglich moralische Entrüstung oder Empörung hervorzubringen. Wenn politik- und sozialwissenschaftliche Forschung sozio-ökonomische Prozesse durchschaubar machen soll, dann kann die Südafrikanische Republik (SAR) weder territorial noch als politischer Akteur isoliert betrachtet werden. Was den räumlichen Aspekt des Untersuchungsgegenstandes angeht, so ist methodisch der "area approach" zu wählen, d.h. Südafrika plus zehn zu seinem "Hinterland" oder zu seiner unmittelbaren Interessensphäre gehörenden Territorien:

a) die unter weißer Herrschaft stehenden Kolonien Namibia, Rhodesien, Angola und Mozambique,
b) die formal souveränen, ehemals britischen Protektorate Swasiland, Lesotho und Botswana, die seit der Jahrhundertwende mittels Zoll- und Währungsunion mit der Südafrikanischen Republik zu deren ökonomischen "Geiseln" wurden;
c) Malawi, das unter seinem Präsidenten Hastings Banda immer stärker in den "Southern African Common Market" (SACOM) integriert wird;
d) Madagaskar und Mauritius, deren Regierungen ebenfalls dem "geographischen Diktat" und der ökonomisch-politischen Kooperation mit Südafrika nicht entgehen zu können glauben.

Was die ökonomische und politische Untersuchungsebene betrifft, sind Vorstellungen nationaler Souveränität als anachronistisch und irreführend aufzugeben. Es geht vielmehr – dem speziellen Gegenstand angemessen – um die Analyse der realen Interdependenzstrukturen von faschistischer Herrschaft in der SAR und in Rhodesien, von militärischer Kolonisation in "Portugiesisch-Afrika" und von formeller und informeller Partizipation westlicher Industriestaaten, d.h. ihrer Konzerne und Regierungen, an der Ausbeutung und Unterwerfung einer der bedeutendsten Regionen der "Dritten Welt". Süd-Ost-Afrika ist heute zum Schauplatz spezifischer Erscheinungsformen einer äußerst komplexen imperialistischen Strategie geworden, deren besondere Charakteristika in ihrem Internationalismus, ihrer Multikausalität sowie in ihrer fast beispiellosen Aggressivität zu suchen sind. Deshalb betrachten wir etwa die zunehmenden Aktivitäten der BRD im südlichen Afrika nicht einfach als ein Beispiel "neokolonialer Ausbeutung" (1).

Die kollektive Ausbeutung Südostafrikas ist deshalb qualitativ von sonst üblichen Praktiken neokolonialer Penetration in der "Dritten Welt" zu unterscheiden, weil hier eine

1 Vgl. Barbara Schilling und Karl Unger: "Die Bundesrepublik und das südliche Afrika. Ökonomische und militärische Aspekte des westdeutschen Neokolonialismus", in: KURSBUCH, Berlin 1970, Nr. 21, S. 129-158.

internationale Allianz untereinander heterogener Herrschaftscliquen und -verbände die Integration einer unterentwickelten Region in das kapitalistische Globalsystem mit teils typischen, teils anachronistisch gewordenen Methoden betreibt. Progressive Imperialismusforscher wie etwa auch Hans-Ulrich Wehler verstehen imperialistische Politik nicht nur als "direkte, formelle, koloniale Gebietsherrschaft" – was für die SAR, Rhodesien und Portugal zutrifft – sondern ebenso als "indirekte, informelle Herrschaft entwickelter Industriestaaten über die weniger entwickelten Regionen der Erde"; als Herrschaftsform, die von "bestimmten sozialökonomischen und politischen Prozessen in den Metropolisstaaten" (2) verursacht sind. Auch andere nicht-marxistische Wissenschaftler versuchen heute in verstärktem Maße, das "Syndrom" des klassischen Imperialismus als notwendiges Produkt des industriellen Kapitalismus zu begreifen, als "Störungen" oder Disproportionalitäten seiner Wirtschaftsexpansion, als konjunkturpolitisches Regulativ (U. Wehler), oder auch als "nationale Abwehrstrategie", als auf Herrschaftsstabilisierung zielende "Ablenkung von dringenden Sozialreformen" (Helmut Böhme) oder als überwiegend innen- und sozialpolitisch determinierte Defensivwaffe (z.B. in Form des Kapitalexports) gegen eine sich emanzipierende Arbeiterklasse oder auch als (illusionäres) Allheilmittel gegen sozial-ökonomische Krisen (Gilbert Ziebura) (3).

So notwendig es uns erscheint, die endogenen, d.h. auch gerade die "sozialimperialistischen" Determinanten imperialistischer Expansion aufzuspüren, so wenig kann es überzeugen, auf nicht-ökonomische Kategorien des "nationalen Machtprestiges", einer "luxuriösen" oder "irrational"-anachronistischen Außen- und Kolonialpolitik als wesentliche Momente im Imperialismus zu rekurrieren. Gerade die Überbau-Basis-Divergenz, der Widerspruch also zwischen nationalistischer Kolonialpropaganda und offizieller Kolonialpolitik ("formeller Imperialismus") einerseits und tatsächlicher Mehrwertrealisierung in nicht direkt politisch okkupierten Ländern andererseits ("informeller Imperialismus") öffnet den Zugang zur Kontinuität imperialistischer Politik. Die neokolonialistische Expansion der führenden Kapitalfraktionen Westeuropas heute setzt wesentlich Praktiken fort, die auch in der Phase des klassischen Imperialismus (1880 bis 1914) dominant waren. Was sich heute im Vergleich zu damals geändert hat, ist eine stärkere Interdependenz und Konvergenz zwischen staatlicher Politik ("Entwicklungshilfe", Militärhilfe) und den Interessen der durch anwachsende Konzentration gekennzeichneten Industrie- und Wirtschaftsmonopole, die in der organisierten, rationelleren "Herrschaftssynthese" (Ziebura) staatsmonopolistischer Prägung ihre zeitgemäße Bewegungsform fand. (4) Dieser Zusammenhang drückt sich z.B. in der Tatsache aus, daß die öffentliche Hand in der BRD bis zu 80 % Garantien für private Auslandsinvestitionen (Cabora Bassa) übernimmt.

Was die Region Südostafrika (SOA) – als zeitgeschichtliches Phänomen und Objekt der Analyse – so exklusiv macht, ist die schon oberflächlich erkennbare Tatsache, daß hier nach ihrer universalhistorischen Relevanz unterschiedliche Methoden imperialistischer Herrschaft zeitlich neben- und räumlich miteinander integriert sind, und zwar mit katastrophalen Folgen für die autochthonen Völker. Daß diese Form der "Integration" in besonders bedrohlichem Maße "Krise" zum Merkmal – und zwar als konstituierendes

2 Vgl. IMPERIALISMUS, Hrsg. v. Ulrich Wehler, Köln und Berlin 1970, S. 11.
3 Vgl. DER MODERNE IMPERIALISMUS, hrsg. v. Wolfgang J. Mommsen, Stuttgart etc. 1971.
4 Hartmut Schilling: "Einige Aspekte des staatsmonopolistischen Charakters des Neokolonialismus und seines ökonomischen Funktionsmechanismus", in: MARXISMUS DIGEST, Frankfurt a.M., 1970, Nr. 2, S. 171 f.

(nicht akzidentelles) – hat (5), soll in folgendem eine empirische Untersuchung der bestehenden trans- und internationalen Dominanz- und Dependenz-Verhältnisse, m.a.W. der Klassenverhältnisse, im südostafrikanischen Raum verdeutlichen.

2. Der extraktive Imperialismus: SOA als eine der wichtigsten Rohstoffquellen der "Dritten Welt"

Gerade verschiedene neuere Arbeiten über die Triebfedern imperialistischer Expansion lassen den Schluß zu, daß weder Kapitalexporte, noch Warenlieferungen, noch Rohstoffimporte als einzige oder dominierende Determinante, für das System internationaler Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern anzusehen sind.

Die dem modernen Kapitalismus immanente Tendenz, auf Grund permanent zunehmender Entwicklung der Produktivkräfte in immer wachsendem Umfang Mehrwert zu produzieren und zu realisieren, auf den äußeren Markt auszuweichen und damit einen vom Kapital immer stärker durchdrungenen Weltmarkt zu schaffen, läßt die eindimensionale Erklärung imperialistischer Politik heute ungenügender erscheinen denn je. Wir haben vielmehr auszugehen von einer globalen Integrationsstrategie imperialistischer Staaten, in der diverse Einzelinteressen komplementär, wenn auch konkurrierend, zusammenwirken. Nur die konkrete Analyse spezieller Peripherien (Regionen in der "Dritten Welt") kann im Verfahren abnehmender Abstraktion die Frage nach der jeweils unterschiedlichen Gewichtung dieser Faktoren beantworten; präziser ausgedrückt: die natürlichen (z.B. Bodenschätze) und künstlichen (z.B. Ausbeutungsrate der Arbeiter) Bedingungen in einem Land der Peripherie begründen seinen Stellenwert im hierarchischen System der internationalen Arbeitsteilung, den ihm diverse Industriebranchen in den Zentren (Metropolen) nach ihren spezifischen Bedürfnissen zuweisen. Daraus werden sich dann die sozio-ökonomischen Folgen für die Peripherie ergeben, d.h. Trends zur partiellen Überwindung oder Vertiefung der strukturell ungleichmäßigen Entwicklung aufzeigen lassen (Problem der regionalen Disproportionalitäten).

Traditionell erhielt das südliche Afrika seinen Stellenwert im internationalen Dependenzsystem vornehmlich durch seinen Rohstoffreichtum. Die Union am Kap belieferte den Weltmarkt mit Gold, Diamanten, Kupfer, Wolle und Landwirtschaftsprodukten.

Ein knapper Überblick über die Rohstofflager in Südostafrika soll zeigen, daß auch heute noch und in zunehmendem Maße dieser Region zuerst einmal als äußerst ergiebige Quelle für seltene Mineralien eine zentrale Bedeutung für die Industrie- und Rüstungsproduktion der USA und Westeuropas zukommt.

Allein die Südafrikanische Republik besorgt zu 43 % die Mineralförderung in Afrika und stellt neunmal soviel Stahl her wie der übrige Kontinent. Sie ist ferner nicht nur Afrikas größter Gold-, Diamanten- und Mangan-Produzent, sondern ist auch mit einem Weltmarktanteil von 18 % (im Jahr 1968) der bedeutendste Hersteller von Uran für die westlichen Industrien.

5 Vgl. das Referat "Zur Theorie und Ideologie internationaler Interdependenz" von Friedr. Schlupp etc. während der Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft vom 3.-6. Oktober 1971 in Mannheim, S. 10.
6 Vgl. A.M. Kamarck: THE ECONOMICS OF AFRICAN DEVELOPMENT, New York 1971, S. 111 f. und Pierre Jaleé: DAS NEUESTE STADIUM DES IMPERIALISMUS, München 1971, S. 33 (nach OECD-Statistik von 1967.) Zum Buch von P. Jaleé vgl. die Besprechung von G. Krause: "Das neueste Stadium von Pierre Jaleés Imperialismus", in: SOPO 16, Febr. 1972, S. 119 ff. (Red.).

Außerdem befinden sich in Südafrika (plus Namibia, ausgenommen USA, Kanada und Schweden) die größten Uranvorkommen der Welt: 3.35 Mio t. (6) Am "scramble for uranium", dessen Weltbedarf laut UNO-Schätzung von gegenwärtig 13.000 t auf 40.000 t im Jahr 1975 steigen wird, ist namentlich die BRD beteiligt, die ihre Abhängigkeit vom US-Monopol zu beenden strebt (ähnlich wie um 1900 das Deutsche Reich vom US-Monopol auf Baumwolle). Die Urangesellschaft m.b.H., Frankfurt, investiert 70 Mio. DM für den (mit INDECO, Südafrika, und Rio Tinto Zinc, Portugal, gemeinsam betriebenen) Abbau der riesigen Uranlager bei Rössing, Namibia. (7) Ferner hat die Urangesellschaft im März 1970 einen Vierjahresvertrag über die Ausbeutung von Uran in Angola und Mozambique (Konzessionsgebiet: 6300 km^2) abgeschlossen, das für nukleare Kraftwerke in Westdeutschland bestimmt ist. (8) Bei der Jagd nach Uran handelt es sich um langfristige Planungen: z.B. unterzeichnete Englands Atomenergiebehörde im Jahr 1970 mit Südafrika ein Abkommen für den Kauf von 7500 t Uran im Werte von 40 Mio. Pfund Sterling, das zwischen 1976 und 1982 geliefert werden soll. (9)

Die Abhängigkeit der westlichen Industriestaaten von einigen Rohst fen wie Aluminium, Kupfer, Zinn, Zink und Stahlveredlern wie Mangan, Kobalt und Chrom aus Entwicklungsländern ist fast eine totale, worauf Pierre Jaleé immer wieder hinweist. Harry Magdorf und Ekkehard Krippendorff betonen in diesem Zusammenhang die qualitative Seite der Rohstofflieferungen: der Zugang auch zu geringen Mengen seltener "strategischer Materialien", die für Rüstung, Industrie und speziell den Flugzeugbau unentbehrlich sind, ist eine existenzielle Vorbedingung der Industrieproduktion imperialistischer Staaten. Vorwiegend dieses Interesse manifestiert sich in imperialistischen Globalstrategien, als deren oberstes Leitziel allgemeine Systemsicherung gelten kann: informelle Integration der wichtigen Rohstoffzonen in die Länder mit entwickelter kapitalistischer Produktionsweise.

Auf Grund eines dieser lebenswichtigen strategischen Metalle bekommt *Rhodesien* seine wichtige Stellung auf dem Weltmarkt zugeordnet: es verfügt über die zweitgrößten Vorkommen von *Chrom* auf der Welt. (9a) Hauptabnehmer sind USA und England, deren Regierungen kürzlich auch offiziell demonstriert haben, daß sie das Recht der afrikanischen Völker auf Selbstbestimmung ihren ökonomischen Interessen bedenkenlos unterordnen. Am 23.September 1971 stimmte der amerikanische Senat für die Aufhebung des fünf Jahre alten UN-Embargos auf rhodesisches Chrom – der offizielle Schlußpunkt der "stillen Erosion der Sanktionen" (10).

Auch *Malawi* mit seiner pro-südafrikanischen Regierung – bisher eines der ärmsten Länder Afrikas (Hauptexportprodukte: Tabak, Tee, Erdnüsse; Wanderarbeiter) – hat dadurch an Bedeutung gewonnen, daß es über die einzig nennenswerten *Bauxit*vorkommen im südlichen Afrika verfügt. In den Mlanje-Bergen lagern 60 Mio t Bauxit, die die Voraus-

7 Vgl. Brigitte Heinrich: D-MARK-IMPERIALISMUS, Deutsche Industrie und Ausbeutung der Dritten Welt, Berlin 1971, S. 64-65.

8 FINANCIAL TIMES, London, vom 6.3.1970.

9 Vgl. AFRICA RESEARCH BULLETIN (abgekürzt: ARB), Economic ... Series (Econ.), Exeter 1971, S. 2136.

9a "Die weitaus größten Chromeisenerz-Vorkommen der Welt von insgesamt 575 Mio t befinden sich in der Republik Südafrika. Das geht aus einem jetzt vorliegenden Bericht des United States Bureau of Mines hervor. Nach den vor kurzem abgeschlossenen Forschungen amerikanischer Geologen folgt an zweiter Stelle mit etwa 175 Mio t und dahinter die Sowjetunion mit rund 15 Mio t Chromeisenerz. Die USA verfügen über nur 2 Mio t Chromeisenerz-Reserven" (INTERNATIONALES AFRIKAFORUM 2/72, S. 84).

10 Vgl. "Dokumentation", in: ARB, Econ., 1971, S. 2150 u. S. 2205.

setzung für eine Aluminiumschmelze (Kosten 120 Mio Rand), die mit Elektrizität aus Cabora Bassa versorgt werden soll, bilden. Der Oppenheimer Konzern Anglo-American Corporation, die britische Lonrho und portugiesische Industrielle planen eine Jahresproduktion von 125 000 t Aluminium – neben Eisen das wichtigste Metall der modernen Industrie. (11)

Auch das an Mangan, Kupfer, Nickel, Eisen, Blei, Kohle, Sodaasche und Diamanten reichhaltige *Botswana,* das ehemalige britische Protektorat Betschuanaland, mit 600 000 km^2 das größte der südafrikanischen "Geiselländer", ist die Beute vorwiegend südafrikanischer Konzerne geworden. Anglo-American und der mit der American Metal Climax fusionierte Roan Selection Trust haben die Förderung von Mangan – einem nur noch in der "Dritten Welt" zu beziehenden Stahlveredler – mit einer Jahresproduktion von ca. 54 000 t aufgenommen. Um die Nickel- und Kupfervorkommen (in der Selibe-Pikwe-Region) abbauen zu können, gaben die Welt-Bank-Gruppe, USA und Kanada der Regierung von Botswana einen 42 Mio-Dollar-Kredit für infrastrukturelle "pre-investments" (12).

Die von der SAR fast völlig eingeschlossene Enklave *Swasiland* (20 000 km^2; 395 000 Einwohner), in der 10 - 20.000 Briten und Buren 48 % des Bodens besitzen, steht im Begriff, ein *Eisen*lieferant für Japan und die BRD (Salzgitter-Gruppe) zu werden. Es verfügt über ca. 47 Mio t hochgradiger Eisenerze (bei Ngwenya), die von der Anglo-American Corp. exploitiert werden.

Die "Rand Minyes" (Südafrika) beutet die Kohleflöze aus, die auf 220 Mio t geschätzt werden. Ferner betreiben die Briten in Swasiland eine der produktivsten Asbestminen der Welt (1967: Exportwert 5,86 Mio Rand). Südafrikanische Tochtergesellschaften verwerten die riesigen Holzbestände des Landes. (13)

Was Pierre Jaleé als "ein neues Charakteristikum der imperialistischen Kontrolle über die Rohstoffe der Dritten Welt" bezeichnet – die international betriebene Exploitation, die trotz weiter bestehender Konkurrenz mehr und mehr Bündnischarakter annimmt (14) – läßt sich besonders gut in Namibia, Angola und Mozambique nachweisen. Allen drei Territorien ist dabei gemeinsam, daß sie über bisher kaum genutzte, aber riesige Lager an verschiedenen Energie- und Rohstoffen verfügen und zweitens, daß ihr politischer Status als Kolonien die sie beherrschenden Rassistenregime zwang, eine militärisch-ökonomisch-politische Interessenallianz mit den westlich imperialistischen Staaten zu suchen, was namentlich seit etwa 1964 die Öffnung der portugiesischen Kolonien für das internationale Monopolkapital zur Folge hatte.

Was die internationale Rohstoffausbeutung in diesen drei Gebieten von der in anderen Entwicklungsländern unterscheidet, ist die wechselseitige Bedingtheit von ausländischen Direktinvestitionen und Aufrechterhaltung von kolonialer Unterdrückung in seiner "klassischen", d.h. offen brutalen Form. Letztere hat wiederum zur Folge, daß NATO-Regierungen mittels umfangreicher Lieferungen von Waffen und Kriegsmaterial an die SAR und Portugal den "status quo" stabilisieren helfen, um zugleich die anachronistischen Formen der politischen Herrschaft und die extrem profitablen Methoden der ökonomischen Ausbeutung durch die internationalen Konzerne aufrechtzuerhalten.

11 Vgl. die ECA-Studie von Z. Rupnik: COOPERATION IN ENERGY, Addis Abeba, 22.4.1969, S. VI-47; ARB, Econ. 1971, S. 1986 und B. Bunting: THE RISE OF THE SOUTH AFRICAN REICH, Harmondsworth 1969, S. 448.

12 ARB, Econ., 1971, S. 2163, 2219.

13 Vgl. ARB, Econ. 1971. S. 2163 und Brian Bunting: THE RISE OF THE SOUTH AFRICAN REICH, S. 440.

14 P. Jaleé: DAS NEUESTE STADIUM..., a.a.O., S. 47.

Als Musterbeispiel für dieses Kolonialismus-Imperialismus-Militarismus-Syndrom kann das 1968 geschlossene Abkommen zwischen Portugal und der amerikanischen *Gulf Oil Company* gelten, die seit 1966 in der zu Angola gehörigen Enklave Cabinda Öl fördert. Die Ölproduktion in Cabinda hat 1970 bereits die vier Mio-Tonnen-Grenze überschritten und Angola unter die 6 größten Öllieferanten Afrikas eingereiht. Was die Ölausbeutung in Angola jedoch so extrem kriminell macht, ist die Tatsache, daß die Gulf Oil etwa die Hälfte des geförderten Brennstoffs für portugiesische Militärfahrzeuge zur Verfügung stellen muß, mit denen dann die bekriegt werden, die für die Rechte über ihr eigenes Land kämpfen: die angolanischen Befreiungsbewegungen. Ferner finanziert der portugiesische Staat seinen schmutzigen Krieg in Angola etwa zu 50 % aus den Steuern und Royalties (1969 ca. 20 Mio Dollar), die die Gulf Oil zu zahlen hat. (15) Auch in Mozambique schreitet die Planung einer Kriegswirtschaft fort: die Ölförderung dort wurde u.a. zur Anlage eines großen Öldepots in Nampula mißbraucht, dem Hauptquartier der portugiesischen Streitkräfte zum Kampf gegen die FRELIMO. (16) Auch in Mozambique ist der "run" auf das schwarze Gold in vollem Gange. Bereits elf Gesellschaften verschiedener Nationen haben hier Bohrkonzessionen erhalten.

In *Namibia* bauen 18 internationale Gesellschaften Diamanten, Silber, Blei, Kupfer, Zink, Zinn, Vanadium und Nickel ab, und weitere 44 sind mit der Prospektierung – vor allem von Ölfeldern – beschäftigt. Zusammen mit der De Beers Diamanten-Gesellschaft aus Südafrika, das sich – was wichtige Rohstoffe angeht – nur mit Öl nicht selbst versorgen kann, hat ein französischer Konzern eine Konzession für Ölbohrungen erhalten, die sich auf 30 000 Meilen^2 erstreckt.

Namibia ist nach Marokko der größte Bleiexporteur Afrikas. Im Juni 1970 wurde bei Rosh Pinah eine der größten Zinkminen Afrikas eröffnet, wo Zinklager von 4 Mio t zur Ausbeutung anstehen. Vor kurzem sind 4,45 Mio t Zinnerze entdeckt worden, die ein südafrikanisches Konsortium bei einer Jahresproduktion von 84 000 t nutzbar machen will. Eine amerikanische Gesellschaft ist damit beschäftigt, die Produktion von Wolfram auf 30 000 t im Jahr zu bringen, unter den "kritischen" Metallen traditionell eine Mangelware der US-Industrie. (17)

Angola – Portugals größte und reichste Kolonie – war bis Mitte der 60er Jahre ein Land der Kaffee-, Diamanten- und Sisalexporte, bis dort der extraktive Imperialismus ans Werk ging, um mittels Direktinvestitionen die großen Eisen- (und Uran-)vorkommen abzubauen. Bei Cassinga lagern 90 Mio t hochgradigen Eisens und 400 Mio t von mittlerer Qualität. Im Jahr 1964 war es Krupp gelungen, mit zugesicherten Anfangsinvestitionen in Höhe von 250 Mio DM das Monopol für den Abbau zu erhalten. Von der portugiesischen Regierung garantierte Darlehen, die auf dem deutschen und internationalen Kapitalmarkt aufgenommen worden, ermöglichten die Projektfinanzierung, die auch den Ausbau des Atlantikhafens Mocamedes und eine 600 km lange Eisenbahnstrecke zwischen Cassinga und Mocamedes umfaßt. (18) Bereits 1970 war *Angola* mit einer Jahresproduktion von 6.33 Mio t zu einem der größten Eisenexporteure Afrikas geworden. Zu 95 % gingen die Erze nach Japan, dem größten Eisenimporteur der Welt, und in die BRD. Neben Uran, Öl und Eisen haben Mangan (bisher 30 000 t Jahresproduktion), Kupfer, Chrom, Bauxit

15 Nach einer Dokumentation des American Commitee on Africa, New York, 1970: "Why We Protest Gulf's Operations in Portuguese Africa".
16 ARB, Econ., 1971, S. 2135.
17 Vgl. die "Dokumentation", in: ARB, Econ., 1970/71 und E. Ferreira: "Namibia", in: NEUES ROTES FORUM, Heidelberg, Nr. 2/71, S. 9-10.
18 Über weitere Interessen der deutschen Konzerne in Angola vgl. B. Heinrich, a.a.O., S. 46-48.

und Asbest Angola zu einer der für die internationalen Trusts attraktivsten Rohstoffzonen Afrikas gemacht. Im Durchschnitt der 60er Jahre stieg die Erzproduktion um jährlich 20 %, 1968 um 40 %, 1969 um 66 % im Vergleich zum Vorjahr. Damit erreichte sie 1969 einen Wert in Höhe von 390 Mio DM. (19)

Was Angola für die BRD ist, soll *Mozambique* (und Swasiland) für Japan werden: ein wichtiger Zulieferant von Rohstahl. Im Vila Peri-Distrikt (etwa 220 km westlich von Beira) wollen japanische Konzerne die dort georteten 100 Mio t Eisenerze hochgradiger Qualität verhütten, um eine Jahresproduktion von 5 Mio t zu erzielen. Dabei übernimmt der portugiesische Staat auch hier die Funktion des "pre-investors". Vom Entwicklungsplan für Mozambique (1968 bis 1973) ist ca. 1/3 der Investitionen in Höhe von 17,22 Mrd Escudos für Ausbau und Erweiterung der außenwirtschaftsorientierten Verkehrsverbindungen vorgesehen. Dabei befindet sich auch das Projekt eines neuen Erzhafens bei Laurenco Marques (Kosten 1 Mrd. Esc.), der mittels 300 000-Tonnen-Frachter vor allem Ladungen von und für Südafrika und Swasiland ermöglichen soll. (20)

Was sich heute im Vergleich zur Ausplünderung der Rohstoffkolonien in der Phase des "klassischen" Imperialismus (1880-1914) geändert hat, ist der durch die moderne Technologie möglich gewordene Einsatz von relativ preiswerter Wasserkraft als Energiequelle. Dabei wird aus Gründen höherer "Rentabilität" die Versorgung der Bergwerke und Hütten mit Elektrizität in SOA auf übernationaler, d.h. regionaler Ebene projektiert und durchgeführt, analog zu den neuen Verfahren im Verkehrswesen. Auch hier ist ein großes Verbundsystem im Entstehen begriffen, das mittels Eisenbahnen, Kanälen und Kontinentalstraßen die beiden Flanken des südlichen Afrikas (die Küsten am Indischen und Atlantischen Ozean) stärker in den südafrikanischen "Gemeinsamen Markt" integriert und bisher isolierte Gruben und Hütten miteinander verbindet.

Der Staudamm bei *Cabora Bassa* in Mozambique ist mit Recht zum Inbegriff der imperialistischen Kollektivstrategie in SOA geworden. Bekanntlich erteilte Portugal dem Zembeze Consorcio Hidro-Electrico (ZAMCO) im September 1969 nach harter Konkurrenz mit amerikanischen und britischen Interessengruppen den Zuschlag für das 1,6 Mrd DM-Projekt. ZAMCO, das von Anglo-American, französischen und deutschen Konzernen (AEG, Telefunken, Siemens, BBC, Voith) gebildet wird, erbaut hier seit Oktober 1969 den größten Staudamm Afrikas (mit einer Jahresleistung von 18 Mio KWh; Assuan-Damm: 10 Mio KWh), dessen erste Baustufe 1975 fertiggestellt sein soll. Der westdeutsche Lieferanteil an diesem gigantischen Investitionsprojekt beläuft sich auf 404,7 Mio DM. An der Finanzierung ist der westdeutsche Staat durch einen Kredit von 286 Mio DM und durch die in der Öffentlichkeit vergeblich attackierte Bürgschaft über 400 Mio DM beteiligt. (21) An diesem Fall zeigte sich besonders deutlich die Rolle des modernen Staates als Förderer und Garant der Interessen der großen Monopole.

Cabora Bassa – wie auch das Kunene-Staudammprojekt in Angola – ist vor allem als Brennpunkt einer Integrationsstrategie zu werten. Das Ziel *territorialer* Integration, das Ausdruck der notwendigen Kollektivverteidigung der weißen Rassistenregime ist, wird erreicht durch die projektierte Energielieferung nach Südafrika, Malawi, Rhodesien; durch die Ansiedlung portugiesischer Bauern (im Gespräch sind bis zu 1 Million) in "Wehrdörfern" entlang des 220 km langen Stausees, der eine "natürliche" Barriere gegen

19 ARB, Econ., 1970, S. 1615-1869 und 1971, S. 1932, 1995 und 2122.
20 Vgl. ARB, Econ., 1970, S. 1685, 1699, 1730, 1744, 1869; u. 1971, S. 1910, 2151-2153. Ferner vgl. AFRICA CONFIDENTIAL vom 21.11.1969 und vom 21.8.1970.
21 Vgl. z.B. Sietse Bosgra: CABORA BASSA. EIN DAMM GEGEN DIE AFRIKANER (Übersetzung), Göttingen (o.J.).

die Befreiungsbewegungen bilden wird. Ferner wird Mozambique dadurch in dem System der internationalen Arbeitsteilung neu plaziert (vertikale Integration): Mozambique war jahrzehntelang eine auf Agrarexporte (Baumwolle, Cashew-Nüsse, Tee, Zucker – 1970: 286.000 t –, Sisal) konzentrierte Kolonie, deren vorherrschende Produktionsweise sogenannte Eingeborenenkulturen sind. Die infrastrukturelle Unterentwicklung und allgemein das für Kolonien kennzeichnende geringe Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte zwangen die pauperisierten (und steuerpflichtigen) Bauern, sich zu Hunderttausenden als Lohnarbeiter in den produktiveren Nachbarländern zu verdingen.

Mozambique wurde in den 60er Jahren die große Entdeckung der nach Energie- und Rohstoffen suchenden Schwerindustrie Westeuropas und Japans sowie der technologisch fortschrittlichsten Produktionsmittelindustrien, die hier u.a. auch ein profitables Experimentierfeld witterten. Da das ökonomisch zurückgebliebene Portugal selbst nicht in der Lage ist, umfangreiche Investitionen zu tätigen, wurde die Ausbeutung Mozambiques nicht das Monopol nationaler Konzerne (wie etwa im Falle des Kongos oder Nord-Rhodesiens), sondern ein Gemeinschaftsobjekt miteinander konkurrierender Konzerne. In einer VDI-Nachricht lesen wir dazu:

"Eine geschickte Geschäftspolitik der portugiesischen Regierung hat es verstanden, vielfältige internationale Interessen an Mozambique zu binden, denn diese Kolonie schwimmt buchstäblich in Erdöl, Uran, Gold und seltenen Metallen, die nur auf ihre Förderung warten, an Orten, die in den Büros internationaler Konzerne bereits mit Fähnchen gekennzeichnet sind" (22).

Die billige Energie aus Cabora Bassa ist u.a. dazu bestimmt, die Förderung der Erze zu ermöglichen, die in besonderer Häufigkeit in der Tete-Provinz gefunden wurden. Wie zur Zeit der Charter Companies vergibt Portugal heute an nationale oder multinationale Konzerne Schürfkonzessionen auf Landgebiete in der Größenordnung von 100 000 km^2. Es geht nicht nur um Kohle, Kupfer, Uran sowie um 200 Mio t Titan- und Vanadium-haltige Magneteisen (östlich von Tete), sondern auch hier wieder vielmehr um "kritische" Materialien wie Nickel, Chrom, Bauxit, Asbest, Mangan, Platin, mithin um seltene oder spezielle hitze- und druckbeständige Materialien für z.B. Düsentriebwerke. Die wachsende Abhängigkeit der Industrieländer, deren eigene Ressourcen weitgehend verbraucht sind, von der Rohstoffversorgung aus der "Dritten Welt" gehört – wie schon 1954 eine US-Commission on Foreign Economic Policy konstatierte – "zu den entscheidenden ökonomischen Veränderungen unserer Tage" (23). Daraus wurden als außenpolitische Ziele der imperialistischen Staaten Bekämpfung des Kommunismus und Integrierung der Entwicklungsländer in das Globalsystem der "freien" Welt abgeleitet. Diese allgemeine Sentenz der imperialistischen Strategie formulierte Präsident Johnsons Berater W.W. Rostow wie folgt:

"Unsere militärische Sicherheit, unser way of life und das Schicksal Westeuropas und Japans stehen bei der Entwicklung der unterentwickelten Regionen der Welt auf dem Spiel. Wir haben deshalb ein großes Interesse daran, daß sich die industrialisierten Länder . . . und die unterentwickelten Gebiete . . . zu einer harmonischen Koalition der freien Welt zusammenschließen" (24).

22 VDI-NACHRICHTEN vom 30.9.1970, zitiert in ESG-NACHRICHTEN Nr. 56 (23.10.70) S. 25 (ausführliche Dokumentation über Cabora Bassa). Vgl. auch die Dokumentation des Informationszentrums Dritte Welt, Freiburg 1971: "Unterstützung von Kolonialismus ... durch die BRD".

23 Zit. in Harry Magdoff: DAS ZEITALTER DES IMPERIALISMUS, Frankfurt 1970, S. 48.

24 Zit. in H. Magdoff, ebd., S. 52.

Speziell auf Südafrika bezogen, sind auch ähnliche Äußerungen deutscher Politiker und Geschäftsleute dokumentiert. So empfahl etwa der CSU-Vorsitzende Strauß, man müsse aus der "gefühlvollen Beurteilung durch deutsche Pensionatsdamen und skandinavische Humanisten" zur "Sachlichkeit" zurückkehren. Auch die CDU-Abgeordneten Rinsche und Häfele forderten anläßlich ihrer Südafrikareise im Jahr 1971 eine noch engere, staatlich garantierte Kooperation (es ging um Uran aus Namibia) zwischen der BRD und den südafrikanischen Geschäftsfreunden, wobei "falsche Rücksichten" den deutschen Profitinteressen nur schaden könnten. Dieselbe zynisch-faschistoide Argumentation, die im Namen der "Vernunft" menschliche Verhältnisse der Funktionalität des Kapitals bedenkenlos unterordnet, legten im Verlauf der Cabora-Bassa-Diskussion in Deutschland die Apologeten und Repräsentanten des Industriekapitals an den Tag.

So kann es nicht verwundern, daß die SAR in der auswärtigen Kulturpolitik Westdeutschlands noch heute auf dem 10. Platz der Prioritätenliste, die 135 Staaten umfaßt, rangiert – noch vor Indien und Großbritannien z.B. (25)

3. Südafrika als Eldorado für die Auslandsfertigung der Monopole

Das imperialistische Engagement in SOA erschöpft sich aber nicht in dem starken Interesse an unentbehrlichen Bodenschätzen, die hier in seltener Fülle, großer Mannigfaltigkeit und nah beieinander vorkommen. Wie besonders auch Katja Nehls dargestellt hat, werden die Monopole durch den sich vertiefenden Widerspruch zwischen Produktion und Verwertung stärker als bisher zu Direktinvestitionen, langfristigen Kapitalexporten und zum Aufbau von Industrien in Entwicklungsländern gezwungen. (26) Einzelne Territorien in der Region SOA wurden als Folge des sich ständig verschiebenden Hierarchiegefüges der internationalen Arbeitsteilung unterschiedliche Rollen vorgeschrieben. Während alle Länder mit Ausnahme der SAR vorrangig Rohstoffproduzenten und – soweit dort überhaupt Industrien im Entstehen sind – Zulieferanten für den südafrikanischen Markt zu werden bestimmt sind, ist der Apartheidsstaat mit dem vergleichsweise höchsten Entwicklungsstand der Produktivkräfte zu einem der attraktivsten Anziehungspunkte für die Auslandsfertigung der internationalen Industrie-Konzerne geworden – vergleichbar mit Brasilien, Mexiko und Indien.

Für die Strukturveränderung in den Handels- und Kapitalbeziehungen zwischen den Metropolen und der "Nebenmetropole" Südafrika waren die bis ca. 1960 eingetretenen Wandlungen in der südafrikanischen Wirtschaft selbst gleichzeitig die Voraussetzung, wie auch die Folge:

Aus der Handelsstatistik Südafrikas vom Jahr 1969 geht hervor, daß industrielle Rohstoffe (ohne Gold und Diamanten) im Wert von 365 Mio Rand (1 Rand ca. 5,10 DM) nur noch 25 % der südafrikanischen Gesamtexporte ausmachen. Dagegen ist die verarbeitende Industrie mit über 20 % am Zustandekommen des Bruttoinlandprodukts Südafrikas produktivster Sektor geworden. Heute stellt die SAR 63 % des elektrischen Stroms und ein Viertel des Bruttosozialprodukts von ganz Afrika her. Zwischen 1960 und 1969 stieg der Beschäftigungsstand von Afrikanern in der Industrie um 62 % auf 581 000 Ende 1969. Die Metamorphose Südafrikas vom Rohstoffland zur industrialisierten "Nebenmetropole" zeigt folgende Tabelle:

25 Vgl. z.B. FAZ vom 7.5.1971; JUNGE STIMME vom 8.5.1971: "Kein zweites Cabora Bassa"; WIRTSCHAFTSWOCHE vom 3.12.1971: "Mit politischen Risiken müssen wir leben". Zur Kulturpolitik siehe FR vom 9.2.1972.

26 Katja Nehls: KAPITALEXPORT UND KAPITALVERFLECHTUNG, Frankfurt a.M. 1970.

Sektoraler Anteil am Zustandekommen des Gross Domestic Product (in % und Mio Rand)

	LAND-WIRTSCH.	BERGBAU	INDUSTRIE	HANDEL	INSGESAMT (inkl. Rest)
1920	22,4 %	17,4 %	7,4 %	15,8 %	545,1
1940	12,3 %	18,9 %	12,5 %	14,0 %	976,3
1950	17.3 %	13.1 %	16.8 %	14.1 %	2 492,1
1960	12,2 %	13.6 %	19.0 %	13.1 %	4 812,6
1969*	9,7 %	12,16 %	20,72%	13,98%	9 649,0

*vorläufig

Quelle: "State of South Africa. Economic, Financial and Statistical Year-Book for the R.S.A. 1971", S. 195.

Neben dem natürlichen Reichtum an Eisen, Kohle, Stahlveredlern, Kupfer, Gold, Uran etc. erklären drei weitere Faktoren die beispiellose Expansion der südafrikanischen Wirtschaft: ein unerschöpfliches Reservoir "billiger" kolonialer Arbeitskräfte aus der Republik und den umliegenden Kolonien (Mozambique, Rhodesien, Malawi, Botswana etc.); ein gezielter Interventionismus des von den burischen Nationalisten dominierten Staates, der mittels staatlicher Entwicklungsgesellschaften (besonders auf dem Stahl- und Energiesektor) zum Hauptinitiator und Koordinator der Industrialisierung wurde; drittens der ungehinderte und mittels staatlicher Förderungsmaßnahmen (Steuer- und Profittransfervorteile) gelenkte Zustrom von Kapital, Investitionsgütern und Facharbeitern aus den westlichen Industrieländern.

Für die Produktionsmittelindustrie Westeuropas ist Südafrika eines der wichtigsten Abnehmerländer in Übersee. Im Jahr 1969 importierte die Republik für 4.7 Mrd DM Maschinen und Fahrzeuge (= 46 % der Gesamtimporte) und für ca. 2 Mrd DM Industriewaren. (27) Überhaupt ist das südliche Afrika unter weißer Kolonialherrschaft (obwohl sein Anteil an der Gesamtbevölkerung des Kontinents nur 6 % beträgt) für die Weltwirtschaft der wichtigste Außenhandelspartner in Afrika. Es bestreitet mit Waren im Werte von ca. 4 Mrd US-Dollar (1968) ein Drittel des Gesamtexportes und mit 3,7 Mrd US-Dollar 35 % aller Importe Afrikas. (28)

Gegen Ende des Jahres 1968 beliefen sich die ausländischen Investitionen auf 6,416 Mrd US-Dollar, an denen Großbritannien mit ca. 55 %, Westeuropa mit 21,3 % und die USA mit ca. 15 % beteiligt waren. England hat hier mehr als die Hälfte seiner afrikanischen Investitionen getätigt, die USA ca. ein Drittel (abgesehen von ihrer Ölausbeutung in Libyen). Großbritannien, chronisch an einer negativen Zahlungsbilanz leidend, konnte seine Gewinne aus Direktinvestitionen in Südafrika von 81 Mio US-Dollar im Jahr 1960 auf 181 Mio US-Dollar 1968 steigern, wodurch die SAR gleichwertig mit Australien zu Großbritanniens zweitgrößter Devisenquelle aus Direktinvestitionen (hinter den USA) wurde. (29)

Diese Faktoren ermöglichten es der SAR, selbst zum Großexporteur von Industriewaren zu werden: Im Jahr 1969 wurden bereits für 470,2 Mio Rand verarbeitete Industrieprodukte (= ein Drittel der Gesamtexporte) ausgeführt, und zwar in zunehmendem Maße in afrikanische und asiatische Entwicklungsländer. (30)

27 STATE OF SOUTH AFRICA, Economic... Yearbook for the R.S.A. 1971, S. 196.
28 FOREIGN INVESTMENT IN THE REPUBLIC OF SOUTH AFRICA, United Nations, New York 1970, S. 4-6. Vgl. Andrew M. Kamarck: THE ECONOMICS OF AFRICAN DEVELOPMENT, New York etc. 1971.
29 UN-Studie: FOREIGN INVESTMENT, S. 4 f. und S. 22.

4. Die Bedeutung von Südafrika für das BRD-Kapital

Die besonders aktive Rolle der rohstoffarmen BRD in der SAR wie auch in Angola und Mozambique erklärt sich aus der historischen Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg. Der Totalverlust des deutschen Auslandsvermögens, die spezifischen Anforderungen der Rekonstruktionsphase, Knappheit an Kapital und an Experten mit Auslandserfahrung waren wesentliche Gründe dafür, daß sich die Auslandsinvestitionen Westdeutschlands im Vergleich zu anderen Metropolen recht langsam entwickelten, was mit einer extremen Exportlastigkeit und Anfälligkeit bei Konjunkturkrisen parallel lief. Die Handelsbilanzüberschüsse erreichten 1970 einen Wert von 15,7 Mrd DM. Die Relation Auslandsfertigung zu Export (Bestand der Direktinvestitionen im Ausland zu laufendem Exportvolumen) betrug 1969 in Westdeutschland 15 %, verglichen mit einer Kennzahl von 50 % für Frankreich, 100 % für Großbritannien und 200 % für die USA. (31)

Seit den 60er Jahren ist nun in der BRD-Wirtschaft der Trend sichtbar geworden, die Direktinvestitionen im Ausland zu intensivieren und – als "Strukturanpassung" (Minister Eppler) tituliert – eine Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland vorzunehmen, wobei Sicherung von Rohstoffquellen und "optimale Faktorenkombination" explizit leitende Motive darstellen. (32)

Gerade unter diesen Gesichtspunkten stellen die SAR und Portugal (plus Kolonien) – ähnlich wie Brasilien in Lateinamerika – bevorzugte Länder für deutsche Direktinvestitionen dar. Der Tageswert der über 300 deutschen Unternehmungen in Südafrika, die überwiegend mit ausländischen Holdings verschmolzen sind, wurde 1970 auf 1,4 Mrd DM geschätzt. Hinter Libyen (Erdöl) nimmt Südafrika den zweiten Platz unter den afrikanischen Ländern ein, in denen deutsche Firmen investiert haben. Bis 1968 gaben westdeutsche Banken an Südafrika bereits Kredite in Höhe von 560 Mio DM. (33) Für die deutsch-südafrikanische Kooperation ist eine breite Branchenstreuung kennzeichnend, wobei die vier in der BRD dominierenden Wirtschaftszweige Chemie und Pharmazie, Elektrotechnik, Automobilindustrie und Maschinenbau (Investitionswert im Ausland 10,6 Mrd DM von insgesamt 20 Mrd DM deutscher Auslandsinvestitionen im Juni 1970), auch in der SAR die Branchen mit den höchsten Zuwachsraten sind. Die Industrieproduktion expandiert derartig, daß sich heute die Auslandsanlagen vom "nationalen Exportstützpunkt" zur "Weltmarktfabrik" ausdehnen müssen.

Einige Beispiele zu Expansionsvorhaben der deutschen Monopole in Südafrika sollen die zunehmende Integration der Ökonomie beider Länder veranschaulichen. (34)

"Vielfach haben deutsche Unternehmungen Fertigungsstätten in der Südafrikanischen Re-

30 STATE OF SOUTH AFRICA, Yearbook 1971, S. 196-197.
31 Vgl. die Dokumentation AUSLANDSFERTIGUNG, hrsg. von der Commerzbank AG, Düsseldorf etc., 1971. Vgl. auch Brigitte Heinrich: "Die Bundesrepublik im System des Imperialismus", in: KURSBUCH, Berlin, Nr. 21 (1970), S. 160-195.
32 AUSLANDSFERTIGUNG, hrsg. v.d. Commerzbank, S. 9.
33 Nach B. Schilling und K. Unger: "Die BRD und das südliche Afrika", a.a.O., S. 144.
34 Im übrigen siehe B. Heinrich: D-MARK-IMPERIALISMUS, a.a.O.

publik errichtet, um von dort aus in dritte Länder der südlichen Hemisphäre zu liefern. So exportiert die Demag (Spezialist für Kränebau) von dort nach Australien und Südamerika" (35).

Was die deutsche Großchemie betrifft, so ist allein Bayer an acht Gemeinschaftsunternehmen zwischen 50 % und 90 % beteiligt.

Das Investitionsprogramm von Volkswagen – das VW-Werk Uitenhage konnte "an der günstigen Konjunktur Südafrikas partizipieren und 1969 einen glänzenden Abschluß nach fast 30 %iger Umsatzsteigerung verbuchen" (36) – sieht für 1971/72 eine Erweiterung um 65 Mio DM vor.

Auch die Klöckner-Humboldt-Deutz-Gruppe "hat in letzter Zeit ihr Engagement in Südafrika verstärkt . . . Innerhalb von vier Jahren soll der einheimische Produktionsanteil bei den Dieselmotoren auf 60 % ansteigen. Zum Bereich der Klöckner-Gruppe zählen außerdem Produktionsstätten in Pretoria und in der Nähe von Johannesburg" (37).

Der Bericht schließt mit der Feststellung: "Die deutsche Industrie in Südafrika, die vielfach durch Tochterunternehmen oder Beteiligungsgesellschaften vertreten ist, konnte in der letzten Zeit bedeutende Aufträge verbuchen, die vorwiegend von der Eisen- und Stahlindustrie, der Chemie, dem Bergbau und Unternehmen der öffentlichen Hand erteilt wurden" (38).

5. Zum Verhältnis von Kapitalismus und Faschismus in der SAR

Daß die SAR zu einem der am meisten bevorzugten Investitionsgebiete in der "Dritten Welt" geworden ist, hat zwei weitere Gründe: sie gilt als gut funktionierendes, politisch "zuverlässiges" und "stabiles" System, in dem die Monopole vor Enteignung oder Revolution sicher sind, und zweitens sind dort die "Lohn- und Sozialkosten" niedriger als in allen anderen Ländern mit vergleichbar gut entwickelter ökonomischer Infrastruktur. Nun sind alle genannten "Produktionsfaktoren" in der SAR, die den einheimisch-ausländischen, staatlich-privaten Kapitalfraktionen ihre extrem hohen Profitraten sichern, primär auf kapitalistische Eigentums- und Produktionsverhältnisse ganz spezifischer Art reduzierbar. Denn anders als in den vom Neokolonialismus penetrierten Ländern ist die 6-7millionenköpfige Arbeiterklasse (schwarzer Hautfarbe) von der Teilhabe an politischer Macht, von einem "nationalen Konsens", von der Integration in das "parlamentarisch-demokratische" System a priori ausgeschlossen.

Denn eine Integration der Afrikaner in die "parlamentarisch-demokratische" (und in den Grenzen des weißen "Subsystems" relativ liberale) Gesellschaft würde gerade dem bürgerlichen Staat die Ausübung seiner obersten "Pflicht" unmöglich machen: Schutz des Eigentums der Schon-Besitzenden. Das Klassenverhältnis in der SAR ist nun in der Form erstarrt, daß der Gemeinschaft von 3,751 Mio Weißen 87 % vom Gesamtboden der Republik rechtlich zugesprochen wurden und den 15,060 Mio Schwarzen (= 70,9 % der Gesamtbevölkerung von 21,448 Mio) nur die restlichen 13 %. Ferner sind die Einkommensdisparitäten derartig, daß 71 % der Bevölkerung nur mit 21,5 % am "Volkseinkommen"

35 Commerzbank: AUSLANDSFERTIGUNG, S. 31.
36 Ebd., S. 72.
37 Ebd., S. 31.
38 Ebd., S. 32.

beteiligt sind und an der Kaufkraft mit nur 17,5 %. (39) Das Prinzip der status-quo-Wahrung, der zementierten Desintegration, der "getrennten Entwicklung" konkretisierte sich in Gesetzen wie dem der "job reservation", des "immorality act", des "Bantu area act" etc. (40) Die von den Afrikanern intendierte integrative Lösung des "Rassenproblems" – über den Weg des allgemeinen Wahlrechts – würde zur Revolutionierung der Besitzverhältnisse führen und muß deshalb von dem "weißen" Klassenstaat mit den terroristischen Methoden des faschistischen Staates ausgeschlossen werden. (41)

Im Jahr 1969/70 hatten sich die Gerichte in der SAR mit 2,4 Mio Straftaten zu befassen; 485 000 Menschen (davon 98 % Nichtweiße) erhielten Gefängnisstrafen, das waren in Relation zur Gesamtbevölkerung fünfmal mehr als in England und sechsmal mehr als in Frankreich; 95 Menschen wurden zum Tode verurteilt; die Polizei tötete im Einsatz 54 Menschen und verwundete 149; 16 Menschen starben an den Folgen von Folterungen in Gefängnissen. (42)

Zwangsläufig wurden politische Parteiorganisationen für Farbige, funktionsfähige Gewerkschaftsverbände und das Recht auf Streik verboten. Typischerweise erfolgte das Parteienverbot im Augenblick einer drohenden proletarischen Erhebung und gleichzeitig mit dem Massaker von Sharpeville (März 1960), durch das die ausländischen Monopole – allerdings nur kurzfristig – zu einer rapiden Kapitalflucht aus der SAR veranlaßt wurden.

Der durch die Rassengesetzgebung sich ständig verschärfende Widerspruch zwischen modern kapitalistischer Produktionsweise und kolonialistischen, präindustriellen, mithin nicht einmal bürgerlich-demokratischen Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnissen schließt die Praktizierung der freien Konkurrenz aus, die dem liberalen Kapitalismus eigen ist.

Auch der "tüchtige" Schwarze hat keine Chance zum Überspringen der Klassengrenze (nur in den politisch kastrierten "Bantustans" gibt es einige schwarze Renommier-Millionäre).

Kennzeichnend für das faschistische System ist folgende Relation: Die SAR stellte 1969/70 zwar 272 Mio Rand für Kriegsausgaben zur Verfügung, aber nur 45 Mio Rand für die Entwicklung der Reservate (Bantustans), in denen 6,9 Millionen Afrikaner ihr Elendsdasein führen.

Die Angst des weißen "Herrenvolkes" um ihre Existenz als Ausbeuterklasse, d.h. vor der Möglichkeit einer Revolution des Proletariats, erzeugte eine martialische Bourgeoisie: Zwangsverpflichtung aller Weißen über 17 Jahre zum Training in "Bürgerwehren" (Citizen Force); allgemeine Wehrpflicht für Weiße; Ausbildung paramilitärischer Polizeikräfte (31.770 Mann) im Anti-Guerilla-Kampf; Verdreifachung des Budgets für die Geheim-

39 Die neuesten Bevölkerungsstatistiken befinden sich in: A SURVEY OF RACE RELATIONS IN SOUTH AFRICA 1971, hrsg. vom South Africa Institute of Race Relations, Johannesburg 1972, S. 59 f. Vgl. auch Denis Worrall: SOUTH AFRICA. GOVERNMENT AND POLITICS, Pretoria 1971, S. 133 ff.
40 Vgl. die verschiedenen UNO-Dokumentationen und aus der Fülle der Sekundärliteratur: Pierre van der Berghe: SOUTH AFRICA. A STUDY IN CONFLICT, Berkeley etc. 1967; B. Bunting: THE RISE OF THE SOUTH AFRICAN REICH; Heribert Adam: SÜDAFRIKA. SOZIOLOGIE EINER RASSENGESELLSCHAFT, Frankfurt a.M. 1969 (Zu warnen ist allerdings vor Adams oberflächlichem – weil phänomenologischen – Begriff von Faschismus). Vgl. auch Z. Sonkosi: "Beschreibung: Der schwarze Südafrikaner", in: SOPO 11, Juni 1971, S. 65 ff. (Red.).
41 Vgl. die Faschismus-Diskussion in: DAS ARGUMENT, Nr. 30f, bes. Johannes Agnoli: "Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat", in: DAS ARGUMENT Nr. 41 (1966), S. 460.
42 Nach A SURVEY OF RACE RELATIONS, S. 72-84.

dienste zwischen 1963 und 1966 (Security Branch); Versiebenfachung des Militärbudgets in zehn Jahren auf 1,6 Mrd DM im Jahr 1970/71 etc. (43)

Die von Angst besessene "weiße" Bourgeoisie sieht in den "Kommunisten" (zu denen auch Liberale wie Alan Paton und alle Systemgegner wie auch der verstorbene Friedensnobelpreisträger Albert Luthuli gezählt werden) die "große Gefahr für Südafrika und für Afrika insgesamt" – wie Außenminister Hilgard Muller am 12.2.1971 im Parlament erneut beteuerte. (44) Konsequenterweise "begründete" (besser: verschleierte) die südafrikanische Regierung ihre permanenten Forderungen nach Waffenimporten aus England und Frankreich mit der Notwendigkeit zur Bekämpfung der "kommunistischen Gefahr" im Indischen Ozean und in Ostafrika (TAN-ZAM-Eisenbahn). (45)

Schließlich führte das pathologische Weiß-Schwarz-Verhältnis zur Ausformung einer ebenfalls anachronistischen Ideologie (Apartheid) mit apologetischer Legitimationsfunktion, die groteske Blüten treibt (die naturgegebene "Andersartigkeit der Bantu-Rassen" etc.).

Die Ähnlichkeit der sozio-ökonomischen Grundsituation in der SAR, in Rhodesien und Portugiesisch-Afrika, d.h. die mit terroristischen Zwangsmitteln aufrechterhaltenen Besitz- und Machtverhältnisse der rassistischen Minderheiten gegenüber dem Proletariat, bietet nun dem internationalen Kapital die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts seltene Chance, aufgrund extrem niedriger Arbeitslöhne, die hier um ca. 70 % geringer sind als für gleichwertige Arbeit in Industrieländern, immer noch koloniale Extraprofite zu machen. Aus einem Gewerkschaftsjournal vom März 1968 entnehmen wir folgende Nachricht: "Trotz der Steigerungen in den meisten Industriezweigen liegen die Durchschnittslöhne für Afrikaner überall noch unter der letztjährigen Grenze für das Existenzminimum von monatlich 44,89 Rand" (= 225 DM). (46)

So ist es leicht zu verstehen, wenn 260 US-Gesellschaften erklärt haben, in der SAR die profitabelsten Investitionen getätigt zu haben, und daß sie das Kap als günstigen Standost für Exporte in die Länder der südlichen Hemisphäre betrachten. (47) Die außergewöhnlichen Profite auch der deutschen Firmen werden etwa vom "Handelsblatt" in periodischer Wiederkehr gepriesen. Die 45 %ige Dividende (1969) von VW of South Africa hat schon sprichwörtliche Berühmtheit erlangt.

Welche zusätzliche Funktion die Hungerlöhne in der SAR haben, erfährt man aus dem Munde einer der einflußreichsten Ökonomen Südafrikas, des Minsterialbeamten G.M.E. Leistner:
Es sei "ein Kernanliegen der südafrikanischen Wirtschaftspolitik, Preis- und Lohnsteigerungen nach Kräften zu bremsen, um so dem Goldbergbau eine möglichst lange Lebensdauer zu sichern"; denn Gold sei "von größter Bedeutung . . . als konjunkturbeständiges

43 Vgl. vor allem B. Bunting: a.a.O., S. 413-415, und A SURVEY OF RACE RELATIONS, S. 63-64.
44 A SURVEY OF RACE RELATIONS, S. 104.
45 Vgl. z.B. BLÄTTER DES IZ3W, hrsg. v. Aktion Dritte Welt, Freiburg, Nr. 9, Juli 1971.
46 Siehe INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTS-NACHRICHTEN, Brüssel, Jg. 5, vom 1.3.1968, S. 3 und EPD-DOKUMENTATION; erste Sonderausgabe 1972, Frankfurt a.M., S. 54 f. (Gewerkschaften).
47 Nach INFORMATION SERVICE, hrsg. vom International Defence and Aid Fund for Southern Africa, London 1970, S. 94-95.

Wir bitten unsere Abonnenten, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

Produkt und besonders als Quelle für Devisen" (südafrikanische Jahresproduktion: 30 Mio Unzen à 35 Dollar). (48)

Nicht einmal ein Beamter des faschistischen Staates kann den absoluten wie relativen (im Vergleich zur weißen Bevölkerungsgruppe; Relation 1:5) Rückgang des Realeinkommens der Afrikaner leugnen. Im selben Bericht heißt es weiter mit zynischer Offenheit:
"Im Hinblick auf Bantu-Arbeit, inländische sowohl als ausländische, haben wir es mit einem praktisch unbegrenzt elastischen Angebot zu tun (durchschnittliche Beschäftigungszahl von Wanderarbeitern aus Nachbarländern: 600 000) . . . und bedeutet, daß unbegrenzte Mengen von ungelernten Arbeitern zur Verfügung stehen zu einem Lohn, der etwa die gleiche Höhe hat wie der Wert des Naturaleinkommens, das die Arbeiter in der Subsistenzwirtschaft haben. Wenn überdies der Subsistenzsektor stark überbevölkert ist (letzter Sinn der offiziellen Bantustan-Politik: "Bantu Homelands" als unterentwickelt gehaltene Arbeiterreservate) – wie etwa in Südafrika und seinen Nachbarländern –, dann sind Arbeiter zu jedem Lohne zu bekommen, der auch nur die bare Erhaltung des Lebens gewährleistet." (49)

Aus der frühkapitalistischen Form der Ausbeutung ergeben sich die extrem geringe Kaufkraft der Afrikaner und damit die noch künstlich forcierte Begrenztheit des Binnenmarkts; das in der SAR produzierte Kapital kann sich nur noch auf den Außenmärkten verwerten, in "ihrem Hinterland". Den politischen Ausdruck fand die auf Expansion angewiesene südafrikanische Wirtschaft in der seit Premierminister Verwoerd verfolgten "outward looking policy", unter Vorster in der "Dialog-Politik".

Die südafrikanische "Financial Gazette" vom 21.11.1969 brachte den aggressiven Charakter der Nebenmetropole Südafrika unmißverständlich zum Ausdruck: "Die Nationale Partei und mit ihr Südafrika hat sich unwiderruflich einem Weg verschrieben, der direkt nach Afrika hineinführt. Wirtschaftlich, politisch und sogar militärisch wendet sich die Republik dem Hinterland zu".

6. Die ökonomische und politische Penetration des regionalen "Hinterlandes" der SAR: die Entwicklung zur Abhängigkeit

Die Expansion der SAR, die aus internen ökonomischen und sozial-politischen Zwängen erwuchs, hat Integration und Unterwerfung der schwächeren Nachbarländer zum Ziel und bewirkte Kooperations- und Integrationsprozesse auf vier interdependenten Ebenen: auf der wirtschaftlich-finanziellen, der infrastrukturellen, der politisch-diplomatischen und der militärischen.

Die drei ehemaligen britischen Protektorate Lesotho, Swasiland und Botswana, die Pretoria immer wieder zu annektieren versucht hatte, sind traditionell mittels Zoll-, Währungs- und Handelsunionen mit Südafrika eng verflochten. So exportiert z.B. Botswana sein Hauptwirtschaftsprodukt, Rinder, seit Jahrzehnten nach den südafrikanischen Industriebezirken.

48 G.M.E. Leistner: "Die Rolle der farbigen Bevölkerungsgruppen in der südafrikanischen Wirtschaft" (Referat auf der Konferenz der Berliner Mission in Südafrika, 10. - 15.3.1970, Stutterheim), hrsg. v. Africa Institute of South Africa, Pretoria, Occasional Paper No. 27, S. 4.
49 Ebd., S. 11 (Die beiden in Klammern gesetzten Bemerkungen stammen v. R.T.).

Die kolonial-historisch und geographisch bedingte Abhängigkeit der Länder südlich des Sambesi von der SAR wird heute mittels Entwicklungskrediten für Infrastrukturvorhaben planmäßig verstärkt.

Mit dem im März 1967 abgeschlossenen Handelsabkommen mit *Malawi,* das aber nur Präferenzen für malawische Agrarexporte vorsieht, erzielte die SAR den ersten großen Erfolg ihrer "outward policy". Pretoria erfüllt mit einem Kredit von 30 Mio Pfund Dr. Bandas Lieblingswunsch, den Bau der neuen Hauptstadt bei Lilongwe, deren Finanzierung USA und England abgelehnt hatten. Malawi erhielt ferner 4 Mio Pfund zum inzwischen fertiggestellten Ausbau seines Eisenbahnnetzes, das nun direkten Anschluß an die Strecke Nova Freixo-Nacala in Mozambique gewonnen hat. 45 % = 8,7 Mio Pfund des Entwicklungsplanes für 1970/71 waren für Investitionen im Transportsektor vorgesehen.

Auch in Rhodesien, Swasiland und den portugiesischen Kolonien werden die Verkehrswege in Richtung auf eine stärkere territoriale Integration hin ausgebaut. Die Stauung des Sambesi bei Cabora Bassa hat z.B. die wichtige Nebenfunktion, durch den somit schiffbar gemachten Fluß Rhodesien via Mozambique einen Zugang zum Indischen Ozean zu verschaffen.

Welche Repressalien aus Südafrika einem Satellitenland drohen, das sich aus der südafrikanischen Umklammerung befreien will, erfuhr Präsident Seretse Khama von *Botswana.* Als er Anstalten machte, durch den Bau einer Straße von der Hauptstadt Gaberones zur sambischen Grenze die wirtschaftliche Abhängigkeit seines Landes von Südafrika zu lokkern, brachte die Regierung Vorster das (allzu fadenscheinige) Argument ins Spiel, daß die Grenze zwischen Botswana und Sambia nur einen "Punkt" darstelle und folglich (zwar wie eh und je mit einer Fähre) aber nicht mittels einer Straßenbrücke überquert werden dürfte. Pretoria warnte, im Falle des Ungehorsams, Botswanas Fleischexport – die Haupteinkommensquelle des Landes – zum Erliegen zu bringen. Nur mit politischer und finanzieller Hilfe aus dem Ausland (297 500 Pfund Sterling aus den USA) konnte die Regierung in Gaberones mit dem Bau der 400 Meilen langen Straße beginnen, mußte jedoch den geplanten Brückenbau tatsächlich aufgeben. Nur zwei Motorfähren dürfen den Grenzfluß überqueren. (50)

Hinter Pretorias Drohungen gegen Botswanas Ausbruchsversuch (51) nach Norden verbergen sich die Befürchtungen der Militärstrategen: ein (von Amerika gebauter !) "Ho Chi Minh-Pfad" von Sambia in die südafrikanische Interessensphäre würde den nationalen Untergrundkämpfern überraschende und gezielte Operationen ermöglichen. Noch dazu überquert die Straße genau die Stelle, an der Rhodesien, Sambia, Botswana und der Caprivi-Streifen (der nördlichste Zipfel von Namibia) aneinandergrenzen. Und auf dem Caprivi-Strip, hart an der sambischen Grenze, haben die Südafrikaner ihren wichtigsten Militärflughafen angelegt!

Das strukturell ungleiche System der internationalen Arbeitsteilung zeigt sich besonders deutlich auf dem regionalen *Arbeitsmarkt.*

Seit 1909 besteht zwischen Südafrika und Mozambique eine Konvention über die Rekrutierung von Wanderarbeitern bis zu 100 000 im Jahr. 40 % der "labour force" Lesothos, 82 000 Mann, sind von den Bergwerken Südafrikas absorbiert. Ca. 200 000 Wanderarbeiter aus Malawi, das von 1953 bis 1963 zur Zentral-Afrikanischen Föderation Njassaland, Nord- und Südrhodesien gehörte, sind auf Kontraktbasis in der SAR beschäftigt, eine gleich große Anzahl in Rhodesien.

Einer authentischen Quelle aus Südafrika zufolge sollen sich in der SAR jederzeit mindestens 600 000 fremde Wanderarbeiter aufhalten, deren Gesamtverdienste für das Jahr 1964/65 auf 133,4 Mio Rand geschätzt wurden, wovon etwa 24 Mio Rand in die jeweiligen Heimatländer transferiert wurden (52). M.a.W. bezieht ein "durchschnittlicher" Wanderarbeiter im Jahr 222 Rand oder monatlich 18 Rand oder ca. 90 DM; von diesem Hungerlohn werden dann noch – oft zwangsweise über Regierungsstellen – zur Steuerzahlung und schließlich zur "Unterstützung" seiner Familie (Kinder im Schulalter!) 18 % oder jährlich 40 Rand (ca. 200 DM) abgezweigt!

Damit widerlegen südafrikanische Statistiken selbst die irrige Auffassung, daß die Wanderarbeit der Entwicklung der südafrikanischen Nachbarländer zum Vorteil gereiche. Das Gegenteil ist der Fall: der Abzug der jungen aktivsten Kräfte perpetuiert gerade die strukturelle Not in diesen Ländern, deren Produktivkräfte auf diese Weise überhaupt nicht entwickelt werden können; die Wanderarbeit verhindert lediglich, daß die Bauern verhungern.

Allerdings gibt es auch "Wanderarbeit" in umgekehrter Richtung: Pretoria hat mit seinem Bantustan-Experiment in der Transkei die Erfahrung gemacht, daß sich formal selbstverwaltende Länder, die von afrikanischen Marionetten-Politikern oder gefügigen Hauptlingen wie Kaiser Mantanzima regiert werden, recht effizient nach dem bekannten Prinzip der "indirect rule" lenken lassen. Nun hat Premierminister Vorster auch ein Interesse daran, der reaktionären Fraktion der weißen Bourgeoisie, den subventionsabhängigen Agrariern und Teilen des von der "schwarzen Konkurrenz" bedrohten Mittelstandes (in der Herstigte National Party vereinigt, die "Kapitalismus" als "Beherrschung von außen" abwehrt (53)) keinen Anlaß zur Kritik an seiner "outward policy" zu geben.

Somit verstärken innenpolitische taktische Gründe die Notwendigkeit des südafrikanischen Staates, eine Strategie zu verfolgen, die durch wirtschaftliche, politische und militärische "Berater", die in Schlüsselstellungen geschleust werden, die "Entwicklung" in den Satellitenstaaten kontrollieren und steuern soll.

In *Lesotho* herrscht mit Hilfe von 900 Polizisten und der südafrikanischen Special Branch Premierminister Chief Jonathan, der im Februar 1970 anläßlich des Wahlsieges der Pretoria-feindlichen Oppositionspartei kurzerhand deren Führer (Mokhele) und König Moshoeshoe II. inhaftieren ließ und den Notstand erklärte. Zur "Stabilisierung" des Landes halten heute weiße Südafrikaner folgende Schlüsselstellungen besetzt: Chief Justice, Chief Electoral Officer, Chief Legal Adviser (Prof. Cowen arbeitet an einer neuen Verfassung), Manager der Nationalen Entwicklungsgesellschaft etc. (54)

In *Swasiland* sorgt König Sobhuza II., "beraten von einem bekannten pro-Apartheid Rechtsanwalt aus Südafrika (L. Lovell)" und mit Hilfe der südafrikanischen Polizei, für die Unterdrückung der Opposition. Sobhuza kämpfte für zwei Dinge, "die moderne Politik von den Swasis fernzuhalten" und "die persönliche Kontrolle über die Mineral-Konzessionen zu behalten". Der Korrespondent von "Africa Confidential" versichert, daß sich auch in Zukunft nichts an der Satellitenrolle Sobhuzas ändern wird: "Es ist soviel Geld in Swasiland investiert, daß eine ökonomische Erpressung nur dem Erpresser schaden würde". (55)

50 Vgl. James Craig: "Zambia-Botswana Road Link: Some Border Problems", in: ZAMBIA AND THE WORLD, Lusaka 1970, S. 25-32; ferner AFRICA CONFIDENTIAL, London, vom 24.10.1969 und vom 1.5.1970.

51 Eine weitere Herausforderung an Südafrika riskierte Botswana, als er im März 1970 diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufnahm.

52 G.M.E. Leistner: "Die Rolle der farbigen Bevölkerungsgruppen", a.a.O., S. 12.

53 Vgl. Denis Warrall: SOUTH AFRICA, S. 282.

54 B. Bunting, a.a.O., S. 436 f. und Richard F. Weisfehler: "Lesotho and South Africa", in: AFRICA TODAY, April 1971, S. 48-55.

55 AFRICA CONFIDENTIAL vom 25.10.1968.

Wegen der erhofften Ausstrahlung auf andere Länder an der Entwicklung *Malawis* stark interessiert, entsandte Pretoria dorthin besonders geeignete Leute. Informationsdirektor, dem auch die Zensierung der Presse obliegt, wurde David van der Spuy, ein in London und New York tätig gewesener Diplomat und Spezialist für Apartheid-Ideologie. Ein ehemaliger Direktor der südafrikanischen und auch rhodesischen Industrial Development Corporation (INDECO), Mr. Cornish-Bowden, wurde zum beratenden General Manager der INDECO von Malawi und zum Chairman der Entwicklungsgesellschaft für die neue Hauptstadt ernannt. (56)

Als Gegenleistung Malawis ist es der South African Airways erlaubt, als bis dahin einzigen Flughafen im unabhängigen Afrika Blantyre anzufliegen, der auch für Antiguerilla-Einsätze nach Tansania und Sambia benutzt werden soll. (57) Im Jahr 1969 konnte Südafrika seinen ersten Botschafter in eine afrikanische Hauptstadt entsenden, und im Mai 1970 stattete Vorster als erster Premier Südafrikas einem unabhängigen afrikanischen Staat, Malawi, einen Besuch ab. Wie stark die Verschmelzung Malawis mit dem südlichen Block inzwischen geworden ist, spiegelt sich auch in der Diplomatie: Als erster afrikanischer Präsident besuchte Hastings Banda im August 1971 die SAR und im September desgleichen Jahres auch Mozambique. (58)

Auch die Zuckerinsel Mauritius (815 000 Einwohner), deren Regierung sich gegen Arbeiterstreiks und linke Oppositionsparteien nur mittels Tränengas und Polizeihaft zu wehren weiß (59), wird immer stärker in die Interessensphäre Südafrikas integriert. Auf der Grundlage eines günstigen Kredits in Höhe von 5,3 Mio Dollar seitens der Weltbank im Jahr 1971 soll die Produktion von Tee, der auf dem südafrikanischen Markt verkauft wird, von gegenwärtig 2,5 Mio Pfund auf 7 Mio Pfund gesteigert werden. (60)

Mauritius – speziell in seiner Eigenschaft als Freihandelszone – hat für die SAR jedoch eine wichtigere Funktion, nämlich als Hintertür zu dienen, um unbehinderten Einlaß in die Märkte Schwarzafrikas zu erhalten. Der Johannesburger "Star" erläuterte die Taktik: "Firmen werden die Möglichkeit haben, minimale Mengen lokalen Materials aus Mauritius zu benutzen, ein 'Made in Mauritius'-Etikett auf ihre Produkte zu kleben und sie dann in Schwarzafrika abzusetzen". (61)

Doch Mauritius, bisher ein klassischer Fall eines Monokulturlandes (mit dem Ergebnis, daß heute 100 000 Arbeiter oder 30 % der "labour force" unbeschäftigt sind), bietet auch für internationale Firmen profitable Chancen: Besonders deutsche, französische, schweizer und südafrikanische Textilfirmen wollen die extrem billige Arbeitskraft nutzen; denn auf Mauritius erhält eine angelernte Fabrikarbeiterin einen Wochenlohn von 1 Pfund Sterling, ein Facharbeiter 3 Pfund Sterling pro Woche ! Die Firmen Südafrikas spekulieren dabei – laut "Financial Gazette", South Africa – auf den Vorteil, über Mauritius, das als erstes Commonwealth-Land mit der EWG assoziiert wird, leichteren Zugang zum Europäischen Markt zu erlangen. (62)

Einen Durchbruch mit vermutlich weitreichender Wirkung haben die Südafrikaner auf *Madagaskar* (6,5 Mio Einw.) erzielt, im ersten Mitgliedstaat der französischen OCAMM-Gruppe, aus der sich schon die Elfenbeinküste und Gabun als sehr "dialogfreudig" ge-

56 AFRICA CONFIDENTIAL vom 11.4.69. und vom 25.4.69.
57 Nach HARAMBEE, Studentische Zeitschrift für afrikanische Probleme, (o.O.), Nr. 3/71, S. 4.
58 ARB. Political ... Series, (abgekürzt: Pol.), Exeter, 1971, S. 2219-2220.
59 ARB, Pol., 1971, S. 2203.
60 ARB, Econ., 1971, S. 2000.
61 THE STAR, Johannesburg, vom 29.8.1970.
62 ARB, Econ., 1971, S. 2025: "Mauritius. Development Plans", und S. 2222/23.

zeigt haben. Im November 1970 unterzeichnete Südafrikas Außenminister Muller mit Madagaskars Präsident Tsiranana ein Abkommen über Kredite und Direktinvestitionen in einer Höhe von 2 mal 7 Mio DM, rückzahlbar in 25 Jahren zu 4 % Zinsen, aber in ausländischer Währung. Mit dem Geld aus Pretoria sollen Infrastrukturprojekte, ein Hotel (unter südafrikanischem Management) finanziert und – einer speziellen Praxis Pretorias gemäß – der Flughafen ausgebaut werden, "der dann Boeing 737 Jets aufnehmen kann", (63).

Der neue Fünfjahresplan soll zu Dreivierteln durch Ausländer finanziert werden, denen ohnehin schon 90 % des auf Madagaskar investierten Kapitals gehört und die ca. 70 % der modernen Wirtschaftssektoren kontrollieren. Auf der Insel leben noch 100 000 Franzosen; und außer Frankreich unterhalten hier die USA und Großbritannien weiterhin Militärbasen.

Die politischen Ereignisse auf Madagaskar im Jahr 1971 demonstrieren, was es bedeutet, als "souveräner" Staat mit den Imperialisten zu kooperieren. Gegen die völlige Unterwerfung Madagaskars unter imperialistische Interessen entwickelte sich eine starke nationale Opposition (MONIMA), die vorallem von den verarmten Südstämmen getragen wurde. Im Jahr 1971 kam es dann zu einem Bauernaufstand, der sich hauptsächlich gegen die unerträglich gewordene Erpressung durch die Steuer richtete; er wurde von Tsirananas Polizei blutig niedergeschlagen; 800 bis 1000 "Rebellen" sollen umgebracht worden sein. Auch Vize-Präsident Andre Resampa, die Hoffnung der Armen und qualifiziertester Opponent gegen den südafrikanischen Wirtschaftsimperialismus, wurde politisch ausgeschaltet und inhaftiert. Er ist angeklagt wegen Hochverrats und Vergehen wider den "Staat". (64) Das "innenpolitische" Hindernis auf dem Weg der madegassischen Kompradoren-Bourgeoisie, die Insel nun ganz südafrikanischen und allgemein imperialistischen Interessen auszuliefern, war damit beseitigt.

Seit kurzem zeigt nun Pretoria auch Interesse, die madegassischen Erze (Graphit, Chrom, Eisen, Kohle, vor allem aber Nickel und Bauxit) abzubauen und das französische Monopol im Bergbau zu brechen. Die wirtschaftliche Kooperation zwischen beiden Ländern führte im August 1971 zur Einrichtung einer Ständigen Gemeinsamen Kommission. Ein Ergebnis dieser Konsultationen ist die Beteiligung der SAR an einem Abkommen der madegassischen Regierung mit deutsch-französisch-portugiesischen Finanz- und Baufirmen, die im Nordwesten der Insel (bei Narindra) für 200 Mio Frances einen gigantischen Tiefwasser-Tankerhafen und entsprechende Docks errichten sollen. Der Johannesburger "Star" erläuterte den Wert der madegassischen Freundschaft: "Das Abkommen hat eine Tür zum beachtlichen Profit für Südafrika aufgestoßen – aber es muß klar gemacht werden, daß der unmittelbare Gewinn ein politischer und strategischer ist, nicht ein finanzieller und ökonomischer . . . Die politischen und strategischen Vorteile sind klar: Madagaskar ist ein wertvolles Sprungbrett nach Schwarzafrika und ein nützlicher Freund im Gebiet des Indischen Ozeans, in das jetzt Rußland und Rotchina eindringen." (65)

Die madegassische Regierung verhalf somit Pretoria zu einem weiteren Sieg bei der Verfolgung der Strategie der Vorwärtsverteidigung; denn Premier Vorster spekuliert nicht ohne Grund, daß durch "Dialog" und "Freundschaft" mit den formal "unabhängigen" Staaten Afrikas der weltweiten Kritik an dem Apartheidssystem der Boden entzogen

63 THE STAR, Johannesburg, vom 21.11.1970.
64 P.M. Allen: "Rites of passage in Madagaskar", in: AFRICA REPORT, Febr. 1971, S. 24-27; ARB, Econ., 1971, S. 2134; AFRICA CONFIDENTIAL vom 1.10.1971; "Madagaskar: After Resampa".
65 THE STAR, Joh., vom 28.11.1970; Dokumentation in: ARB, Econ., 1971, S. 2933, S. 2109.

würde: "Wenn Südafrika seine Beziehungen mit den afrikanischen Staaten bereinigt hat, werden seine Schwierigkeiten mit dem Rest der Welt verschwinden." (66)

Anhand der Beispiele wird deutlich geworden sein, welche bedeutende Aktivität die südafrikanische Wirtschaft entfaltet, um im südlichen Afrika ein "Commonwealth of Nations" zu schaffen, in dem sie die Rolle der neokolonialistischen Metropole übernimmt. Die negativen Folgen für die Entwicklung der Produktivkräfte in den Satellitenländern sind auch abzulesen aus der Tatsache, daß der Board of Trade and Industries in Südafrika Importgüter mit Prohibitivzöllen (im allgemeinen zwischen 10 % und 30 % vom lokalen Produktionspreis) belegt, wenn der heimischen Produktion dadurch Konkurrenz droht. (67) Um eigenständige Konkurrenzindustrien in den Nachbarländern zu verhindern, investiert die SAR vorzugsweise in extraktiven und agrarischen Sektoren und finanziert mit Vorliebe regionalwirtschaftlich oder strategisch wichtige Infrastrukturprojekte (Energiewerke, Eisenbahnen, Flughäfen). Ferner wird durch die Sicherung von Abnahme- und Liefermonopolen sowie durch Kontingentierung von Handelsgütern die regionale Produktion den Bedürfnissen der südafrikanischen Wirtschaft in starkem Maße unterworfen, wodurch die strukturelle Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zugunsten der Industriemacht Südafrika noch vergrößert wird. (68)

7. Rüstung und Krieg als Folgen faschistisch-kolonialer Klassenverhältnisse

Die durch den Rassismus noch verschärften Klassenverhältnisse in den kolonisierten Territorien des Subkontinents führten – parallel zur Zunahme der Aktivitäten seitens der nationalen antiimperialistischen Kräfte in Afrika – zwangsläufig zu immer engerer Kooperation zwischen den Regierungen von Südafrika, Portugal und Rhodesien. Oberstes Ziel dieser Zusammenarbeit ist die gemeinsame Sicherung der regionalen Herrschaftsverhältnisse durch Rüstung, defensive Entwicklungsplanung und kollektive Kriegsaktionen.

Es wurde schon gezeigt, wie sich aus der Tatsache, daß die schwarze Arbeiterklasse in das koloniale Herrschaftssystem nicht integrierbar ist und nur mittels faschistischer Repression unterworfen werden kann, der Zwang zur Aufrüstung und Kriegsbereitschaft ergab. Aus den Funktionen, die Angola und Mozambique für die Reproduktion der vorindustriellen oligarchischen Besitz- und Herrschaftsverhältnisse im portugiesischen Mutterland erfüllen, erklärt sich die Tatsache, daß das europäische Entwicklungsland *Portugal* seit einigen Jahren 45-50 % seines Budgets oder ca. 1,85 Mrd DM jährlich für seine Kolonialarmeen ausgibt. Eduardo Ferreira hat detailliert die große wirtschaftliche Bedeutung des Kolonialbesitzes für Portugal aufgezeigt: die Kolonien fungieren als geschützter Markt für konkurrenzschwache portugiesische Fertigprodukte, als billige Lieferanten von Rohstoffen (die – wie im Falle von Baumwolle – nur in Portugal verarbeitet werden dürfen), als wertvolle Devisenquellen (zum Ausgleich der permanent negativen Zahlungsbilanz Portugals mit Drittländern) sowie als Territorien, die den "demographischen Überschuß der Metropole" (arbeitslose Bauern, entlassene Soldaten, etc.) absorbieren können. (69) Zum Beispiel entstehen 65 % des BSP in Mozambique im Dienstleistungssektor, aus hohen Deviseneinnahmen, die Mozambique als Lieferant von Kontraktarbeitern nach Südafrika bezieht (wofür als Gegenleistung Pretoria sich in einer Konvention vom Jahr 1909 verpflichtete, 47,5 % seiner Exporte über die Häfen Mozambiques abzuwickeln), und aus Einnahmen, die Mozambique durch den Eisenbahntransport von rhodesischen und sambischen Mineralien (Kupfer) erhält.

66 Zit. in: INFORMATION SERVICE, hrsg. vom Internat. Defence and Aid Fund, No. 8 (1969), S. 310; vgl. jetzt Gail-Maryse Cockram: VORSTER'S FOREIGN POLICY, Pretoria 1970.

67 STATE OF SOUTH AFRICA: YEARBOOK, 1971, S. 227.

68 Vgl. auch Robert Molteno: "South Africa's Drive to the North", in: ZAMBIA AND THE WORLD, Lusaka 1970, S. 37 f.

69 E. Ferreira: "Die Rolle der Kolonien in der portugiesischen Wirtschaft", in: ROTES FORUM 3/1970, Heidelberg; vgl. ferner Rudi Maslowski: DER SKANDAL PORTUGAL. LAND OHNE MENSCHENRECHTE, München 1971.

Auch alle Verfassungsdebatten in Portugal über Gewährung von "Autonomie" für die Kolonien können nicht darüber hinwegtäuschen, daß alle Fraktionen (die Afrika- und die Europaorientierten) der herrschenden Klasse Portugals sich darin prinzipiell einig sind, den afrikanischen Kolonialbesitz nicht aufzugeben. Gewährung von "Autonomie" würde ohnehin Bereiche der Verteidigung und Außenpolitik sowie alle wichtigen Entscheidungen bei Portugal belassen; gemeint sein kann nur ein durch "formelle Reformen" (Ferreira) neu definierter Kolonialstatus, der dem eines südafrikanischen "Bantustan" ähnlich sein würde. Amilcar Cabral, der Führer der erfolgreichen Befreiungsbewegung (PAIGC) von Guinea-Bissao, brachte den Zwang Portugals, seine traditionelle Rolle als Kolonialmacht weiterzuspielen, auf die ebenso einfache wie zutreffende Formel: "Portugal kann nicht dekolonisieren, weil es unfähig ist, zu neo-kolonialisieren." (70)

Eindeutiger Beweis für Portugals Intention, die erste und letzte Kolonialmacht Afrikas zu bleiben, sind die eifrigen Verteidigungsanstrengungen, die es auf "drei Ebenen" unternimmt:
a) regionale Kooperation in SOA, vor allem mit der SAR;
b) verstärkte wechselseitige Hilfeleistung unter den NATO-Partnern, um den portugiesischen Kolonialkriegen einen stärker internationalen Charakter zu verleihen;
c) Wiederbelebung von Plänen zur Bildung einer South Atlantic Treaty Organisation (SATO) unter Einschluß von Brasilien und Argentinien. (71)

Die enge Zusammenarbeit zwischen Portugal, Südafrika und Rhodesien auf militärischem Gebiet datiert vom Jahr 1969, als Portugals Verteidigungsminister General Saviana Rebelo nach einem Truppenbesuch in Mozambique in Pretoria erklärte: "Ich bin davon überzeugt, daß sich Portugal mit Angola und Mozambique der südafrikanischen Republik anschließen kann, um eine große Kraft gegen fremde Aggression zu bilden." (72) Inzwischen werden gegenseitige Konsultationen regelmäßig durchgeführt. Im Dezember 1971 führte der südafrikanische Armeechef in Lissabon Geheimgespräche über eine "dreiseitige Militärkooperation zwischen Südafrika, Portugal und Malawi gegen FRELIMO", die in jüngster Zeit ihre Aktivitäten auf die Tete-Provinz (Cabora Bassa) konzentriert hat. Dabei beliefert die SAR, die ihre Munitionsproduktion in sechs Jahren verhundertfachte (auf einen Wert von 45 Mio Rand i.J. 1966/67), auch Malawi mit Waffen. (73)

Die portugiesisch-südafrikanische Zusammenarbeit beim Bau des Cabora-Bassa Staudamms sowie dessen strategische Bedeutung ist zu bekannt, um hier noch näher analysiert zu werden (74); weniger bekannt ist vielleicht das *Cunene Damm-Projekt* im Süden

70 AFRICA CONFIDENTIAL vom 7.2.1972, S. 3; insbesondere E. Ferreira: "Evolution und Kontinuität in der Kolonialstrategie Portugals", in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, Köln Nr. 8/71, S. 726-737.

71 Zu diesem Punkt, der hier nicht weiter verfolgt wird, vgl. E. Ferreira: "Evolution und Kontinuität", a.a.O.

72 ARB, Pol., 1969, S. 2245.

73 AFRICA CONFIDENTIAL vom 7.1.1972.

74 Siehe hierzu: S. Bosgra: CABORA BASSA. EIN DAMM GEGEN DIE AFRIKANER, Göttingen; ESG-NACHRICHTEN, Stuttgart, Nr. 56, vom 23.10.1970: Sondernummer zum Cabora-Bassa-Projekt; die laufende Berichterstattung in: FACTS &

Angolas, das als koloniales Entwicklungsvorhaben mit Defensivcharakter auch von großer strategischer Relevanz für die Kolonialbourgeoisie ist.

Portugal verfolgt mit dem Cuneneprojekt die Implementierung seiner neuen Kolonialstrategie: zur Stärkung und Absicherung der portugiesischen Präsenz in Afrika sollen zig-Tausenden von portugiesischen Bauern und Kriegsveteranen eine Existenz geschaffen werden, was zu massenhaften Umsiedlungen von Angolesen führen würde. Die erste Bauphase (Kosten: 90 Mio Dollar) sieht u.a. die Errichtung des Gove Damms vor, der im Oktober 1969 begonnen wurde und der die Bewässerung von 100 000 ha Land sowie die Stromversorgung von Industriezentren (z.B. in Mocamedes) ermöglichen soll. Das 1970 in Portugal gegründete "Nationale Sekretariat für Emigration" soll darin behilflich sein, den (illegalen) Auswandererstrom – der sich heute vor allem nach Frankreich ergißt – nach Angola und Mozambique umzulenken.

Für Südafrika hat das Cunene-Projekt eine zentrale Bedeutung in mehrfacher Hinsicht. Mit der bei den Ruacana Falls produzierten Elektrizität sollen die Bergwerke und Industrien von Tsumeb, Grootfontain und Walfischbay versorgt werden. Wichtiger noch sind die Pläne, durch ein vielästiges Kanalsystem mehrere Tausend ha, in Ovamboland zwecks Schaffung von Viehweiden bewässern zu können: Im dicht besiedelten Norden Namibias leben 270 000 Ovambos, die etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung und die große Reservearmee für die weißen Farmen und Bergwerke Südwestafrikas darstellen. Wenn es Pretoria gelingt, durch schnelle Entwicklungsförderung das Ovambogebiet, "das eine lange Tradition des Widerstands gegen Kolonialregime" (75) hat, zu "pazifizieren", dann – so hofft man – würde der Welt und vor allem den UNO-Delegierten der "gute Wille" Südafrikas demonstriert werden können, die Afrikaner in ihrem illegalerweise besetzt gehaltenen Mandatsgebiet tatsächlich zu fördern. (76)

Daß Entwicklungsplanung im südlichen Afrika immer defensiven Charakter trägt und auf militante Herrschaftssicherung der Weißen abzielt, verdeutlicht das Bekenntnis eines südafrikanischen Regierungsspezialisten für die Entwicklung der "Bantus": "Die Lösung dieser (Rassen- und Sozial-) Probleme ist letztlich eine Frage der Macht. Und *auf längere Sicht* ist Macht nicht die Verfügung über Feuerwaffen, Panzer und dergl., sondern Überlegenheit durch Charakterstärke, Willenskraft und Wissen." (77)

Zumindest also *auf kürzere Sicht* verläßt sich die südafrikanische Regierung auf die Macht ihrer Waffen. Auf diesem Gebiet liegt nun der entscheidende Beitrag, den die NATO-Mitgliedstaaten bei der Aufrechterhaltung des status quo in SOA leisten. Ohne die Waffenlieferungen aus Frankreich und seit 1971 auch wieder England im Werte von einigen Milliarden DM, die vor allem Hubschrauber, Kampffahrzeuge, U-Boote und Raketen umfassen, hätte die SAR niemals zur aktiven Kriegsführung übergehen können. Was die Unterstützung Portugals seitens der BRD angeht, so kann heute die bewußte und gewollte Komplizenschaft nicht mehr ernsthaft bezweifelt werden. Es konnte inzwischen nachgewiesen werden, daß die westdeutsche Regierung auch nach 1968 Rüstungstransfers

REPORTS. Press cuttings on Angola, Mozambique, Guinea, Portugal and Southern Africa, hrsg. vom Angola Comite, Amsterdam, sowie die Diskussion in AFRIKA HEUTE, Bonn, hrsg. von der Deutschen Afrika-Gesellschaft.

75 CUNENE DAM SCHEME, hrsg. vom World Council of Churches, Dezember 1971 (o.J.), S. 10.

76 Ausführliche Darstellung siehe E. Ferreira: "Namibia (Südwestafrika): Deutsche Kolonie – Mandat Südafrikas – Beute des internationalen Kapitals", in: NEUES ROTES FORUM, 2/71, S. 4-17.

77 G.M.E. Leistner: "Die Rolle der farbigen Bevölkerung", a.a.O., S. 23 (Hervorhebung von R.T.).

nach Portugal (12 Noratlas-Flugzeuge; 3 Korvetten, etc.) fortsetzte, als unzweideutig feststand, daß Portugal ungeachtet der NATO-Entverbleibsklauseln die deutschen Flugzeuge in seinen Kolonien zum Einsatz brachte. Zwischen 1961 und 1966 verkaufte die BRD an Portugal vor allem 50 Do-27A-4, die zur Guerillabekämpfung eingesetzt wurden, und 40 Kampfflugzeuge vom Typ Fiat G-91R-4 – "der größte Posten an Kampfflugzeugen, noch dazu moderner Bauart, den die portugiesischen Streitkräfte im vergangenen Jahrzehnt überhaupt erwerben konnten." (78) Als noch skandalöser ist vielleicht nur der 400-Millionen-Dollar-Kredit zu bewerten, den die Nixon-Administration im Dezember 1971 der Regierung Caetano zusicherte. (79) Die USA handelten dafür das "Recht" ein, auch weiterhin auf den "portugiesischen" Azoren den Luftwaffen- und Marinestützpunkt Lajes benutzen zu können, dessen strategische Bedeutung heute zweifelhafter ist denn je. (80) Desto eindeutiger ist die bedenkenlose Parteinahme der Nixon-Regierung (im Gegensatz zur Kennedy-Administration) für die portugiesische Kriegspartei.

Die Militärhilfe aus NATO-Staaten ermöglichte es den Kolonialregimen, SOA mit einem Netz von Militärbasen zu überziehen, die gegen antiimperialistische Kräfte, inklusive gegen die Anrainerstaaten Sambia und Tansania, gerichtet sind. Die SAR ist inzwischen in sieben Nachbarländern militärisch aktiv. Südafrikanische Polizei- und/oder Militärverbände sind seit 1967 zur Guerillabekämpfung in Rhodesien (3-4000 Mann) tätig, ferner in Mozambique (Tete-Provinz) und in Angola (bei Quito Canavale und Mavinga), und für Malawi ist ein ständiger Militärattache ernannt worden; Lesotho, Swasiland und Botswana sind von Pretoria gezwungen worden, den Befreiungsbewegungen keinerlei Hilfe – auch nicht für Flüchtlinge – zu gewähren. Auch der Flughafen von Lilongwe in Malawi ist – mindestens für Notstandssituationen – als Militärstützpunkt anzusehen.

Durch die Eskalation der Kämpfe zwischen FRELIMO und portugiesischen Truppen ist nun auch Malawi direkt in den Krieg einbezogen worden. Im Dezember 1971 strömten aus der Tete-Provinz fliehende Bauern nach Malawi, wo es zu Grenzzwischenfällen kam. Sofort schickte Pretoria an Präsident Banda, der berechtigtermaßen um seine Sicherheit fürchten mußte, Waffen und die Warnung, die SAR würde nicht tatenlos mitansehen, wenn Malawi "dem Terror und Chaos der Terroristen" ausgeliefert würde. (81)

In der Konzeption, in SOA ein "weißes Bollwerk" gegen nationale und antiimperialistische Kräfte aufzubauen, nimmt die "forward strike base" im östlichen Caprivi-Zipfel (bei Katima Mulilo in Namibia), die Ende 1969 nach zweijähriger Bauzeit fertiggestellt war, die strategisch wichtigste Position ein. Von dieser größten auswärtigen Militärbasis aus kontrollieren die Südafrikaner jenes wichtige Vierländereck am Sambesi, an dem Rhodesien, Namibia, Sambia und Botswana aneinandergrenzen. Ein Kenner der örtlichen Szenerie urteilte über den militärischen Wert der Basis im Caprivi-Zipfel wie folgt: "Der Stützpunkt ist so angelegt, daß er für die Verteidigung von Südafrika und Südwestafrika nutzlos ist, aber strategisch wichtig, um Widerstandskräfte in Angola und Rhodesien und in ihren Basen in Sambia zu zerschlagen." (82) Seit langem fliegt die südafrikanische Luft-

78 Ulrich Albrecht und Birgit A. Sommer: DEUTSCHE WAFFEN FÜR DIE DRITTE WELT. Militärhilfe und Entwicklungspolitik, Hamburg 1972, S. 31. Vgl. auch die (berühmt gewordene) "Stellungnahme deutscher Wissenschaftler zum Cabora-Bassa-Projekt", Sonderbeilage in AFRIKA HEUTE, 7/1971.

79 Vgl. DER SPIEGEL, Hamburg, 26. Jg./Nr. 8 (14.2.1972), S. 82-83.

80 R.A. Diamond and D. Fouquet: "Portugal and the United States", in: AFRICA REPORT, Mai 1970, S. 15-17.

81 Siehe: "Dokumentation", in: ARB, Pol., 1971, S. 2305-2307.

82 AFRICA CONFIDENTIAL vom 24.10.1969.

waffe von hier aus Einsätze zur Beobachtung der sambischen Grenzen und zur Verfolgung der Freedom Fighters. An den Grenzen mit Tansania und Sambia – den Konfrontationslinien zwischen "Weiß"- und Schwarzafrika – ist seit etwa 3 Jahren ein Grenzkrieg im Gange. Des öfteren bombardierten portugiesische Soldaten sambische Grenzdörfer und vermi ten die Grenzen, Maßnahmen, die schon mehrere zivile Opfer gefordert haben. Auch Sabotageakte in Tansania (1969 wurde die Ölpipeline bei Iringa gesprengt) und Sambia beweisen die Ernsthaftigkeit von Vorsters Drohungen, "Terrorismus nicht nur innerhalb Südafrikas, sondern auch in jedem anderen Land in Afrika zu bekämpfen." (83)

Als stärkster Militärmacht des Subkontinents fällt der *SAR* zwangsläufig die Aufgabe zu, Systemsicherungsfunktionen in den ihr nördlich vorgelagerten Ländern zu übernehmen, die, solange sie gehalten werden können, einen Puffergürtel zwischen dem Kap und dem freien Afrika darstellen. Speziell aus diesem Grunde baut Südafrika eine schlagkräftige Marine auf. In Simonstown verfügt die Regierung über ihren ersten U-Boothafen und an der Ostküste (in Zululand) über ihre erste Raketenbasis, die mit französischer Hilfe gebaut wurde. Die SAR fertigt bereits eigene Raketen ("air-to-air missiles") und steht im Begriff, Überschallflugzeuge (Mirage III; F - 1) zu konstruieren. Im Dezember letzten Jahres gab Verteidigungsminister Botha bekannt, daß die Republik sechs Korvetten (teilweise aus Portugal) gekauft hätte, die mit Ferngeschossen ausgerüstet würden. (84)

Es gibt noch keine Beweise für die Annahme, daß die SAR bereits über einsatzfähige atomare Waffen verfügt, aber daß sie dank der Atomreaktoren, die westeuropäische Wissenschaftler hier etablieren halfen, dafür die technische Kapazität und die Rohstoffe besitzt, kann als sicher gelten. Und es liegt in der inneren Logik der südafrikanischen Strategie der "self-sufficiency", eine totale Abschreckung für alle Systemgegner darzustellen, "so daß die Bombe sehr wohl die Dominanz Südafrikas in einem Kontinent zu garantieren scheint, den es zu fürchten hat" (85).

8. Die anti-imperialistischen Kräfte in Afrika: die Befreiungsbewegungen und auswärtige Unterstützung

Um die kolonialen und imperialistischen Machtverhältnisse in SOA richtig einschätzen zu können, d.h. auf ihre Dauerhaftigkeit hin zu befragen, soll abschließend eine Trendanalyse der *Gegenkräfte* skizziert werden. Dabei wären als Akteure im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus in SOA drei – zunächst nach formalen Gesichtspunkten unterschiedene – Gruppen zu nennen:

1. auf lokal-regionaler Ebene: die aktiv kämpfenden Befreiungsbewegungen in Mozambique (FRELIMO), Angola (MPLA, UNITA), in Rhodesien (ZANU, ZAPU) und Namibia (SWAPO);
2. auf kontinentaler Ebene: die "Frontstaaten" Sambia und Tansania; die progressiven Länder des African Liberation Committee (ALC) der OAU;
3. auf internationaler Ebene: die waffenliefernden und echte Entwicklungshilfe leistenden sozialistischen Staaten (insbesondere die VR China); die internationalen Organisationen, die "moralische" Unterstützung geben: UNO, Weltkirchenrat, Bewegung der "Blockfreien"; fortschrittliche Regierungen (Schweden) und Gruppen innerhalb der westlichen Länder (z.B. Anti-Apartheid-Movements in England und Holland).

83 Zit. in R. Molteno: SOUTH AFRICA'S DRIVE TO THE NORTH, S. 34; vgl. ARB, Pol., 1971, S. 2252 f.
84 A SURVEY OF RACE RELATIONS, 1971, S. 63-64.
85 B. Bunting, a.a.O., S. 423. Vgl. "Apartheid and Imperialism", in: AFRICA TODAY, Denver, September/Oktober 1970, AFRICA CONFIDENTIAL vom 14.2.1969, und vom 9.5.1969.

Um auf der kontinentalen Ebene anzufangen, so ist die *Organisation für Afrikanische Einheit (OAU)* heute auf Grund ihrer Gespaltenheit und Aktionsunfähigkeit nicht mehr als "Bestandteil der anti-imperialistischen Einigungsbewegung" zu qualifizieren. Die völlige Befreiung des Kontinents vom Joch des Kolonialismus und Rassismus war schon 1963 das einzig einigende Band gewesen, das die Gründung der OAU seitens ideologisch ganz heterogener Staaten ermöglichte. Nicht so sehr die Offerte zum "Dialog" mit Südafrika, gegen die 11 Mitglieder auf der letzten OAU-Konferenz im Juni 1971 nichts einzuwenden hatten, spaltete die pan-afrikanische Einheitsbewegung, als vielmehr ökonomische und politische Differenzierungsprozesse in den afrikanischen Ländern selbst. Fast alle ökonomisch attraktiven Länder Afrikas und die Mehrzahl der französisch-sprachigen (vor allem Niger (Uran) Elfenbeinküste, Gabun, Madagaskar, Senegal) sind zur Beute imperialistischer Interessen geworden. Der neueste Trend in den USA, auf deren Prioritätenliste Afrika an letzter Stelle steht, weist in die Richtung, sich ganz auf die Beherrschung weniger aber bedeutsamer Rohstoff- und Anlagegebiete zu konzentrieren (Kongo-Kinshasa (= Zaire), Nigeria, Marokko, Äthiopien, ferner Kenia und Liberia). (86) Afrikanischer Nationalismus oder "afrikanischer Sozialismus" erwiesen sich mehrheitlich nicht als Bestandteile des "proletarischen Internationalismus". (87)

Auch das *Befreiungskomitee (ALC) der OAU,* das aus sechs progressiven (Algerien, VAR, Somalia, Guinea, Tansania, Sambia) und fünf neo-kolonialistischen (Äthiopien, Uganda, Zaire, Nigeria, Senegal) Staaten besteht, zeigt paralytische Erscheinungen. Das Jahresbudget des ALC für 1969/70 belief sich auf ganze 300 000 Dollar, und für das Unterstützungsbudget zugunsten der Freedom Fighters wurden anstelle der jährlich vorgesehenen 800 000 Dollar nur 550 000 Dollar aufgebracht; das sind ein 500stel der Militärausgaben des "weißen Blocks" im südlichen Afrika. Ferner haben seit seinem Bestehen nur vier der 41 Mitgliedstaaten ihre Beiträge voll entrichtet. (88)

Die Funktionsweise der *Vereinten Nationen,* soweit sie sich mit Problemen der Entkolonisierung befassen, spiegelt sich wider in 128 Resolutionen, die Sicherheitsrat und Vollversammlung seit mehr als 10 Jahren zum südlichen Afrika herausgebracht haben. Aufgrund ihrer quantitativen Repräsentanz in den UN-Gremien sowie in speziellen Dekolonisationskomitees ("Committee of 24") gelang es der afrikanischen Gruppe nur, Themen, Dauer und Stil der Debatten beeinflussen zu können – so wurde z.B. der Sicherheitsrat oftmals umfunktioniert in einen Palaverclub über Rassismus und Kolonialismus –, aber sie hatte niemals die Möglichkeit, gegen die Interessen der Großmächte eigene Vorstellungen durchzusetzen. Als im Dezember 1970 der sambische Botschafter Mwaanga turnusgemäß seinen Platz im Sicherheitsrat räumte, gab er als abschließendes Statement zu Protokoll: "Wir sind sehr froh, mit unserer Rolle zu Ende zu sein; denn der Sicherheitsrat kann nun die Vertreter Sambias nicht länger herumschubsen (to kick around). Würde uns jemand fragen, was war euer Beitrag im Rat während der letzten zwei Jahre, würde ich schlicht antworten: ich weiß es nicht." (89)

86 AFRICA CONFIDENTIAL vom 25.6.1971.
87 Vgl. die Aufsätze in: ASIEN, AFRIKA, AMERIKA, BILANZ, BERICHTE, CHRONIK, hrsg. von L. Rathmann, Berlin (DDR), Jg. 1969, S. 221f; 1970, S. 222f.
88 Gedrucktes "Draft Document", No. 22 zur dritten Konferenz blockfreier Staaten in Lusaka 1970, S. 6. Vgl. AFRICA CONFIDENTIAL vom 1.5.1970: "OAU Liberation Commitee: some action? "
89 U.N. SECURITY COUNCIL, PROVISIONAL VERBATIM RECORDS, S/PV 1564 vom 10.12.1970, S. 55.

Die Vereinten Nationen sind hier nicht deshalb zu erwähnen, weil viel Papier und bei vielen Frustration erzeugt wird, sondern weil sie in Hinblick auf die imperialistische Globalstrategie wichtige Integrations- und Alibifunktionen erfüllen. Einerseits werden die politischen Neulinge aus der "Dritten Welt" einem Sozialisationsprozeß unterworfen, in dem sie die "unabdingbaren Interessen" des Westens und deren Normen zu respektieren lernen (anderenfalls droht Entzug der Wirtschaftshilfe). Andererseits garantieren die weltöffentlichen Gremien den farbigen Diplomaten die Möglichkeit, verbale Attacken gegen den Imperialismus im allgemeinen zu reiten und unfreundliche Dinge zu sagen – "die, in Washington, London oder Paris geäußert, politischen Selbstmord bedeuten würden" (90). Somit erfüllen die UN auch eine Ventilfunktion, und gerade die afrikanischen Politiker verschleiern durch ihre äußere Aktivität ihre innere Aktionsunfähigkeit.

Gerade diese Alibifunktion offenbarte besonders deutlich die spektakuläre Sitzung des Weltsicherheitsrates, die im Januar 1972 erstmalig in Afrika, in Addis Abeba, tagte und die nur "Propaganda- und Demonstrationszwecken" diente. (91) Durch ein routinemäßiges Veto Großbritanniens gegen einen OAU-Antrag (Abzug der Pearce-Kommission aus Rhodesien) enthüllte sich die kostspielige Konferenz als nutzloser Spuk.

Die *Rhodesien*krise ist geradezu ein Musterfall für die Taxierung des Kräfteverhältnisses zwischen "Weiß"- und Schwarzafrika. Nachdem Ian Smith's Nationale Front am 11.11. 1965 die "Einseitige Unabhängigkeitserklärung" (UDI) gegen England vollzogen hatte, verpflichteten sich während der OAU-Konferenz vom 3. Dezember 1965 immerhin 35 Länder zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Großbritannien, wenn es nicht bis zum 15. des gleichen Monats die rhodesische "Rebellion wider die Krone", notfalls unter Einsatz von Waffen, beendet hätte. Mit der rühmlichen Ausnahme von Tansania und Nkrumahs Ghana machte kein englisch-sprachiges Land später mit der ultimativen Drohung dem ehemaligen "Mutterland" gegenüber ernst. Die Standhaftigkeit Präsident Nyereres vergalt England damit, daß es Tansania zugesagte Wirtschaftskredite in Höhe von 7,5 Mio Pfund wieder entzog. (92)

Immerhin konnten die afrikanischen Regierungen die Wilson-Regierung soweit beeinflussen, daß der Sicherheitsrat der UN erstmalig "mandatory sanctions" unter Artikel 41 der UNO-Charta verhängte. Die Resolution 232 (1966) vom 16.12.1966 "beschloß", daß alle Mitgliedstaaten den Im- und Export "ausgewählter" Güter (z.B. Chrom, Tabak, Öl) aus bzw. nach Rhodesien "verhindern werden".

Die halbherzig durchgeführten Sanktionen, deren Befolgung niemand kontrollierte, führten nur dazu, daß Rhodesien noch stärker unter den Einfluß Südafrikas geriet. Durch das Referendum vom 20. Juni 1968, an dem nur 6645 "schwarze", aber 81 500 "weiße" Wähler "teilnahmen", wurde die neue rhodesische Verfassung angenommen, die der weißen Minderheit 50, den Afrikanern nur die restlichen 16 Sitze im Parlament zuweist. Die permanenten Proteste und Drohungen afrikanischer Regierungen – besonders aus Sambia, das allein 1968 für Englands erfolglose Sanktionspolitik 235 Mio DM zahlen mußte – auf Commonwealth- und UNO-Konferenzen konnten England freilich nicht bewegen, von seiner Beschwichtigungsdiplomatie gegenüber den rhodesischen "Rebellen" abzulassen (vgl. Gespräche zwischen Wilson und Smith auf der "Tiger", Dezember 1966,

90 Interview mit dem tansanischen Vize-Botschafter bei den Vereinten Nationen in New York am 6.10.1971.

91 NZZ vom 31.1.1972: "Neuauflage der alten afrikanischen Forderungen", siehe auch SZ vom 2.2.1972.

92 Vgl. Richard Hall: THE HIGH PRICE OF PRINCIPLES. KAUNDA AND THE WHITE SOUTH, London 1969.

und auf der "Fearless", Oktober 1968). Das diplomatische Arrangement, das 1971/72 schließlich zur Anerkennung des status quo in Rhodesien führte, war nur der etwas mühsam zustandegekommene politische Ausdruck für die Tatsache, daß sich 80 % aller Investitionen in Rhodesien im Besitz von Konzernen aus Südafrika, England und den USA befinden. (93)

Die Krise in und um Rhodesien, zu deren Beseitigung weder OAU noch UNO etwas beitragen konnten, löste nur in zwei direkt betroffenen Nachbarländern – *Sambia* und *Tansania* – Reaktionen mit anti-imperialistischer Stoßrichtung aus. Man könnte die diesbezüglichen Verhaltensweisen auf drei Grundsätze reduzieren: (94)

a) auf ökonomischer Ebene: "self-reliance" (Entwicklung aus eigener Kraft);
b) auf international-politischer Ebene: "non-alignment" (Blockfreiheit);
c) auf regional-politischer und militärischer Ebene: Unterstützung der "Freedom Fighters".

Was das Prinzip der *"self-reliance"* betrifft, so versucht allein Tansania im Sinne der Arusha-Deklaration einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zu gehen und die finanzielle Abhängigkeit vom imperialistischen Ausland auf ein notwendiges Minimum zu reduzieren. Für Sambia, dessen Entwicklungsplanung staatskapitalistischen Charakter trägt, bedeutet "self-reliance" vor allem die Lösung der kolonialen Verkehrs- und Wirtschaftsabhängigkeit vom weißen Süden und eine Umorientierung seiner Außenbeziehungen in Richtung auf die Ostafrikanische Gemeinschaft.

Die Republik von *Sambia*, der drittgrößte Kupferproduzent der Welt, hat in den sechs Jahren ihres Bestehens bereits große Anstrengungen vollbracht, sich aus den Polypenarmen Rhodesiens und Südafrikas herauszuwinden (Öl-Pipeline Copperbelt-DarEsSalaam; Great North Road nach DarEsSalaam). Sambias Importe aus Rhodesien sanken von 60 % im Jahr 1964 auf 7 % sechs Jahre später. Dafür stiegen Sambias Exporte via DarEsSalaam von 39 000 t (1966) auf 231 000 t (1969). Doch noch ist Sambia an zwei Punkten existentiell verwundbar: mit einer Hebelschwenkung könnte Rhodesien dem Nachbarland die Kariba-Elektrizität sperren (und die sambischen Kupfergruben zum Absaufen bringen); noch immer muß der Copperbelt jährlich ca. 500 000 t Kupfer über Lobito (Angola) und Beira (Mozambique) exportieren, was den Portugiesen seit Jahren die Möglichkeit gibt, durch vorübergehende Sperrung der Kupfertransporte und mittels schikanöser Frachttarife Sambia mit der Forderung politisch zu erpressen, die logistische Unterstützung der Befreiungsbewegungen einzustellen.

Bis 1975 wird Sambia die Loslösung vom Süden vollendet haben. Zur Zeit sind mit Hilfe aus Kanada, Schweden und Jugoslawien zwei große Kraftwerke im Bau: Kafue-Gorge und Kariba-Nord. Und bis 1975 soll die TAN-ZAM-Eisenbahn fertiggestellt sein, die Sambias gesamten Außenhandel über die Hauptstadt Tansanias lenken wird.

Der Bau der *TAN-ZAM-Eisenbahn* muß im Rahmen der non-alignment-Politik gesehen und als ein Bestandteil einer neuen realistischeren pan-afrikanischen Strategie gewürdigt werden, die das Fernziel politische Einheit durch die vorher zu schaffende ökonomische Integration zu erreichen hofft. Bekanntlich wurde die 1970 begonnene Realisierung der

93 A PRINCIPLE IN TORMENT. The United Nations and Southern Rhodesia, hrsg. von den Vereinten Nationen, New York 1969, S. 66 f.; siehe auch H.P. Jenni: Rassismus in Rhodesien, Arbeitsgruppe Dritte Welt, Bern 1971.

94 Dazu Näheres in meinem Artikel: "Transnationale und internationale Interessenpolitik in Süd-Ost-Afrika: die Eskalation eines Konfliktes", in: VIERTELJAHRESBERICHTE DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, Nr. 47 (März 1972).

1056-Meilen langen Bahnstrecke vom Copperbelt (Kapiri-Mposhi) nach DarEsSalaam durch einen zinsfreien Kredit der VR China in Höhe von 406 Mio Dollar ermöglicht. Die Tilgungsbedingungen, ab 1983 Raten über 30 Jahre, stellen eine echte Hilfe dar, (95) und die Bahn wird für Tansania die Voraussetzung schaffen, um seine Eisen- und Kohlevorkommen in der Mbeya-Region abbauen zu können.

Die TAN-ZAM-Bahn, die das größte auswärtige Entwicklungsprojekt Chinas ist, hat aber auch für den anti-imperialistischen Kampf in SOA zentrale Bedeutung. Die Gründe dafür, daß die Weltbank, England und die USA den Bau dieser Bahnstrecke wiederholt als "unökonomisch" abgelehnt hatten, ergeben sich aus der Konzeption vor allem Englands, den afrikanischen Nationalisten kein konfliktpotenzierendes Instrument in die Hand zu geben, das gegen ihre massiven Interessen in "Australafrika" eingesetzt werden könnte. Heute fürchten die SAR, Portugal und ihre Verbündeten zu recht, daß durch die chinesische Bahn die ökonomische Unabhängigkeit und der politische Handlungsspielraum Tansanias und Sambias zunehmen werden, d.h. gerade der Länder, die die afrikanischen Befreiungsbewegungen aktiv unterstützen.

Nicht zufällig ging auch von den Präsidenten Nyerere und Kaunda die Wiederbelebung der 1957 kreierten Politik der *Blockfreiheit* aus, die im September 1970 zur dritten Gipfelkonferenz führte, an der 60 "non-aligned states" teilnahmen. Und ganz bewußt fand die Konferenz in Sambias Hauptstadt Lusaka statt, um wenigstens symbolisch und verbal den feindlichen Nachbarregierungen zu demonstrieren, daß Sambia, Tansania und die Freedom Fighters einen moralischen Rückhalt in großen Teilen der "Dritten Welt" haben. (96)

Dennoch sollten darüber keine Illusionen aufkommen, daß auch die manigfaltigsten diplomatischen Initiativen der progressiven Kräfte Afrikas (z.B. die OAU-Missionsreise unter Leitung Kaundas nach Rom, Paris, London, Washington, New York im Oktober 1970) an den internationalen Herrschafts- und Dependenzverhältnissen in SOA vorläufig nichts Entscheidendes werden ändern können. (97)

Ein kurzer Vergleich des *militärischen Potentials* zwischen Weiß- und Schwarzafrika beweist, daß ein Vorgehen gegen das weiße Bollwerk im Süden mit konventionellen Kampfmethoden unmöglich wäre (98):

95 Siehe K.S. Mutukwa: "Imperial dream becomes pan-African reality", in: AFRICA REPORT, Januar 1972, S. 10-15; vgl. auch das von mir aufgezeichnete Interview mit Präsident Kaunda über die Außenbeziehungen Sambias, in: INTERNAT. AFRIKAFORUM, München, Mai 1971, S. 308-314.

96 Vgl. R. Tetzlaff: "Die Konferenz der Blockfreien in Lusaka", in: AUSSENPOLITIK, Hamburg, November 1970, S. 684-696.

97 Über den jüngsten Versuch der OAU, Portugal zum Verhandeln zu bewegen, siehe AFRICA CONFIDENTIAL vom 9.7.1971. Vgl. auch den Vorschlag von Prof. Gerhard Grohs: "Portugal in die EWG – Freiheit für Ultramar", in: AFRIKA HEUTE 12/71 und 21/71.

98 Die Statistik basiert auf folgenden Quellen: A SURVEY OF RACE RELATIONS IN SOUTH AFRICA, 1971, S. 63-64; "The arms trade with the Third World", nach einer Untersuchung des SIPRI, Stockholm 1971, abgedruckt in FACTS AND REPORTS, Amsterdam 1971, Nr. 29; Robert Moltenos Berechnung in der SUNDAY TIMES OF ZAMBIA vom 3.1.1971; vgl. auch Franz Ansprenger: DER SCHWARZ-WEISS-KONFLIKT, München 1971, S. 22.

	Streitkräfte	Kampfflugzeuge	Hubschrauber	Panzer
Rep. Südafrika (1971)	218.000	288	132	200
Permanent Force:	19 000			
Citizen Force:	83 000			
Commandos:	60 000			
Cadets:	56 000			
Portugal (1971)	184 - 192.000	ca. 100	?	?
in Angola:	75 - 80 000			
in Mozambique:	72 - 75 000			
in Guinea-Bissao:	37 000			
Rhodesien (1969)	30.000 (insges.)	?	?	?
AFRIKA (1969/70):				
35 Staaten südl. der Sahara:	362.880	148	47	242
davon Sambia	4 - 5.000	?	?	?
Tansania	7 - 8.000	?	?	?

Hat die Betrachtung der Kräfteverhältnisse in SOA ergeben, daß alle bisher genannten Akteure und Aktionen im anti-imperialistischen Kampf keine oder nur begrenzte Möglichkeiten haben, zur Veränderung der Klassen- und Machtverhältnisse in SOA wesentlich beizutragen, so müssen zum Schluß die aktiv kämpfenden *Befreiungsbewegungen* näher ins Blickfeld gerückt werden. (99) Wir halten sie für die einzigen Kräfte, die auf direktem Wege oder wenigstens als Katalysatoren den Rückzug der Kolonialmächte in SOA bewirken oder einleiten können.

Seit 1960 – dem Jahr Afrikas, in dem 17 afrikanische Staaten die formale Unabhängigkeit erlangten – kämpfen in den portugiesischen Kolonien afrikanische Nationalisten mit den Waffen um ihr Recht auf Selbstbestimmung. Vor 12 Jahren demonstrierten ihnen die Portugiesen, als sie in Mueda im nördlichen Mozambique 500 demonstrierende Bauern massakrierten, daß mit einem gewaltfreien Rückzug der Kolonialisten nicht zu rechnen wäre. Im Jahr 1962 wurde dann die "Frente de Liberacao de Mocambique" (FRELIMO) gegründet und bis zum Beginn des bewaffneten Kampfes im September 1964 eine "Phase der Konsolidierung" eingeschaltet: zur "Entwicklung eines politischen Bewußtseins" wurde besonders unter den Makonde-Bauern im nördlichen Mozambique eine Mobilisierungskampagne durchgeführt; Zellen entstanden und politische Kader erklärten der Bevölkerung die Ziele des Volkskampfes; militärische und Bildungsprogramme wurden gleichzeitig ins Leben gerufen; Waffen wurden über Tansania eingeschmuggelt und Munitionsdepots angelegt. (100)

99 Aus Platzgründen können wir hier die Aktivitäten (und Passivitäten) von ZANU und ZAPU (Rhodesien), SWAPO und SWANU (Namibia) sowie des ANC (Südafrika) nicht berücksichtigen. Für die SAR liegt als neueste Studie vor: ACTION, REACTION AND COUNTERACTION von Muriel Horrell, Johannesburg 1971.

100 Vgl. Eduardo Mondlane: KAMPF UM MOZAMBIQUE, Frankfurt 1970 und DER REVOLUTIONÄRE BEFREIUNGSKRIEG IN ANGOLA, GUINEA-BISSAO UND MOZAMBIQUE, hrsg. v.d. Projektgruppe Afrika im INFI Berlin, 1969.

In *Angola* scheiterte im Februar 1961 zunächst der Versuch, politische Gefangene aus dem PIDE-Gefängnis von Luanda zu befreien, wobei Militärs und Zivilisten mehr als 1000 Afrikaner lynchten. Das Unternehmen war von der 1956 gegründeten "Movimento Popular de Libertacao de Angola" (MPLA) organisiert worden, die von Mario de Andrade und dem Arzt und Dichter Dr. Agostinho Neto geführt wurde.

Ungleich blutiger verlief der am 15. März 1961 im nördlichen Angola ausbrechende Aufstand, der von der mit der MPLA rivalisierenden "Uniao das Populacoes de Angola" (UPA) unter Leitung von Holden Roberto initiiert war. Bis Jahresende wurden etwa 2 000 portugiesische Siedler getötet, bis dann 50 000 von Salazar entsandte Soldaten die nur ungenügend organisierte Rebellion niederschlug. Die dabei angewandten Methoden kolonialer Kriegsführung – der verbrannten Erde, der totalen Vernichtung allen Lebens –, die an die deutschen Praktiken während des Hereroaufstandes (1904/05) und des Maji-Maji-Aufstandes (1905/06 in Ostafrika) erinnern, verursachten den Tod von 30-50 000 Angolanern und die Flucht von schätzungsweise 400 000 Menschen, die sich in den angrenzenden Kongo retteten. (101)

Rückschauend kann man heute sagen, daß damit für Portugal die Möglichkeit vertan war, einen Dekolonisationsprozeß auf unblutige Weise durchzuführen. Seit den Massakern haben sich MPLA und FRELIMO in ja nach den Umständen sich ändernden strategischen Phasen auf einen langen Guerillakrieg eingestellt.

Allein die Tatsache, daß heute Portugal in Mozambique und Angola ca. 150 000 Soldaten gegen ca. 15 000 bewaffnete Freedom Fighters (7 000 Streitkräfte der FRELIMO; 3 500 der MPLA; 3 500 der GRAE und 500 der UNITA) (102) in den Kampf schickt, weist auf die prinzipielle Schwäche der portugiesischen Position hin. Aus den Kriegskommuniques, die von beiden Seiten veröffentlicht wurden und meist voneinander stark abweichen, lassen sich immerhin folgende Schlüsse ziehen und Prognosen stellen (103):

1. Speziell in Mozambique zerstören die Portugiesen bei Verwendung von Luftwaffe, schwerer Artillerie, Napalmbomben, Herbeziden immer wieder hunderte von Vietkong-ähnlichen Camps im Norden (Cabo Delgado, Niassa) und Westen (Tete) des Landes. In Angola, wo die MPLA angeblich in 10 von 15 Provinzen aktiv ist, haben portugiesische Streitkräfte 1970 den Großteil der Ernten in den befreiten Gebieten verseucht, wobei die Zivilbevölkerung am stärksten notleidet.

2. Dennoch nehmen die Aktivitäten der FRELIMO seit Baubeginn des Damms bei Cabora Bassa gerade in der Teteprovinz zu, so daß durch Verminen der Straßen mehrere Transporte gesprengt werden konnten. Die Sicherung der Schienen- und Landwege kann hier von den Portugiesen nicht mehr gewährleistet werden. Auch in Angola sind große Teile (im Osten und im Innern) nur noch mit Militärkonvois passierbar.

3. Man kann annehmen, daß jährlich Hunderte von portugiesischen Soldaten und ein Mehrfaches von Freedom Fighters, vor allem in Mozambique, getötet werden.

---

101 Siehe John Marcum: THE ANGOLAN REVOLUTION, Vol. I. Baltimore 1969, S. 153.

102 Nach einer Statistik des SIPRI, Stockholm 1970, in: FACTS AND REPORTS, No. 29 (11.12.1971). Vgl. auch die Artikel von Basil Davidson und P.M. Whitaker in: AFRICA REPORT, Mai 1970.

103 Vgl. dazu die Selbstdarstellung der Freedom Fighters in MOZAMBIQUE REVOLUTION, "Angola in Arms" etc. sowie die laufende Dokumentation (auch portugiesischer Quellen) in ARB, Pol., (bes. Jg. 1971: S. 2021, 2234, 2322 f.) sowie in FACTS AND REPORTS.

4. In dem Zermürbungskrieg sind beide Parteien – ähnlich wie in Vietnam – zur "psychologischen" Kriegsführung übergegangen. Portugal hat erkannt, daß es die Kriege allein mit nackter Gewalt nicht beenden kann und praktiziert in Angola und Mozambique die Zwangsumsiedlung von Hunderttausenden von Afrikanern in militärisch bewachte "strategische Dörfer". Ferner versucht es, in "befriedeten" Gebieten durch Förderung des Erziehungswesens die Bevölkerung gegen Mobilisierungsbemühungen der "Terroristen" immun zu machen.

5. Zieht man Algerien und Vietnam als historische Analogien heran, so kann angenommen werden, daß es die ausländischen Aggressoren auch in Angola und Mozambique nicht schaffen können, die autochthonen Bevölkerungen nach mehrjährigen Vernichtungskriegen wieder zu "pazifizieren".

6. Unter den Voraussetzungen, daß den bereits im Volk verankerten Bewegungen der MPLA und FRELIMO die logistischen Basen in Sambia und Tansania sowie die Waffenzufuhr aus den sozialistischen Ländern erhalten bleiben, wird der Zermürbungskrieg in den nächsten Jahren in Angola und Mozambique mit vermutlich zunehmender Intensität weitergehen.

7. Ist diese Einschätzung der zu erwartenden Trends tendenziell richtig, dann ist eine Beendigung der portugiesischen Kolonialkriege, von deren Brutalität bisher nur Minderheiten in den imperialistischen Ländern Kenntnis nehmen, nur durch sofortigen oder stufenweisen Rückzug Portugals aus Afrika vorstellbar.

8. Die wegen ihrer Rohstoffe so attraktiven Territorien Angola und Mozambique, vom portugiesischen Kolonialismus verwaltet, vom internationalen Kapital immer mehr ausgebeutet, stellen die schwächsten Glieder in der "weißen Entente" in Südostafrika dar. Heute scheint bereits eine Tendenz erkennbar, daß mit zunehmenden Erfolgen der nationalen Befreiungsbewegungen der Kampf um Selbstbestimmung der versklavten Völker – der "Rassenkonflikt", dessen materieller Kern ein Klassenkampf ist – zu einem primär antiimperialistischen Kampf eskaliert. Denn die heranreifende Befreiung der portugiesischen Kolonien müßte die Nebenmetropole Südafrika, die für die Profitinteressen der imperialistischen Staaten eine bereits unverzichtbare Bedeutung gewonnen hat, derartig bedrohen, daß die faschistischen Ausbeutungsverhältnisse in der Südafrikanischen Republik selbst langfristig kaum noch aufrechterhalten werden könnten. In letzter Konsequenz müßte eine derartige Entwicklung die direkte "Intervention" des latent aggressiven Imperialismus heraufbeschwören, deren Folgen für die betroffenen Völker wir aus dem Vietnamkrieg kennengelernt haben.

Umrechnungstabelle für die angeführten Währungen *
Stand: 15. September 1971

Land	Währungseinheit	seit	pro Dollar**	pro DM***
Großbritannien	1 Pfund Sterling	18.11.67	0,417	0,114
Frankreich	1 Franc	10. 8.69	5,554	1,523
Rep. Südafrika	1 Rand	14. 2.61	0,714	0,195
Portugal	1 Escudo	1. 6.62	28,750	7,860

* Quelle: INTERNATIONAL FINANCIAL STATISTICS, Oktober 1971, S. 6.
** Die Angaben wurden, soweit notwendig, gerundet.
*** Die Angaben in DM beziehen sich auf den Wechselkurs vom 26.10.69 (1 Dollar = 3,66 DM).

"Reinhaltung des Staatsapparats"

Kommunistenverfolgung unter veränderten Bedingungen

1. Administrative Maßnahmen und publizistische Kampagne

In der Bundesrepublik Deutschland wird eine zweite Verfolgungswelle gegen Kommunisten und jeden, den die Inszenatoren aus den "staatstragenden Parteien" und der Bürokratie dafür halten, veranstaltet. Eine neue heilige Allianz von CDU/CSU-Reaktion und rechter SPD-Führung hat sich gegen das alte Gespenst verbündet, das nun auch im Staatsapparat umzugehen droht.

Bestand in der großen Koalition der Kommunisten-Jäger Einigkeit über das Ziel der Maßnahmen, die Einsatzfähigkeit der staatlichen Verwaltung im staatsmonopolistischen System zu sichern, so trug man nach außen methodische Differenzen aus, die im wesentlichen um die Frage gingen, ob der offene Verfassungsbruch riskiert werden solle oder ob Manipulationen unterhalb der Schwelle der Legalitätsverletzung ausreichten.

Mit den Bonner Beschlüssen der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 28.1.1972 über "Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst" (1) ist die Frage vorläufig zugunsten der letzteren Alternative entschieden. Im Unterschied zum "Beschluß der Bundesregierung über politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung" vom 19.9.1950 (sog. Adenauer-Erlaß) (2), der die inkriminierten Organisationen, von der KPD bis zur VVN, noch konkret benannte, wird hier die abstrakt-generelle Fassung der staatlichen Maßnahme als formale Garantie bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit nicht fallengelassen. Hierdurch kann die SPD/FDP-Koalition einerseits eine (noch?) vorhandene "liberale Öffentlichkeit" beruhigen – wer will schon, daß "Verfassungsfeinde" Beamte werden – andererseits der CDU/CSU-Reaktion beweisen, daß man nicht gleich das Grundgesetz ändern muß, um verfassungsfeindliche Absichten durchzusetzen.

Als die deutsche Bourgeoisie im Faschismus die bürgerliche Legalität beiseite warf und ihre politische Macht auf der Grundlage einer offenen Diktatur neu organisierte, sprach sie offen aus, wen sie vernichten wollte: Sie sagte "Kommunisten", wenn sie Kommunisten meinte. Das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7.4.1933 bestimmte, daß Beamte zu entlassen seien, "die der kommunistischen Partei oder kommunistischen Hilfs- und Ersatzorganisationen angehören oder sich sonst im kommunistischen Sinne betätigt haben", außerdem Beamte, "die sich in Zukunft im marxistischen (kommunistischen oder sozialdemokratischen) Sinne betätigen" (3).

---

1 Siehe Dokumentation.
2 Siehe Dokumentation.
3 REICHSGESETZBLATT Teil I, S. 175.

Unter veränderten historischen Bedingungen tritt die Repression gegen Kommunisten und Demokraten im rechtsstaatlichen Gewande auf.

Die "Bonner Beschlüsse" erwecken den Eindruck, als bekräftigten sie lediglich den sich aus den Landesbeamtengesetzen und dem Bundesbeamtengesetz ergebenden Rechtszustand. Doch das aufwendige Zitieren bekannter Rechtsnormen legt den Verdacht nahe, der durch den historischen Zusammenhang, in dem die Erklärung der Innenminister steht, bestätigt wird:

Die politische Funktion besteht in der Disziplinierung der Mitglieder der DKP durch Zerstörung ihrer beruflichen Existenz und darüber hinaus in der Unterdrückung jedes nicht systemkonformen politisch-praktischen Verhaltens.

Dankbar hatte die SPD/FDP-Regierung das Angebot Barzels im Bundestag aufgegriffen, man möge sich ". . . in demokratischer Gemeinsamkeit in der öffentlich bekundeten solidarischen Stoßrichtung gegen die DKP bewähren." Bundesinnenminister Genscher legte einen Bericht über die "kommunistische Unterwanderung" des öffentlichen Dienstes vor, kündigte schwarze Listen an und erwog die Änderung des Beamtenrechts, da die gegenwärtigen gesetzlichen Grundlagen offenbar nicht ausreichten, einen Beamten allein wegen dessen Mitgliedschaft in der DKP zu entlassen oder einen Bewerber nicht einzustellen. (4)

Ohne Rücksicht auf solche offiziösen rechtsstaatlichen Skrupel auf parlamentarischer Ebene häuften sich bereits ab 1971 die Fälle, in denen Bewerber für den öffentlichen Dienst, vor allem Lehramtskandidaten, abgewiesen wurden, weil sie entweder Mitglieder der DKP waren oder durch demokratische Aktivitäten in den Geruch gelangten, "Kommunisten" zu sein.

Die teilweise noch schlecht koordinierten und in der juristischen Legitimation schwankenden Maßnahmen fanden ihren vorläufigen Höhepunkt in dem Beschluß des Hamburger Senats vom November 1971, "bei politischen Aktivitäten des Bewerbers in rechts- und linksradikalen Gruppen" die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit zu verweigern.

Die nach rechts und links gleichermaßen austeilende Gerechtigkeit, die durch die Formulierung suggeriert werden soll, schlägt in der Realität jedoch ausschließlich nach links. Während sich gerade in Hamburg die Einstellungsverweigerungen gegenüber fortschrittlichen Bewerbern des öffentlichen Dienstes häufen, darf der Lehrer Johann Petreas, der 1942 ein Buch mit dem Titel "Die Lösung der Judenfrage in der Slowakei" schrieb, noch immer unterrichten. (5)

Wie man bei der ersten Welle der Kommunistenverfolgung eine unzeitgemäße rechte Splittergruppe, die Sozialistische Reichspartei, als Alibi für das KPD-Verbot opferte, dient auch heute wieder die Phrase vom Kampf gegen "Links" -und "Rechtsextremismus" als ideologischer Vorhang, hinter dem die Legalität demontiert wird. Dabei scheuen sich einige Apologeten nicht, die Niedertracht von heute mit der Niedertracht der eigenen Vergangenheit der Bourgeoisie zu rechtfertigen, wenn sie scheinbar besorgt auf die schon in der Weimarer Republik erfolgte Besetzung von Schlüsselpositionen der Staatsverwaltung durch NSDAP-Mitglieder verweisen. (6)

Die bürgerliche Presse, *die nicht nur* in ihrem vom Springerkonzern beherrschten Teil den

4 Vgl. TAGESSPIEGEL v. 23.9.71.
5 FR v. 18.10.71.
6 So Eschenburg, DIE ZEIT v. 8.1.71.

Hamburger Beschluß freudig begrüßte, verstand ihn denn auch so, wie er gemeint war. Rechtsradikale, so vermerkte scheinheilig ein Leitartikler in der FAZ (7), würden an den Universitäten sicher "noch nicht" ausgebildet, dagegen würden aber "in der DKP oder ihren Hilfstruppen organisierte Lehramtskandidaten darauf brennen, vom Katheder aus den Umsturz der Gesellschaft zu betreiben".

Diese Diffamierungen sind nur ein – feiner formuliertes – Beispiel aus der seit Monaten geführten publizistischen Kampagne, die den antikommunistischen Boden für die verfassungswidrigen Maßnahmen der Exekutive bereiten soll. Die erste, noch akademische Runde eröffnete Theodor Eschenburg, um auch dem Publikum einer "liberalen" Wochenzeitung die Notwendigkeit von Grundgesetzmanipulationen gegen die rote Unterwanderung des Staatsapparates vor Augen zu führen. Nach differenzierten Ausführungen über die Interpretation des Begriffs der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" entlarvt er seine politischen Absichten, indem er unvermittelt in den "Bild"-Jargon verfällt: Er will nicht "die APO im Haus haben, sich eine Laus in den Pelz setzen, keine marxistischen Brutstätten züchten helfen". (8)

Was einem ordentlichen Professor des Staatsrechts recht ist, kann den Springerzeitungen und dem "Bayernkurier" nur billig sein: Für die Leser mit geringerem juristischen Abstraktionsvermögen wurden unter den Überschriften, "Wieviel Macht haben die jungen roten Beamten? " (9) – "Rote Unterwanderung des Staates" (10), Listen von Personen zusammengestellt, von denen der Behördenapparat zu säubern sei.

2. Die Betroffenen

Die im folgenden angeführten Fälle der Ausschließung von öffentlichen Ämtern sollen nicht als umfassende Dokumentation aller bekanntgewordenen Vorgänge gelten. Es geht vielmehr darum, anhand typischer Fälle die politische Stoßrichtung und die juristische Absicherung der staatlichen Repression aufzuzeigen. (10a)

Bernhard Laux, Sprecher der Studienreferendare in Hamburg, der sich für die Mitbestimmung der Referendare in den Studienseminaren eingesetzt hatte, wurde nach Abschluß der zweiten Staatsprüfung als einziger Angehöriger des Lehrerseminars nicht in den Schuldienst aufgenommen. Begründung: Laux habe durch sein Verhalten nicht das Vertrauen gerechtfertigt, er werde als künftiger Beamte, die ihm aufgetragenen Pflichten gewissenhaft erfüllen.

Heike Gohl, Lehrerin in Hamburg, parteilos, wurde nach 4-jähriger Probezeit nicht ins Beamtenverhältnis übernommen, weil sie sich als "Sympathisantin" für die SDAJ und die DKP betätigt habe.
Ihr Ehemann, *Peter Gohl,* Mitglied der DKP, wurde seines Amtes als pädagogischer Kursfachberater für Politik bei der Lehrerbildung enthoben. Begründung: Für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sei es unerträglich, Mitglieder der DKP in herausgehobenen Stellungen tätig zu wissen.

Karl-Heinz Henne, Detmold, Mitglied der DKP, erste Staatsprüfung: gut, zweite: sehr gut,

7 Vom 26.11.71.
8 DIE ZEIT v. 8.1.71.
9 WAMS v. 18.4.71.
10 BAYERNKURIER v. 14.8.71.
10a Zu diesen und weiteren Fällen vgl. ROTE ROBE (Organ des südwestdeutschen Referendarverbandes), Nr. 5/71; 6/71; 1/72.

verweigerte der nordrhein-westfälische Kultusminister die Anstellung als Lehrer. Begründung: "Mangelnde Eignung" wegen Zugehörigkeit zur DKP.

Marion Nürnberg, Mendig, parteilos, wurde die Anstellung im Schuldienst vom rheinlandpfälzischen Kultusminister verweigert, weil sie im Studentenverband "Spartakus" mitgearbeitet habe.

Hans-Jochen Michels, der 1969 als unabhängiger Sozialist aus der Wahlliste der DKP kandidiert hatte, wurde trotz Richtermangels in Nordrheinwestfalen nicht als Gerichtsassessor eingestellt. Erst nach monatelangen Zögern gab das Justizministerium als "Begründung" eine Passage in der von Michels zusammen mit dem DKP-Mitglied Herbert Lederer verfaßten "Rechtsfibel für Demokraten" an, wo die wegen Teilnahme an politischen Demonstrationen Angeklagten aufgefordert wurden, ihre politischen Motive zum Gegenstand der Hauptverhandlung zu machen.

Die Begründung der Ablehnung: "Die darin zum Ausdruck kommende Grundeinstellung ist mit den richterlichen Pflichten . . . nicht vereinbar. Sie läßt besorgen, daß Sie sich als Richter bei Prozeßführung und Rechtsfindung auch von außerrechtlichen Erwägungen bestimmen lassen und damit gegen die in Art. 20 Abs. 3 GG normierte Bindung an Gesetz und Recht verstoßen werden".

Dem Münchener Dozenten *Dr. Holzer* wurde, nachdem ihm vom Bremer Bildungssenator bereits ein Ruf als Professor auf Lebenszeit an der Universität Bremen erteilt worden war, die Ernennung verweigert. Begründung: Als Mitglied der DKP biete er nicht die Gewähr dafür, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintrete.

Der Bonner Studienreferendar *Rutger Booß* ist als Bewerber auf Übernahme in den höheren Schuldienst abgelehnt worden; Begründung: DKP-Mitglied.

Ohne Begründung erhielt der angestellte Lehramtsassessor *Bernhard Fichtner,* Mitglied der DKP, Noten zwischen "ausgezeichnet" und "sehr gut", drei Tage vor Antritt einer Stelle die Mitteilung, daß er aufgrund einer Entscheidung des Düsseldorfer Kultusministeriums nicht in den Schuldienst eingestellt bzw. verbeamtet werden könne.

Die exemplarisch angeführten Fälle politischer Diskriminierung machen zweierlei deutlich:
1. Als Entlassungs- oder Ablehnungsgrund gilt, mehr oder weniger offen genannt, die Mitgliedschaft in einer zugelassenen Partei (DKP), die mit der unausgewiesenen Behauptung verknüpft wird, deren Mitglieder stünden nicht im beamtenrechtlichen Sinne für die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" ein;
2. Mit wechselnder Begründung werden darüber hinaus demokratische Kräfte, die wegen kritischer politischer Praxis "aufgefallen" sind, vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen.

Wo der Staat ein Beschäftigungsmonopol hat, wie im Ausbildungsbereich, bedeuten die Maßnahmen ein faktisches Verbot der Berufsausübung. Unter dem Deckmantel der "Ämterhoheit", wonach die Einstellung eines Bewerbers in das freie Ermessen der Behörden gestellt ist, kann politische Repression noch dort betrieben werden, wo den Betroffenen kein Verstoß gegen Rechtsnormen nachzuweisen ist. Darin liegt die Fortsetzung der politischen Strafjustiz mit anderen Mitteln; diesmal unter Umgehung rechtsstaatlicher Verfahren. Eschenburg tröstet die Betroffenen auf seine zynische Art: "Abweisung ist ja keine Strafe, sondern gleichsam eine Schutzmaßnahme im Interesse des öffentlichen Dienstes" (11).

---

11 DIE ZEIT v. 8.1.71.

3. Die Rechtslage

Die "Bonner Beschlüsse" vom 28.1.1972 schreiben fest, was ohnehin seit langem geschieht. Als "Interpretationshilfe" für die Anwendung der Beamtengesetze und die entsprechenden tarifvertraglichen Bestimmungen für Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes erlangen sie bindend Wirkung für die Beamten in den Ministerien, die über die Einstellungen von Bewerbern oder die dienstrechtlichen Maßnahmen gegen Beamte zu entscheiden haben.

Solche internen Verwaltungsrichtlinien müssen sich innerhalb der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und deren verbindliche Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht halten. (12)

Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz (GG) spricht ein Diskriminierungsverbot wegen politischer Anschauungen aus, das in Art. 33 Abs. 3 GG im Hinblick auf die Zugangschancen zum öffentlichen Dienst konkretisiert wird. Nach Art. 33 Abs. 2 GG ist jedem Deutschen das gleiche Recht auf Zugang zu öffentlichen Ämtern gewährt; ausschließliche **(13)** Zugangskriterien sind "Eignung, Befähigung und fachliche Leistung".

Diese Vorschriften werden modifiziert durch die beamtenrechtlichen Bestimmungen, wonach in den öffentlichen Dienst nur übernommen werden darf, wer "die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt" (14), und nach denen ein Beamter "sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten muß". (15)

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die Verpflichtung des Berufsbeamtentums auf die Treue zur Verfassung ist zu begrüßen, wenn sie entsprechend der antifaschistisch-demokratischen Intention des Verfassungskompromisses von 1949 interpretiert wird. (16) Gerade die Erfahrung mit der reaktionären Staatsbürokratie der Weimarer Republik, die nach der erfolgreichen Sabotage der demokratischen Neuordnung des Staatsapparates nahezu bruchlos in den Faschismus überführt werden konnte, lehrt, daß die bürgerliche Legalität bislang noch immer von rechts liquidiert wurde.

Im Zuge der Restauration in der BRD hatten sich allerdings die herrschenden Kräfte und ihre juristischen Apologeten der Leerformel "Freiheitlich-demokratische Grundordnung" (Artikel 18 und 21 Abs. 2 GG) bemächtigt, um sie inhaltlich mit dem status quo der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu füllen (17). Doch konnte selbst das Bundesverfassungsgericht im KPD-Urteil angesichts der Sozialisierungsbestimmung des Grundgesetzes (Art. 15) die sozialistische Transformation der Gesellschaft nicht schlechthin als illegal bezeichnen, sondern mußte über eine entstellende Interpretation des Marxismus-Leninismus einen verfassungswidrigen Demokratiebegriff der KPD konstruieren. (18)

---

12 BUNDESVERWALTUNGSGERICHT, ENTSCHEIDUNGEN (BVerwG.E), Bd. 14, S. 313 (314); Bd. 19, S. 48 (55).
13 Maunz-Dürig-Herzog: GRUNDGESETZ, Art. 33 Rdnr. 21.
14 § 4 Abs. 1 Ziff 2 BEAMTENRECHTSRAHMENGESETZ (BRRG); § 7 Abs. 1 Ziff. 2 BUNDESBEAMTENGESETZ (BBG).
15 § 35 Abs. 1 BRRG; § 52 Abs. 2 BBG.
16 Vgl. hierzu Abendroth: DAS GRUNDGESETZ, Pfullingen 1966.
17 S. besonders Nipperdey in: Bettermann, Nipperdey, Scheuner (Hg.): DIE GRUNDRECHTE, Handbuch der Theorie und Praxis der Grundrechte.
18 Vgl. Külz: "Die Unstimmigkeiten des KPD-Verbotsurteils", in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, Heft 8/1966, S. 736.

Für die verfassungsrechtliche Beurteilung der "Berufsverbote" kommt es jedoch weniger auf diese materiell-rechtlichen Probleme an, als vielmehr darauf, wer nach rechtsstaatlichen Grundsätzen über die Verfassungsfeindlichkeit einer politischen Partei zu entscheiden hat. Für die DKP gilt das sog. Parteienprivileg des Art. 21 Abs. 2 S. 2 GG, das vom Bundesverfassungsgericht präzisiert wurde: "Bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts kann niemand die Verfassungswidrigkeit einer Partei rechtlich geltend machen, insofern kommt dieser Entscheidung konstitutive Bedeutung zu" (19). Aus dieser in erster Linie die Parteiorganisation schützenden Bestimmung folgt auch ein Reglementierungsverbot für Mitglieder und Anhänger einer Partei wegen ihrer Betätigung vor deren Verbot. (20)

Da es keinen besonderen beamtenrechtlichen Begriff der "Freiheitlich-demokratischen Grundordnung" gibt (21) – das gleiche Verhalten kann nicht im Bereich der politischen Willensbildung erlaubt, im Bereich der Verwaltung als unerlaubt gelten –, können erst nach der Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, eine Partei bekämpfe die freiheitlich-demokratische Grundordnung, beamtenrechtliche Konsequenzen für die Mitglieder der Partei gezogen werden. Indem die Exekutive von Mitgliedern einer zugelassenen Partei feststellt, sie böten nicht die Gewähr, für den Erhalt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzutreten, oder indem sie die Mitgliedschaft als Indiz für mangelnde Verfassungstreue wertet, trifft sie eine Entscheidung, die nur dem Bundesverfassungsgericht zusteht.

Da die Exekutive nicht entscheiden darf, ob Mitglieder der DKP bereits wegen ihrer Mitgliedschaft nicht die Gewähr bieten, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzustehen, sie diese Entscheidung auch garnicht verfassungskonform begründen könnte, bemüht sie sich oft übehaupt nicht, die Tautologie zu verbergen: Weil sie Mitglieder der DKP sind! Der Hamburger Senatssprecher Vogel behauptet schlicht: "Die DKP macht es uns nicht schwierig, die will alles abschaffen, was da ist." (22)

Die Formulierung der "Bonner Beschlüsse" stellt in ihrem Verzicht auf eine automatische Ablehnung eines Bewerbers bei Mitgliedschaft in einer angeblich verfassungswidrigen Partei lediglich das Abgehen von einer verfassungsrechtlich völlig unhaltbaren Position dar (23).

Wenn die Mitgliedschaft aber als Indiz für mangelnde Verfassungstreue gewertet wird und es dem Bewerber obliegt, die indiziellen Zweifel auszuräumen (24), dann eröffnen sich abenteuerliche Perspektiven für eine bundesweite Gesinnungsschnüffelei.

Martin Kriele, Professor der Rechte in Köln, hat bereits seine Vorstellungen. Es müßten "Fragebogen über die Einstellung des Bewerbers zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung" erstellt werden, wobei die Fragen so präzise wie möglich zu stellen seien, da "angesichts der bekannten Begriffsvertauschungen von 'Freiheit' und 'Demokratie' usw. . . Kommunisten sogar (!) einen Amtseid aufs Grundgesetz mit gutem Gewissen ablegen . . ." (25)

---

19 ENTSCHEIDUNGEN, Bd. 12, S. 296 ff.
20 BVerfG, a.a.O.
21 Vgl. Fischbach: BUNDESBEAMTENGESETZ 3. A., Köln 1964; Anm. 2 zu § 7 BBG.
22 SPIEGEL Nr. 49/1971.
23 Hierzu besonders: INFORMATIONEN DES BUNDESMINISTERS DER JUSTIZ, Nr. 4/1972 v. 25. Jan. 1972, Bonn.
24 So Stoltenberg. Interview in WAMS v. 30.1.72.
25 "Kommunisten als Beamte?" in: ZEITSCHRIFT FÜR RECHTSPOLITIK, Dez. 1971, S. 273 (275) und im VORWÄRTS v. 25.11.1971.

4. Der politische Hintergrund

Die Manipulation der Verfassung unterhalb der Schwelle des Parteiverbots und damit die faktische Repression der rechtlich zugelassenen DKP durch Repression ihrer Mitglieder sowie die Abschreckung aller potentiell systemkritischen Kräfte ist vor allem vor dem Hintergrund des veränderten innen- und außenpolitischen Manövrierfeldes der Bundesregierung zu sehen.

Die Situation in der BRD war in der Phase des "Kalten Krieges" charakterisiert durch das Wechselverhältnis von außenpolitischer Aggressivität mit dem Ziel der Liquidierung des entstehenden sozialistischen deutschen Teilstaates und innenpolitischer Repression, zunächst gegen die kommunistische Linke. Nach dem kurzen taktischen Rückzug der infolge der Niederlage des deutschen Faschismus diskreditierten Fraktionen der Bourgeoisie und der Staatsbürokratie begann im Aufwind der US-Strategie ("roll back of the iron curtain") die Restauration der ökonomischen und politischen Macht des Kapitals. Mit dem Adenauer-Erlaß vom 19.9.1950 wurden die demokratischen Kräfte ausgeschaltet, die dem Aufbau der staatlichen Verwaltung unter Übernahme des alten Beamtenapparates entgegenstanden. Auf dem Höhepunkt der restaurativen antikommunistischen Entwicklung führte die Reaktion mit dem Verbot der KPD und der anschließenden Welle von Denunziation und strafrechtlicher Verfolgung den entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterbewegung und damit gegen alle demokratischen Kräfte.

Die von der CDU/CSU-Regierung getragene Außenpolitik stand Mitte der sechziger Jahre vor dem Gegenteil der erstrebten Ziele: vor einem ökonomisch und politisch erstarkten sozialistischen Lager, einschließlich der DDR, und vor zunehmender Isolierung unter den NATO-Staaten selbst. Die Regierungsübernahme durch die SPD/FDP-Regierung signalisierte vor allem den Versuch realistischerer Fraktionen in Industrie und Politik, die gescheiterte Strategie zu liquidieren und dem veränderten Kräfteverhältnis in Europa anzupassen. Daß die BRD in den Verträgen mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen erstmalig den status quo in Europa anerkannte, war realistischer Ausgangspunkt in der Verfolgung eines allerdings weiterhin illusionären politischen Ziels, des "Wandels durch Annäherung", des "Wandels durch Handel", natürlich nur der sozialistischen Staaten. Daß sich nicht die sozialistischen Staaten in kapitalistische wandeln werden, vielmehr eine entspannte außenpolitische Situation Abbau des Antikommunismus und Rückwirkungen auf das innenpolitische Kräfteverhältnis in der BRD haben könnte, ist durchaus realistische Befürchtung der reaktionärsten Gruppierungen des Kapitals, insbesondere der am Rüstungsgeschäft beteiligten, und der CDU/CSU, die daher weiter auf die offene Konfrontation bauen. Nach Abschluß des Gewaltverzichtsabkommens mit der Sowjetunion dürfte es immer schwieriger werden, den Popanz der sowjetischen Aggression als Begründung des aufgeblähten Rüstungsetats aufrechtzuerhalten.

Immer mehr Werktätige werden fragen, warum nicht ein größerer Teil des von ihnen erarbeiteten Reichtums für Bildung, öffentliche Gesundheitspflege, Umweltschutz etc. ausgegeben wird; immer mehr SPD-Mitglieder und -Wähler fragen sich, was ihnen der Regierungswechsel außer permanentem Lohnraub durch die höchsten Preissteigerungen seit Jahren eingebracht hat. In den innerparteilichen Kontroversen um die Steuerreform sowie im Rücktritt des Bundeswissenschaftsministers Leussink zeigen sich die Widersprüche und Schranken sozialdemokratischer Politik, die nicht in der Lage sein wird, ohne Verschiebung der Prioritäten des Staatshaushalts zuungunsten der Rüstung, ohne die Profite der Monopole anzutasten, auch nur die bescheidensten Strukturreformen durchzusetzen.

Konnte die SPD einerseits gerade wegen ihrer Verbindung zur Arbeiterklasse und ihren

gewerkschaftlichen Organisationen mit einer ausreichenden Basis die gescheiterte CDU-Außenpolitik liquidieren, so besteht angesichts der Desillusionierung der SPD-Anhängerschaft andererseits gerade in dieser relativen Abhängigkeit die Labilität der Sozialdemokratie als Regierungspartei für die Interessen des Monopolkapitals. Die rechte SPD-Führung muß zwischen den Hoffnungen und Forderungen der Werktätigen, die den Regierungswechsel als Wähler ermöglichten, und den Interessen derer manövrieren, die sich von ihr eine geschicktere Integration der Arbeiterklasse erhofften.

Dem mit der Verringerung der außenpolitischen Konfrontation gegenüber dem Sozialismus möglichen Abbau des Antikommunismus im Innern versucht die SPD-Führung eben durch dessen Reaktivierung entgegenzutreten. Da die außenpolitische Rücksichtnahme auf die Sowjetunion ein formelles Verbot der DKP nicht erlaubt – die Erfolgsaussichten wären zudem selbst bei der jetzigen Besetzung des Bundesverfassungsgerichts gering –, agiert die Bundesregierung unterhalb der Schwelle des Parteiverbots mit administrativen Maßnahmen gegen die Mitglieder und Sympathisanten der stärksten organisierten linken Kraft der BRD.

Die Kontroverse zwischen CDU/CSU und SPD/FDP im Bundestag aus Anlaß einer Anfrage der Opposition zur "Verfassungsmäßigkeit der DKP" läßt den Zusammenhang zwischen dem außenpolitischen Kräfteverhältnis und den damit verbundenen Rücksichten sowie den Befürchtungen der herrschenden Klasse um das Anwachsen demokratischer und sozialistischer Kräfte im Innern recht deutlich werden. Während Barzel fürchtet, "daß die Ostpolitik der Bundesregierung zwangsläufig Rückwirkung auf die innere Verfassung der Bundesrepublik . . . haben müsse", weigert sich Genscher, "aus Gründen der Staatssicherheit" zu einem Verbotsantrag Stellung zu nehmen (26). Erst kürzlich mußte Ehmke den Vorwurf, daß die Ostpolitik "die radikale Linke in der BRD ermuntert und sie hoffähig gemacht habe", mit dem Hinweis auf die Verdienste der SPD bei der Bekämpfung des Kommunismus zurückweisen (27).

5. Juristische Apologetik

Die den veränderten politischen Bedingungen angepaßte Verfolgungsstrategie gegen die Linke hat natürlich schnell ihre juristischen Interpreten und Apologeten gefunden, die sich Mühe geben, zu beweisen, warum eine zugelassene Partei eigentlich doch verboten ist und ihre Mitglieder deshalb beamtenrechtlich diszipliniert werden dürfen.

Schon zur Zeit des sog. Adenauer-Erlasses, also fünf Jahre nach der Niederlage des deutschen Faschismus, konnten so exponierte Spitzenjuristen des nationalsozialistischen Staates wie Grewe und Koellreuter, diesmal nicht im Namen des "nationalen Staates", sondern unter Berufung auf die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" offen den Verfassungsbruch rechtfertigen (28/29). In seinem "Rechtsgutachten", das dem Erlaß vom 19.9.1950 Verfassungsmäßigkeit bescheinigte, empfahl Grewe, das Parteienprivileg des Art. 21 Abs. 2 GG zugunsten der Flexibilität staatlicher Maßnahmen zu ignorieren: "Verbote sind aber bekanntlich nicht immer eine gute Politik und daher ist es staatspolitisch nachteilig, wenn die Regierung vorzeitig nur deswegen zu einer Verbotspolitik gedrängt wird, weil sie den Beamtenkörper personell intakt halten muß" (30). Mit dem Hinweis auf den Kalten Krieg warnte Grewe davor, "gerade jetzt ... die rechtsstaatlichen Sicherungen der politischen Freiheit in einem justizstaatlichen Sinne zu übersteigern" (31).

Ein Vertreter der neuen, im Kalten Krieg gestählten Juristengeneration der BRD wie Benda kann da noch zynischer und offener auftreten: "Wenn man das Ziel, das ich erreichen möchte (Mitglieder der DKP aus dem Staatsdienst fernzuhalten, d. Verf.) aufgrund der heutigen Rechtslage nicht erreichen kann, sollten die politisch Verantwortlichen sich zusammensetzen und überlegen, in welcher Weise man die rechtlichen Regelungen so ändern kann" (32). Ein Mann als Präsident des Bundesverfassungsgerichts, der offen erklärt, die Verfassung zur Durchsetzung bestimmter politischer Ziele zu funktionalisieren und, wo das nicht möglich ist, sie als Fetzen Papier zu behandeln, den man notfalls umschreibt, ist adäquater Ausdruck des erreichten Tiefstands politischer Demokratie in der BRD.

Die Furcht, das Umspringen mit dem Grundgesetz, wie es der Praktiker Benda vorschlägt, könne die noch vorhandenen rechtsstaatlichen Illusionen vollends zerstören, läßt andere mehr theoretische Juristen zu feineren Methoden greifen.

Eschenburg lieferte schon Anfang 1971 gleichsam prophylaktisch die erste Apologetik künftiger grundgesetzwidriger Praxis. Er interpretiert das Parteienprivileg auf seine Weise: "Die DKP ist eine aus politischen Gründen durch bisherigen Klageverzicht geduldete Partei (!)" – und greift dann in die hermeneutische Trickkiste: "Der Begriff freiheitlich-demokratische Grundordnung ist als Verfassungsbegriff bewußt *weit* gefaßt, während er als Kriterium für die Personalpolitik *eng* ausgelegt werden kann." (33)

Der Zusammenhang von politischer Zielsetzung und juristischer Apologetik wird in der verwendeten Begrifflichkeit überaus deutlich: "Weite" Fassung des Begriffs "freiheitlich-demokratische Grundordnung" im Grundgesetz, also kein Verbot der DKP, "enge" Interpretation im Beamtenbereich, also politische Disziplinierung von Kommunisten. Dabei gibt die Terminologie unfreiwillig die Absicht bloß: Das "Loch" für den Eintritt in den Staatsdienst möglichst "eng" im Sinne der Anforderungen an die politische Konformität zu halten, was wiederum dadurch erreicht wird, daß der Begriff "freiheitlich-demokratische Grundordnung" in Wirklichkeit "weit" ausgelegt wird, als Verpflichtung auf den ökonomischen und sozialen status quo der kapitalistischen Gesellschaft.

Eschenburg zeigt auch den Advokaten der Staatsbürokratie den Weg, wie sie die gewünschte politische Zielsetzung unter einen Rechtsbegriff subsumieren können, ohne gleich das Grundgesetz ändern zu müssen. Durch die Hintertür schlüpft die nach Art. 3 Abs. 3, 33 Abs. 3 GG verbotene politische Diskriminierung in das Merkmal "Eignung" für den öffentlichen Dienst (Art. 33 Abs. 2) hinein. Unfreiwillig entlarvt der Rabulist selbst die nahezu unbeschränkte Manipulierbarkeit solcher unbestimmter Rechtsbegriffe: "Die Grenze zwischen Eignung und Uneignung wird sich kaum in ein eindeutiges Prinzip fassen lassen . . . Eignung kann kaum durch Prüfungen und Zeugnisse festgestellt werden, sondern in erster Linie durch die Beurteilung von Eindrücken" (34), die, wäre hinzuzufügen, in den

26 Vgl. TAGESSPIEGEL v. 23.9.71.
27 SÜDDEUTSCHE ZEITUNG v. 6.3.72.
28 Grewe in: "Politische Treuepflicht im öffentlichen Dienst", 3 Gutachten zu dem Beschluß der Bundesregierung v. 19. Sept. 1950 zur politischen Betätigung von Angestellten des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung, Frankfurt/M. (1951), S. 35 ff.
29 Koellreuter: "Politische Treuepflicht und Berufsbeamtentum", in: DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG, 1951, S. 467 ff.
30 Grewe, a.a.O., S. 61.
31 Grewe, a.a.O., S. 62.
32 In "Panorama" (ARD) v. 25.10.71.
33 DIE ZEIT v. 8.1.71.
34 DIE ZEIT, a.a.O.

Dossiers der Verfassungsschutzämter gesammelt werden. "Eignung" als Synonym für politische Konformität soll Aussortierungsmerkmal der Bewerber für den Staatsdienst sein, das auch möglicher gerichtlicher Nachprüfung standhalten kann. Man darf gespannt sein, wieweit künftig die Begründungen von Ablehnungen, sofern sie von der Bürokratie überhaupt gegeben werden, in Abkehr von der allzu offen verfassungswidrigen Praxis der Verknüpfung mit der Parteimitgliedschaft der Bewerber auf diese elegante Form der Verfassungsumgehung rekurrieren. "Sicherlich mag sich in den Reihen der radikalen Linken ein beachtliches Ausmaß von Intelligenz finden. Aber es fehlt an Eignung für den öffentlichen Dienst, ja diese Art von Eignung steht gerade im Gegensatz zu Radikalität. . ." (35).

Vor solchen professoralen Apologeten jeder autoritären Staatsordnung, zu der die Bourgeoisie Zuflucht nimmt, wie Eschenburg, Forsthoff, Ipsen, Huber, etc. ist nur zu warnen. Im Bewußtsein des politischen Ziels brauen sie die juristischen Rezepte, die, vom politischen Hintergrund gelöst, von entsprechend angepaßten Rezepteanwendern als letzte Weisheit der Interpretationskunst aus den Kommentaren geschöpft werden.

Diese Schule, deren juristische "Leistungen" aus dem Faschismus überliefert sind, hat ihren Ahnherrn Carl Schmitt ausführlich gelesen und weiß, daß der Ausnahmezustand der eigentliche Normalzustand der bürgerlichen Gesellschaft ist, wo es zuletzt darauf ankommt, wer "in dem Augenblick, in dem das ganze Legalitätssystem beiseitegeworfen wird, die legale Macht in der Hand hat und dann seine Macht auf neuer Grundlage konstituiert" (36).

Die hinter der Formulierung – "Die DKP ist eine aus politischen Gründen durch bisherigen Klageverzicht geduldete Partei" – stehende Interpretation der bürgerlichen Verfassung wird deutlich, wenn man sie auf alle demokratischen Institutionen ausdehnt: Bürgerliche Demokratie ist eine aus politischen Gründen durch vorläufigen Verzicht auf Abschaffung (durch die Notstandsverfassung) geduldete Herrschaftsform der Bourgeoisie.

6. Der Kampf um Legalität

Wenn die reaktionären Kräfte in der BRD und ihre juristischen Handlanger auch noch nicht die von ihnen erstrebte "Totalrevision" (37) des Grundgesetzes durchsetzen können, so versuchen sie doch permanent, jeder antikapitalistischen Bewegung, vor allem aber der organisierten politischen Kraft der Arbeiterklasse die Legalitätschance zu beschneiden.

Hinter dem Nebelvorhang spektakulärer Polizeiaktionen gegen politische Abenteurer wird in der BRD schrittweise Legalität liquidiert. Während die Exekutive heute mit Maschinenpistolen und Kugelwesten versehene Polizisten ausschickt, um angeblich die zu fassen, die sich nur durch die linke Phrase von bescheideneren Bankräubern unterscheiden, erprobt sie die Instrumente, die sie morgen gegen alle wenden will, die mit der Verfügung der Produzenten über den gesellschaftlichen Reichtum politischen Ernst machen wollen.

35 DIE ZEIT, a.a.O.
36 Carl Schmitt: LEGALITÄT UND LEGITIMITÄT, Westberlin, 2. Aufl. 1968, S. 40.
37 Vgl. hierzu Eschenburg: "Für die Demokratie eine Diktatur auf Zeit", SPIEGEL v. 17.2.69, S. 38; Dichgans: VOM GRUNDGESETZ ZUR VERFASSUNG – Überlegungen zu einer Gesamtrevision, Düsseldorf/Wien 1970; Thieme: "Für eine Totalrevision des Grundgesetzes", in: ZEITSCHRIFT FÜR RECHTSPOLITIK 1969, S. 32 f.

Der beschworene Topos vom "Marsch durch die Institutionen" enthüllt die Furcht der herrschenden Minderheit in der BRD, daß die organisierte politische Kraft der Arbeiterklasse und ihre Verbündeten unter Verwendung der demokratischen Legalität des Grundgesetzes, solange diese gegen autoritäre und faschistische Bedrohung verteidigt werden kann, die Transformation der Klassengesellschaft in die sozialistische Gesellschaft betreibt.

Daß in der BRD Maßnahmen wie die "Bonner Beschlüsse" ergriffen werden können, Maßnahmen, wie sie in Ländern mit entfalteten Klassenkämpfen, (Frankreich, Italien) undenkbar wären, bezeichnet die relative Schwäche der Arbeiterbewegung. Daß ein offenes Verbot der DKP jedoch heute in der BRD unmöglich ist, signalisiert das gegenüber den fünfziger Jahren zugunsten des Sozialismus veränderte Kräfteverhältnis.

Unter diesen Umständen fällt es auch einer Verfassungsinterpretation, die bewußt die Apologie des status quo betreibt, entschieden schwer, die Normen so zu biegen, daß sie ihren politischen Intentionen entsprechen. Daher der von der CDU/CSU geäußerte Wunsch nach Änderung des Grundgesetzes.

Angesichts der Tatsache, daß der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz und Autor der berüchtigten "Radikalenberichte", Schrübbers, als Staatsanwalt während des Faschismus Kommunisten und Sozialdemokraten anklagte (38), die dann gemeinsam Gefängnisse und KZ füllten, ist die Feststellung schon fast überflüssig, daß nur ein breites Bündnis von Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten der durch die "Berufsverbote" eingeleiteten autoritären Entwicklung entgegenwirken kann.

38 SPIEGEL Nr. 5/1972.

Rainer Lohse

Das Prager Manifest von 1934

Ein Beitrag zur Geschichte der SPD

Aus dem Inhalt: Vorgeschichte Die SPD geht in die Illegalität
Wie das Manifest zustande kam
Das Ringen um die Einheit der Nazigegner
Der Aufruf des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945
Wortlaut des offenen Briefes von Max Fechner an K. Schumacher
Quellen und Literaturhinweise

Der „Vorwärts" schrieb über dieses Manifest am 4. September 1963 in einem Artikel über Rudolf Hilferding: „Hier trat Hilferding noch einmal als Verfasser des Prager Programms der SPD hervor, das 1934 als Wendepunkt der Geschichte der Sozialdemokratie angesehen wurde, da es das einzige Revolutionsprogramm dieser Partei war und blieb."

75 Seiten **Preis: 2,95 DM**

W. Runge-Verlag, 2 HH 26 Fach 260546

Dokumentation

Vorwort

Im GMBI, vom 20. 9. 1950 wurde unter der Überschrift:

"Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung"

ein Beschluß der Bundesregierung vom 10. 9. 1950 veröffentlicht, der folgenden Wortlaut hatte:

Beschluß der Bundesregierung vom 19. Sept. 1950

Die Gegner der Bundesrepublik verstärken ihre Bemühungen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu untergraben. Jede Teilnahme an solchen Bestrebungen ist unvereinbar mit den Pflichten des öffentlichen Dienstes. Alle im unmittelbaren oder mittelbaren Bundesdienst stehenden Personen haben sich gemäß § 3 des vorläufigen Bundespersonalgesetzes durch ihr gesamtes Verhalten zur demokratischen Staatsordnung zu bekennen. Wer als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im Bundesdienst an Organisationen oder Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Staatsordnung teilnimmt, sich für sie betätigt oder sie sonst unterstützt, wer insbesondere im Auftrag oder im Sinne der auf Gewalthandlungen abzielenden Beschlüsse des 3. Parteitages der kommunistischen SED und des sogenannten "National-Kongresses" wirkt, macht sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig.

Zu den Organisationen, deren Unterstützung mit den Dienstpflichten unvereinbar sind, gehören insbesondere:

1. Die kommunistische Partei Deutschlands mit allen ihren Unterorganisationen,
2. die sozialdemokratische Aktion,
3. die Freie Deutsche Jugend (FDJ),
4. die Vereinigung der Sowjetfreunde,
5. die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjet-Union,
6. der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands,
7. der gesamtdeutsche Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft,
8. das Komitee der Kämpfer für den Frieden,
9. das Komitee der Jungen Friedenskämpfer,
10. die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN),
11. die Sozialistische Reichspartei,
12. die sogenannte "Schwarze Front" (Otto-Strasser-Bewegung),
13. die "Nationale Front" (Dachorganisation).

Die Bundesregierung ersucht die Dienstvorgesetzten, gegen Beamte, Angestellte und Arbeiter, die ihre Treuepflicht gegenüber der Bundesrepublik durch Teilnahme an solchen Organisationen oder Bestrebungen verletzen, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Gegen Schuldige ist unnachsichtlich die sofortige Entfernung aus dem Bundesdienst, und zwar bei Beamten auf Lebenszeit durch Einleitung eines förmlichen Dienststrafverfahrens unter gleichzeitiger vorläufiger Dienstenthebung und Gehaltseinbehaltung, bei Beamten auf Widerruf durch Widerruf, bei Angestellten und Arbeitern durch fristlose Kündigung herbeizuführen.

Die Bundesregierung empfiehlt den Landesregierungen, sofort entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Adenauer.

BESCHLUSS DER MINISTERPRÄSIDENTENKONFERENZ VOM 28. 1. 1972 ÜBER "GRUNDSÄTZE ZUR FRAGE DER VERFASSUNGSFEINDLICHEN KRÄFTE IM ÖFFENTLICHEN DIENST"

"Nach den Beamtengesetzen in Bund und Ländern darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt, sind Beamte verpflichtet, sich aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes für die Erhaltung dieser Grundordnung einzusetzen. Es handelt sich hierbei um zwingende Vorschriften. Jeder Einzelfall muß für sich geprüft und entschieden werden.

Von folgenden Grundsätzen ist dabei auszugehen:

Bewerber: Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt. Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen in der Regel eine Ablehnung des Anstellungsantrags.

Beamter: Erfüllt ein Beamter durch Handlungen oder wegen seiner Mitgliedschaft in einer Organisation verfassungsfeindlicher Zielsetzung die Anforderungen des Paragraphen 35 Beamtenrechtsrahmengesetz nicht, aufgrund derer er verpflichtet ist, sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten, so hat der Dienstherr aufgrund des jeweils ermittelten Sachverhaltes die gebotenen Konsequenzen zu ziehen und insbesondere zu prüfen, ob die Entfernung des Beamten aus dem Dienst anzustreben ist.

Für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst gelten entsprechend den jeweiligen tarifvertraglichen Bestimmungen dieselben Grundsätze."

BONNER BESCHLÜSSE

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DES BUNDESKANZLERS UND DER REGIERUNGSCHEFS DER BUNDESLÄNDER VOM 28. 1. 72

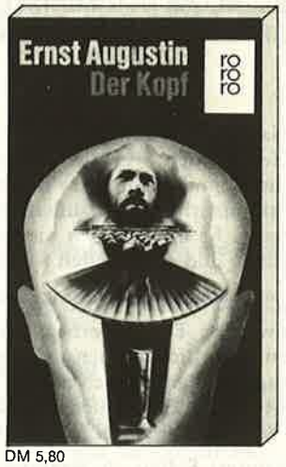
"Nach den Beamtengesetzen von Bund und Ländern und den für Angestellte und Arbeiter entsprechend geltenden Bestimmungen sind die Angehörigen des öffentlichen Dienstes verpflichtet, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes positiv zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten. Verfassungsfeindliche Bestrebungen stellen eine Verletzung dieser Verpflichtung dar.

Die Mitgliedschaft von Angehörigen des öffentlichen Dienstes in Parteien und Organisationen, die die verfassungsmäßige Ordnung bekämpfen – wie auch die sonstige Förderung solcher Parteien und Organisationen –, wird daher in aller Regel zu einem Loyalitätskonflikt führen. Führt das zu einem Pflichtverstoß, so ist im Einzelfall zu entscheiden, welche Maßnahmen der Dienstherr ergreift.

Die Einstellung in den öffentlichen Dienst setzt nach den genannten Bestimmungen voraus, daß der Bewerber die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt. Bestehen hieran begründete Zweifel, so rechtfertigen diese in der Regel eine Ablehnung."

DM 4,80

DM 4,80



DM 5,80

DM 4,80

DM 3,80

ro
ro
ro

Taschenbücher für kritische Leser

DM 3,80

DM 3,80

DM 5,80

Wissenschaft im Interesse des Kapitals oder der Arbeiterklasse

Zu einigen Problemen der "integrierten" Lehrerausbildung

I Wissenschaftlich-technische Revolution und die Veränderungen im Produktionsprozeß im Verhältnis zur Qualifikationsstruktur

Wenn die Wissenschaft früher geglaubt habe – so der ehemalige Bildungs- und Wissenschaftsminister Leussink auf einer Wahlveranstaltung der SPD in Marburg 1970 –, daß die mangelnde Begabung der Arbeiterkinder quasi biologisch-naturwüchsig bedingt sei, so müsse heute dieser Begabungsbegriff revidiert und das intellektuelle Potential breiterer Bevölkerungsschichten ausgeschöpft werden. – Am 27.1.72 ließ er sich unverrichteter Dinge vorzeitig von seinem Amte suspendieren.

Wohl mag zu dieser mindestens ein ganzes Jahrhundert verspäteten "wissenschaftlichen" Einsicht das bloße Faktum der erfolgreichen wissenschaftlichen und ökonomischen Entwicklung der sozialistischen Staaten – insbesondere der UdSSR und der DDR, deren wissenschaftliche Intelligenz inzwischen aus der großen Mehrheit der Arbeiterklasse gestellt wird, – erheblich beigetragen haben; und insofern ist diese Einsicht als Teil der gesamten aktuellen Bildungsreformdiskussion hierzulande zugleich Ausdruck der verstärkten Systemkonkurrenz, der sich die BRD ausgesetzt sieht – man beachte in diesem Zusammenhang die *optische* Übernahme von Bildungseinrichtungen des nach Organisation und Inhalten demokratischen Bildungssystems der DDR wie "Vorschulerziehung", "Kinderkrippen", "Ganztagsschule" usw. –, doch stößt jede echte Bildungsreform in unserem System auf objektive Schranken, die sowohl historisches Produkt als auch immanenter historischer und logischer Widerspruch desselben sind.

Zweitens stößt sie auf die Barrieren traditioneller bürgerlicher Wissenschaften in ihren verschiedenen – wissenschaftstheoretisch *prinzipiell* jedoch nicht divergierenden – Varianten selbst.

Bei gleichzeitiger Verschärfung der inneren Widersprüche im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution – durch die Bindung an die Verwertungsinteressen des Kapitals, durch die Erhöhung der "organischen Zusammensetzung des Kapitals" (1), d.h. die sich verändernde Wertzusammensetzung des Kapitals infolge des zunehmenden Teils technischer Investitionen und somit durch das Anwachsen vergegenständlichter Arbeit gegenüber lebendiger und den damit zusammenhängenden Restriktionen im Produktionsbereich und im Bereich der Wissenschaft, sowie durch die Zunahme der objektiven Verwertungsbedürfnisse des Gesamtkapitals im häufigen Widerspruch zu den Verwertungsinteressen des Einzelkapitals (2) – ist in zunehmendem Maße die Entwicklung der Wissenschaft Verschmelzungsprozeß mit der Produktion. Das gilt sowohl für die Integration der Wissen-

1 K. Marx: DAS KAPITAL, 3. Bd., MEW Bd. 25, S. 155 ff.

2 P. Hess: "Monopoltheorie u. Kapitalismuskritik"; in: ÖKONOMISCHE THEORIE POLITISCHE STRATEGIE UND GEWERKSCHAFTEN, Marxistische Taschenbücher, Frankf. 1971, S. 19 ff.

schaft in bestimmte Produktionsbereiche als auch für die Veränderung der objektiven Bedingungen des Charakters der Arbeit und somit der subjektiven Qualifikationen selbst, was jedoch nicht unbedingt eine Steigerung der gesamten Qualifikationsstruktur zur Folge haben muß; im Gegenteil, eine *allgemeine* Anhebung der Qualifikationsstruktur findet nicht statt.

Eine Analyse, die die objektiven Veränderungen in den verschiedenen Produktionsbereichen mit den notwendigen Umstrukturierungen von Tätigkeits- bzw. Qualifikationsmerkmalen in Verbindung setzen will mit den Erfordernissen nicht nur einer qualifizierten Ausbildung, sondern auch der gleichzeitigen Vermittlung von Wissen, das die objektiv gemeinsame Klassenlage von Proletariat und immer breiteren Schichten der Intelligenz zu erkennen in die Lage versetzt (3), sieht sich vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt.

Einmal verläuft die Einbeziehung der Wissenschaft in den gesellschaftlichen Verwertungsprozeß über die verschiedensten Vermittlungszusammenhänge in den einzelnen Produktionsbereichen sehr widersprüchlich und ungleichzeitig. Die These, daß durch fortschreitende Mechanisierung der Produktion und die implizierten Veränderungen der Arbeitsbeziehungen, insbesondere die für die Unterwerfung der Arbeit unter das Kapital typische Form der Spezialisierung und Segmentierung der Arbeit, sich eine allgemeine höhere Qualifikation und daraus ein neues "selbstbewußtes Arbeiterbewußtsein" (4) entwickle, ist inzwischen durch empirische Analysen widerlegt, obschon ihr nicht wenige Wissenschaftler anhängen. Sie resultiert aus einer Verabsolutierung der Technologie und einer Vernachlässigung des entscheidenden Gesichtspunktes der Herrschaftsstrukturen, die den Arbeits- und gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß bestimmen.

Wie insbesondere die Untersuchungen von Kern/Schumann, Steiner und Gronau (5) beweisen, "darf vor dem Hintergrund dieser Analyse des Vordringens der geistigen Arbeit in der Produktion und der angestiegenen Bedeutung der Wissenschaft nicht auf eine Verdrängung oder gar ein Verschwinden der körperlichen, weniger qualifizierten Arbeit geschlossen werden" (6). Statt eines generellen Qualifizierungsprozesses stellen die empirischen Untersuchungen "vielmehr übereinstimmend einen dominierenden Trend zur Entqualifizierung der Arbeit im Produktionssektor fest; ... es kann weder von einer gegenwärtigen noch von einer in absehbarer Zeit bevorstehenden generellen Qualifizierung der Industriearbeit die Rede sein. Die Entwicklung wird zunächst auf eine weitere Trennung zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeit hinauslaufen" (7).

---

3 Zur Frage der Klassendefinition siehe z.B.
K.H. Tjaden: "Zur Frage der Klassendefinition"; in: ÖKONOMISCHE THEORIE..." a.a.O., S. 148 - 152,
W. Gerns: "Arbeiterklasse und wissenschaftlich-technische Intelligenz", ebda., S. 152 - 157.

4 S. Mallet: LA NOUVELLE CLASSE OUVRIERE, Paris 1963.

5 M. Gronau: INTELLIGENZ UNTER MONOPOLHERRSCHAFT, DWI – FORSCHUNGSHEFTE, 4. Jg., 1969, H 3,
H. Kern, M. Schumann: INDUSTRIEARBEIT UND ARBEITERBEWUSSTSEIN, I/II, Frankfr., 1970,
H. Steiner: SOZIALE STRUKTURVERÄNDERUNGEN IM MODERNEN KAPITALISMUS, Berlin 1967,

6 F. Deppe, H. Lange, L. Peter: DIE NEUE ARBEITERKLASSE, EVA, Frankf. 1970, S. 61.

7 ebda., S. 80

Ähnliches gilt für bestimmte Büroarbeitsbereiche. Infolge einer permanenten Revolutionierung der Produktionstechniken und damit begrenzten Anwendungsmöglichkeiten von erworbenen Qualifikationen, die im allgemeinen sehr kurzfristig ausgerichtet sind, ergeben sich in der Arbeitssituation der technischen Intelligenz der unteren und mittleren Qualifikationsstufen sehr unstabile Entwicklungen. Und selbst im Bereich der Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsbüros zeigt sich eine Tendenz zur Entwertung von Qualifikationen, weil die Spezialisierung als Bedingung der Arbeitsproduktivität "ein Zurückbleiben der gegebenen Tätigkeit hinter den Erwartungen und Möglichkeiten, die an die erworbene Qualifikation geknüpft werden, impliziert" (8).

Hier findet sich im Prinzip nichts anderes bestätigt als die mit der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unter kapitalistischen Bedingungen von Marx analysierte und prognostizierte geschichtliche Dequalifizierung der Arbeit. Die Arbeitsteilung und Vereinseitigung werden auf die Spitze getrieben, jeglichen schöpferischen Gehalts wird die Arbeit beraubt, so daß

> "alle Methoden zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit in der kapitalistischen Form sich auf Kosten des individuellen Arbeiters vollziehen; daß alle Mittel zur Entwicklung der Produktion in Beherrschungs- und Exploitationsmittel des Produzenten umschlagen, daß sie den Arbeiter in einen Teilmenschen verstümmeln, ihn zum Anhängsel der Maschine entwürdigen, mit der Qual der Arbeit ihren Inhalt vernichten, ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses entfremden, im selben Maße, worin derselbe (der Arbeitsprozeß, K.H.) sich die Wissenschaft als selbständige Potenz einverleibt; (9)" und: "das Detailgeschick des individuellen, entleerten Maschinenarbeiters verschwindet als ein winzig Nebending vor der Wissenschaft, den ungeheueren Naturkräften und der gesellschaftlichen Massenarbeit, die im Maschinensystem verkörpert sind...."; (10)

und das trotz der historischen Tendenz zur Annäherung von geistiger und körperlicher Arbeit.
Den Anforderungen zur Verhinderung der Veraltung von Fachkenntnissen, der Entwertung der Berufserfahrung usw., wie sie für die Arbeitsbedingungen sowohl eines großen Teils der wissenschaftlich-technischen Intelligenz als auch der im Kern der Produktion Beschäftigten notwendig wären, entspricht in keiner Weise ihre Ausbildung. Zu einer qualifizierten Ausbildung gehört zunächst die Entwicklung der Fähigkeit zur ständigen Anpassung von Qualifikationen an die technologischen und restriktiven Veränderungen; solange dem nicht Rechnung getragen wird, unterliegt der Wert der Ware Arbeitskraft einem schnellen Entwertungsprozeß. Die Schlüsselbegriffe zum Verständnis der derzeitigen Bildungsreformdiskussion auf dem Hintergrund der realen wissenschaftlich-technischen Entwicklung sind daher *Anpassung, Mobilität, Disponibilität.* So unerläßlich diese Konditionierungen für die subjektiven Qualifikationen der Produzenten – und letztlich für die Entwicklung des gesamten technologischen Potentials – auch sind, läßt sich doch feststellen, daß es sich hierbei weitgehend um Forderungen der demokratischen Öffentlichkeit, nicht jedoch bereits um realisierte Programme handelt. Dennoch vermögen diese Forderungen als solche einer umfassenden und schöpferischen, demokratischen Ausbildung von Qualifikationen nicht gerecht zu werden (s. III).

Bevor ich auf die Diskussion im Bereich der Lehrerausbildung näher eingehe, darf ein weiterer Gesichtspunkt nicht vernachlässigt werden – er ist für eine realistische Einschätzung künftiger Bildungsreformen unerläßlich.

---

8 ebda., S. 85

9 K. Marx: DAS KAPITAL, I. Bd., MEW Bd. 23, S. 674

10 ebda., S. 446 f.

II Die Rolle des Staates

Man wird sich der ganzen Tragweite der heutigen Bildungsmisere und der begrenzten Möglichkeiten einer Veränderung wohl nur hinreichend bewußt, wenn die Probleme der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft im Rahmen der Rolle des Staates gesehen werden. Das Gros der Stellungnahmen zur Neuordnung der Lehrerausbildung in Hessen (11), soweit die Autoren die Bildungsdiskussion überhaupt auf der Basis einer realen gesellschaftlichen Analyse führen, tendiert dazu, den Staat als einen lediglich administrativen Regulator, als ein Instrument zu charakterisieren, das von den Monopolen zur Einwirkung auf die gesamten wirtschaftlichen Erfordernisse benutzt wird. So schreibt z.B. die Lehrerprojektgruppe Marburg/Darmstadt, nachdem sie zwar richtig erkannt hat, daß "vielmehr staatliche Planung den partikularen Interessen privater Monopole (unterliegt)", weiter: "im Bildungswesen kollidiert das kurzfristige Interesse nach Kostensenkung mit dem längerfristigen nach 'Bildungsvorlauf'. Der Staat als *Vermittler* (Hervhbg. v. K.H.) dieser Interessen reproduziert diesen Widerspruch in der Bildungspolitik.." (12) Hier steht der Staat *neben* den Monopolen und *neben* dem Monopolisierungsprozeß. Natürlich ist das Einzelkapital jeweils nur an seiner unmittelbaren Verwertung interessiert und der Einsatz längerfristiger Forschungsinteressen staatliche Aufgabe. Aber hier wird das Problem übersehen, das darin besteht, daß der Staat selbst heute zum organischen Funktionsmechanismus des kapitalistischen Systems gehört. *Er selbst* ist zum unmittelbaren Ausbildungs- und Monopolisierungsfaktor geworden, dessen wirtschaftliche und bildungspolitische Tätigkeit mit der der privaten Monopole verschmolzen ist.

> "Diese Gruppe (die Trusts, Syndikate und Kartelle, K.H.) entwickelte die Grundlagen für die Verstaatlichung der kapitalistischen Produktion, für die Vereinigung der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates zu einem einzigen Mechanismus, der viele Millionen Menschen in einer einzigen Organisation des Staatskapitalismus erfaßt" (13).

Die Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates ist zur objektiven Bedingung der Reproduktion des Produktionsverhältnisses geworden; und zwar aus den objektiven, immanenten Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Produktionsverhältnisse heraus, wonach der staatsmonopolistische Kapitalismus die historische und logische Fortentwicklung der privaten Monopolisierung zur staatlichen darstellt. Der *Staat* selbst mobilisiert in monopolistischer Form Kapital und wendet es auch im Interesse der Verwertung des monopolistischen Kapitals an. Hätten die genannten Autoren eine historische Analyse der Verschmelzung von Monopolen und Staat in der BRD ihrer Arbeit zugrundegelegt, so bliebe die Überschätzung der Subjektivität des Staates ausgeschlossen und die *relative* Selbständigkeit des Staates wäre konkreter in den Griff zu bekommen.

Eine Analyse des Aufgabenbereiches und der Intentionen des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft - aufs engste verbunden mit den Experten verschiedener Konzerne – hätte die Konzentration der Forschung für Gebiete, die den ökonomischen, politischen und vor allem militärischen Interessen des Monopolkapitals am meisten entsprechen, vor Augen geführt sowie die sich anbahnende Ausweglosigkeit der Politik "innerer Reformen" der sozialdemokratischen Regierung aufgezeigt. Und bei der Einschätzung der Möglichkeiten der Regierungskoalition, die sich ja auch hinsichtlich der Bildungspolitik als Reformkoalition verstand, ist durchaus der Schlußfolgerung von Prof. Klönne zuzustimmen, daß die führenden Kapital- und Industriegruppen infolge ihrer direkten Verfilzung mit dem Staatsapparat und ihrer gegenüber jeder "parlamentarischen Majorität" "höheren Souveränität" jetzt eine Strategie verfolgen, "die auf den vorläufigen Stop aller weitergreifenden Ausbaupläne des Bildungswesens abzielt", und zwar nicht zuletzt auch deshalb, weil "in keinem Fall die Interessen einer kapitalistisch organisierten Wirtschaft eine Reform des Bildungswesens (gestatten), die die innere Logik eben dieses Kapitalismus gefährden oder irritieren könnte" – im Widerspruch "zur notwendigen Erweiterung des wissenschaftlich-technologischen Potentials". (14) Immerhin steht auch der westdeutschen wissenschaftlichen Intelligenz mit großer Wahrscheinlichkeit als Perspektive die amerikanische Realität von Tausenden von Arbeitslosen der Intelligenz bevor.

11 STELLUNGNAHMEN ZUM DISKUSSIONSENTWURF ZUR NEUORDNUNG DER LEHRERAUSBILDUNG; hrsgb., vom Hess. Kultusminister, Sonderdruck 3 S, 71

12 ebda., S. 27.

13 Lenin: KRIEG UND REVOLUTION, WERKE, Bd. 24, S. 401.

III Das Verhältnis von Wissenschaft und Berufspraxis in der Reformdiskussion

So unerläßlich die bildungsökonomische Einschätzung für die Chancen einer Demokratisierung der Lehrerausbildung auch ist, kann sie dennoch nur den *allgemeinen* Rahmen für die Forderung notwendiger Ausbildungsinhalte stellen. Die Qualifikationen selbst – sowohl hinsichtlich der im Studium zu erwerbenden Fähigkeiten und Kenntnisse als auch der in den Ausbildungsinstitutionen zu vermittelnden – können jedoch nur durch das Verhältnis von Fachwissenschaften und Erfordernissen der Berufsfelder bestimmt werden.

Die Entwicklung und Systematisierung konkreter einzelwissenschaftlicher Inhalte für die integrierte Lehrerausbildung z.B. sucht man allerdings auch in der studentischen Diskussion der meisten Fachbereiche vergeblich. Mir scheint, dieser entscheidende Mangel beruht auf einigen Mißverständnissen, die aus der in einzelnen Fachbereichen vorschnellen und wissenschaftlich unabgeleiteten Hinwendung in der Studienreformdiskussion auf die Berufsorientierung des Studiums resultieren. Hier soll keineswegs bestritten werden, daß die inzwischen auch von traditionell konservativen philologischen Fachbereichskreisen zumindest verbal übernommene Forderung nach einer berufsqualifizierenden Ausbildung legitim und notwendig ist – der "Theorie-Praxis"-Jargon ist bereits auch jedem Indogermanisten geläufig, wenn er sich auch weiterhin gegen eine "Funktionalisierung" seiner Wissenschaft sträubt – und es kann auch keinesfalls geleugnet werden, daß die durch die Berufsorientierung fruchtbaren Impulse die isolationistische Systematik einzelner Fachwissenschaften aufzubrechen vermag – immerhin waren es zunächst die Pädagogen, von denen die Anstöße zu einer ansatzweisen interdisziplinären Forschungstätigkeit ausgegangen sind.

Aber schon die Tatsache, daß ausnahmslos alle Stellungnahmen zum ministeriellen Diskussionsentwurf zur Neuordnung der Lehrerausbildung in Hessen sowohl untereinander als auch mit den Vorstellungen, wie sie z.B. in den Projekten der Gesamthochschule zum Ausdruck kommen – soweit überhaupt konkretere und detailliertere Modelle von seiten der Kultusministerien vorliegen – sogar in ihren Formulierungen, die vor Begriffen wie "kritischer Reflexionszusammenhang", "emanzipatorisches Interesse", "demokratische Erziehung" usw. strotzen, weitgehend übereinstimmen, wobei die Ausgangsbasis konkreter einzelwissenschaftlicher Konzeptionen für eine integrierte Lehrerausbildung fehlt, muß bedenklich stimmen.

14 A. Klönne: "Die Misere der Bildungsreform"; in: DIE TAT, Nr. 5, 29. Jg., 1972, S. 3

So heißt es bspw. im Strukturplan für das Bildungswesen (15), die Problematik des Verhältnisses von Fachwissenschaft und Berufspraxis betreffend: ..."Bestandteile der Ausbildung für alle künftigen Lehrer sind die Beobachtung und Analyse der Schulwirklichkeit während der Ausbildung und eigene Unterrichtsversuche auf der Basis der jeweils gewonnenen Einsichten. Nur dadurch kann Theorie wirklich begriffen und Praxis kritisch verstanden und auf Verbesserungsmöglichkeiten hin überprüft werden. Eine solche Verbindung von Theorie und Praxis wird auch in anderen vergleichbaren Studiengängen gefordert..."

Der Dualismus von Theorie und Praxis traditioneller bürgerlicher Wissenschaften soll durch die "Antizipation" und die "Unmittelbarkeit" der Berufspraxis überwunden werden. Hier wird erstens suggeriert, daß die Systematiken der Fachwissenschaften ohne weiteres für die Unterrichtspraxis funktionabel gemacht werden könnten und zweitens, daß die konkreten Erfahrungen der Berufspraxis tatsächlich in ihren wirklichen Ursachen und Bestimmungen allein durch die Praxis selbst und die wechselseitige Ausrichtung auf die Fachwissenschaften die richtigen Einsichten vermittle, wobei weitgehend die Erfordernisse des Berufsfeldes selbst die Relevanz der verschiedenen Wissenschaften auszuweisen hat. Und auf der gleichen Ebene heißt es bei D. Otten:

> "Das Integrierende der Wissenschaften ist die praktische Erkundungsaufgabe der Projekte. Daher stiftet die Projektarbeit ein Verhältnis zwischen Theorie und Praxis, das die Theorie zur Funktion praktischer Erfordernisse macht" (16).

Und beim Studium des "Bremer Modells zur Lehrerausbildung" gewinnt man den Eindruck, als "geraten leichter als vordem die objektiven Probleme der Gesellschaft in den Blick, die selbst der wissenschaftlichen Analyse unterzogen werden müssen, um ihre rationale Lösung zu erleichtern", als könne leichter als bisher "der falsche Schein wissenschaftlicher Autonomie durchschaut werden", wenn die Berufspraxis den "Verwendungszusammenhang", innerhalb dessen die Arbeit des Wissenschaftlers geschieht, "direkter vor Augen führt" (17).

Die Verabsolutierung scheinbar unmittelbarer Erfahrungen der Berufspraxis birgt die Gefahr eines Technizismus in sich. Den anfangs aufgezeigten Veränderungen bzgl. der Qualifizierung der Arbeitskraft für die sich ständig verändernde Struktur der Arbeitsplätze im Zuge der technischen Entwicklung und ihrer Restriktionen wird entsprochen durch die Ausbildung "subjektiver Disposition zur Mobilität. Kooperationsfähigkeit, rationales Problemlösungsverhalten, praxisbezogenes Denken...." (18), ohne daß die konkreten Inhalte dieser Begriffe angedeutet würden. Gleichzeitig von den gesellschaftlichen Verwertungsprozessen des Kapitals abstrahierend, unterstellend als sei die Verhinderung der Dequalifikation der Arbeitskraft in die subjektive Willkür des Arbeitenden gelegt, heißt es weiter: "In diesen Umschreibungen (s.o., K.H.) sind diejenigen extra-funktionalen Fähigkeiten angesprochen, die der wissenschaftliche Arbeiter erwerben muß, um der Dequalifikation seiner Arbeitskraft entgegenwirken zu können" (19). Natürlich gehören jene Konditionierungen zur umfassenden qualifizierenden Ausbildung, aber *als solche* taugen sie lediglich zum besseren und reibungsloseren Verkauf der Ware Arbeitskraft, und eine

15 "Strukturplan für das Bildungswesen"; in: VDS-INFO 4, Junk 71, S. 31.

16 D. Otten: "Sechs Thesen zum Thema Projektstudium in der Lehrerausbildung"; in: VDS-INFO 3, Juni 71, S. 23 - 28.

17 "Zum Projektstudium an der Bremer Universität"; in: VDS-INFO 3, Juni 71, S. 63.

18 ebda., S. 62

19 ebda., S. 62

solche Ausbildung kommt gerade den staatlichen und ministeriellen Intentionen auch integrierter Gesamtschulausbildung entgegen.

Die Problematik der Überwindung der Kluft zwischen Studium und Praxis bzw. Wissenschaft und Praxis – wobei häufig übersehen wird, daß Wissenschaft selbst eine besondere Praxis darstellt, jede bürgerliche Wissenschaft bisher stets ihre gesellschaftliche und historische Funktion hatte, sei es auch in noch so irrational-ideologischer Konditionierung – diese Problematik zieht sich durch die gesamte Bildungsreformdiskussion hindurch. Sie spiegelt sich wider vor allem in der Integrationskonzeption von Fachwissenschaften und Didaktik und in der Ausrichtung der Wissenschaften an die "Gegenstände" der Unterrichtspraxis; dabei gehen die Vorstellungen von einer additiven, synthetischen bis integrierten Konzeption der Wissenschaften auseinander. Während Wissenschaftler wie der Frankfurter Soziologe Oevermann sich gegen die Integration von Fachwissenschaft und Didaktik aussprechen, weil "Kritik als Aufklärung durch Diffusion sozialwissenschaftlich-kategorial kontrollierter Deutungsmodelle der Realität" – wohlgemerkt, der Deutungsmodelle, nicht etwa der Realität – und "Kritik als Realisierung emanzipatorischer Bildungsprozesse durch die Bereitstellung und Durchsetzung fundierter Strukturmodelle von Bildungsinstitutionen" (20) nicht zu vermengen seien, wogegen Ch. Strohbach mit recht polemisiert, allerdings zu dem unhaltbaren Schluß gelangt, daß es keine Autonomie der Fachwissenschaften gegenüber der Berufsdidaktik geben könne (21), formulieren die 'Bremer Autoren' die Eigenständigkeit der Fachsystematik, von der nur Teilbereiche bei die Integration je nach den Aufgaben der Lehrerpraxis heranzuziehen seien (22).

IV Die Problematik des Verhältnisses von Fachsystematik und Unterrichtsprojekten

Wie ist es aber um diese Fachwissenschaften bestellt? Lassen sich etwa für die Erweiterung der kognitiven und sprachlichen Fähigkeiten der Schüler – damit für die Erarbeitung von in der Lehrerausbildung im Bereich Sprachwissenschaften zu vermittelnden Kenntnissen – jene Systeme idealistischer Wissenschaften heranziehen, wie sie auch heute noch im Schul- und Hochschulbereich am stärksten vertreten sind, wie bspw. die Konzeptionen eines L. Weisgerber, der wenige Tage vor Stalingrad in seiner 'Festrede zur Feier der Reichsgründung und der nationalen Erhebung am 30.1.1943' allein *aufgrund seiner wissenschaftlichen Position* des objektiven Idealismus die deutsche Jugend zum Völker- und Selbstmord anheizte:

> "Wenn schon die deutsche Haltung zur Sprache auch in die Entscheidungen unserer Tage eingegangen ist, dann müssen wir wissen, daß zwei Dinge wesentlich davon abhängen: die geistige Geschlossenheit des deutschen Volkes und die weltweite Wirkung des deutschen Geistes. An jedem von uns ist es, sein Handeln danach zu gestalten. Der Weg ist der der täglichen Bewährung in scheinbar kleinen Dingen. Das Ziel aber ist dasselbe, das uns bei dem Gedanken an den 18.1.1871 und den 30.1.1933 immer leuchtender vor Augen tritt und das die Quelle unserer sieghaften Kraft im jetzigen Entscheidungskampfe ist: das ewige Volk und Reich der Deutschen" (23)

20 Ch. Strohbach: "Probleme der Integration der Abteilung für Erziehungswissenschaften"; in: ebda., S. 114

21 ebda., S. 114.

22 "Zum Projektstudium an der Uni Bremen"; in: VDS-INFO 3, S. 67 ff.

23 L. Weisgerber: "Die Haltung der Deutschen zu ihrer Sprache", in: ZFDW, 1943, 1

und der heute *ungebrochen auf der Basis derselben wissenschaftlichen Position* die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten fordert (24)?

Friedrich Engels hat die ideologische Position solcher Wissenschaftler im Anti-Dühring prinzipiell charakterisiert (25), die darin besteht, daß jene Wissenschaftler reale Gegenstände und Sachverhalte nicht aus den Gegenständen und realen Prozessen ableiten, sondern aus den Begriffen derselben, wie sie in der bürgerlichen Wissenschaft entwickelt und überliefert vorliegen, die Vorstellungen in den Begriffen mit der Realität identifizierend. Ein Paradebeispiel solcher Methodik ist die Charakterisierung der Sprachentwicklung in der DDR von einigen westdeutschen Wissenschaftlern – zu verstehen auf dem Hintergrund der Verstärkung und Verfeinerung der ideologischen Diversion in der BRD – die in Ermangelung jeglicher realen Kenntnisse der historischen Entwicklung der DDR in mechanischer Übertragung eigener ideologischer Vorstellungen die primitivsten Formen des Antikommunismus in die Ausbildungsstätten hineintragen (26).

Wo gäbe es in der BRD etwa einen Sprachwissenschaftler, der nicht der idealistischen Selbsttäuschung unterläge, daß die deutsche Sprache ein in sich geschlossenes, eigenständiges und somit ahistorisches System darstelle, dessen Struktur es zu analysieren gelte, einer Selbsttäuschung, wie sie Marx als Methode der spekulativen Konstruktion so anschaulich dargestellt hat (27)?

Und in den für die Lehrerausbildung besonders relevanten Bereichen der Soziolinguistik und Sprachdidaktik? Die Ausgeburt des modernen bürgerlichen Idealismus, verwandt dem logischen Positivismus, der die Abstraktionsebene traditioneller bürgerlicher Wissenschaften lediglich *verschiebt,* die transformationelle Linguistik, die die Leistungsfähigkeit linguistischer Regeln, die der umgangssprachlichen Kommunikation zugrundeliegen sollen, jedoch aus der formalistischen Theorie abgeleitet sind, erst nachträglich an sog. Erfahrungssätzen überprüft, vermag ihre Tauglichkeit zur Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten in der Unterrichtspraxis nicht unter Beweis zu stellen. 'Pattern drill', das Einpauken abstrakter syntaktischer Beziehungen führt schon aufgrund der Tatsache, daß derartige Praktiken allein dem Wahrnehmungsbegriff der Schüler widersprechen, zu keinem Erfolg (28).

Die soziologische Theorie des "Handelns", wie sie innerhalb der bürgerlichen Soziologie sich mehr und mehr durchsetzt – dies nicht zuletzt durch die praktischen Bedürfnisse der Arbeitsbeziehungen – untersucht, wie menschliches Handeln den funktionalen und kooperativen Erfordernissen bestimmter "sozialer Systeme" gemäß ist. Das "Rollen" ausübende Individuum – in der Lehrerausbildungsdiskussion das "Rollenverhältnis" von Lehrer und Schüler – wird analysiert innerhalb eines Mechanismus von Handlungsmustern, die das Handeln systemgerecht steuern und das "Funktionieren" des Systems

24 L. Weisgerber: DIE GESCHICHTLICHE KRAFT DER DEUTSCHEN SPRACHE, 2. Aufl. 1959, S. 273 ff.

25 F. Engels: HERRN E. DÜHRINGS UMWÄLZUNG DER WISSENSCHAFT; MEW 20, S. 89.

26 z.B.: DAS AUELER PROTOKOLL; Deutsche Sprache im Spannungsfeld zwischen West u. Ost; Schwann 1963, hersgb. v. H. Moser.

27 K. Marx: DIE HEILIGE FAMILIE, MEW Bd. 2, S. 63 ff.

28 E. Steuber: "Waldkircher Schulversuch"; in: S. Jäger: "Theoretische u. praktische Projekte zur kompensatorischen Erziehung in der BRD"; in: MUTTERSPRACHE, 1971, Jg. 81.

ermöglichen, auf der Basis ahistorischer, strukturell-funktionaler Sozialanalyse (29).

Der Lehrer, der die kognitiven und sprachlichen Fähigkeiten der Schüler erweitern will, muß erstens die komplexen Zusammenhänge von Sprach- und Denkentwicklung kennen, er muß zweitens empirische Kenntnisse über die Sozialisationsprozesse der Individuen besitzen, über ihre Erfahrungen und Bewußtseinsvorstellungen, weil Erkenntnisschritte nur auf konkrete Bewußtseinsvermögen aufgebaut werden können. Stattdessen werden "idealisierte Modelle" entwickelt, die die in der "Annahme eines kollektiven Subjekts sprachlichen Lernens implizit gesetzte Möglichkeit einer Identität von Sozialität und Subjektivität theoretisch explizieren; wir brauchen daher ein idealisiertes Modell der Entwicklung des sprachlichen Denkens, das seine bipolare Verankerung in der Entwicklung der Triebstruktur und in den objektiven Strukturen der sprachlich vermittelten Interaktion expliziert" (30). Handlung, Interaktion, Situationismus, Modelle treten *an die Stelle* der Ausgangsbasis objektiver, real-historischer Prozesse der Sozialisation; das ist bürgerlich-idealistische Sozialisationstheorie in sprachlich verschleierter Potenz.

Wie sollen die unterrichtspraktischen Aufgaben gelöst werden von einer Wissenschaft, die sich sowohl hinsichtlich ihrer Untersuchungsgegenstände als auch ihrer Methoden in isolationistische Bereiche eingegrenzt hat, wie z.B. die Sprachwissenschaft? Bedarf es für die Berufspraxis selbst wie auch für die Unterrichtspraxis nicht ebenfalls einer realen Wissenschaft, die die relevanten Probleme und "Gegenstände" des Unterrichts bestimmt? – Die Kluft zwischen Theorie und Praxis – so liest und hört man es immer wieder – wird überbrückt durch die Ausrichtung der Wissenschaft auf die Berufspraxis.

V Praxis als wissenschaftliche Kategorie

Hier – so scheint mir – wird ein allzu engstirniger Begriff von Praxis vertreten. Praxis – das ist nicht nur die konkrete Berufspraxis, die zum Zwecke der Ausbildung von Lehrern "erkundet" und ins Studium einbezogen werden muß, sondern Praxis ist in den marxistischen Wissenschaften eine *zentrale wissenschaftliche Kategorie.*

Als wissenschaftliche Kategorie – zum ersten Mal von Marx in der Deutschen Ideologie nach der Abrechnung mit dem "ehemals philosophischen Gewissen" (31) so aufgefaßt – impliziert sie den Prozeß der Selbsterzeugung des Menschen durch die materielle Produktion als wichtigsten Bestandteil gesellschaftlicher Praxis; der Ausgangspunkt der Praxis ist danach nicht mehr die Idee, sondern alle Ideenformationen sind aus der materiellen Praxis zu erklären. Damit beinhaltet sie zweitens, daß der "Gesichtspunkt des Lebens der erste und grundlegendste Gesichtspunkt der Erkenntnistheorie sein (muß). Und der *führt unvermeidlich zum Materialismus*" (32) (Hervhbg. v. K.H.). Von dem in den realen Lebensprozeß eingebetteten dialektischen Verhältnis von Materie und Bewußtsein abstrahierend, gelangt die Grundfrage aller Wissenschaften zu dem fundamentalen Primat der Materie. Allein sich auf das Kriterium der Praxis zu berufen, besagt noch nicht, wie man es interpretiert, ob im subjektiven oder objektiven Sinn. Doch "freilich ist auch der Gegensatz zwischen Materie und Bewußtsein nur innerhalb sehr beschränkter Grenzen von absoluter Bedeutung: im gegebenen Fall (Erkenntnistheorie gegenüber der Entwick-

29 G. Domin: "Differenzierungen und Gleichschaltung im bürgerlichen Wissenschaftsverständnis der Gegenwart"; in: DZFPH, 1971, 11, S. 134.

30 J. Rossbroich: "Probleme einer kritischen Theorie und Praxis der Spracherziehung"; in: ÄSTHETIK UND KOMMUNIKATION, Jg. 2, H 4, S. 23, 1971.

31 K. Marx: DIE DEUTSCHE IDEOLOGIE, MEW Bd. 3, S. 42 - 45 ff.

32 Lenin: MATERIALISMUS UND EMPIRIOKRITIZISMUS; WERKE, Bd. 14, S. 143.

lung der Dialektik des Seins selbst, K.H.) ausschließlich in den Grenzen der erkenntnistheoretischen Grundfrage, was als primär und was als sekundär anzuerkennen ist. Außerhalb dieser Grenzen ist die Relativität dieser Entgegensetzung unbestreitbar." (33) Und: "außerhalb dieser Grenzen mit der Gegensätzlichkeit von Materie und Geist, von Physischem und Psychischem als mit einer absoluten Gegensätzlichkeit zu operieren, wäre ein gewaltiger Fehler" (34).

Die Praxis als zentrale Kategorie einer materialistischen Wissenschaft ermöglicht erst die Klärung des Verhältnisses von Produktionspraxis und proletarischem Klassenkampf; sie enthüllt gleichzeitig das Wesen des Staates, und von ihr aus hat Marx das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft erörtert sowie den Bewußtseinsbegriff gefaßt. Es muß davon ausgegangen werden, daß die Menschen die Produzenten ihrer Ideen, Vorstellungen, Gedanken sind, und zwar "die wirklichen, wirkenden Menschen, wie sie bedingt sind durch eine bestimmte Entwicklung ihrer Produktivkräfte und des denselben entsprechenden Verkehrs" (35).

Die Kategorie der Praxis bildet die materialistische Grundlage, aus der Marx das ganze System der Begriffsbildung abgeleitet hat. Und nur auf der Basis des dialektischen Materialismus war es möglich, die emanzipatorische Rolle des Proletariats im objektiven historischen Prozeß der Geschichte zu erkennen. Jede Wissenschaft muß ihre Begriffe und Kategorien begreifen als *theoretische Ausdrücke realer Prozesse und Sachverhalte,* sie muß die Praxis als Grundkategorie des dialektischen Materialismus zum Ausgangspunkt haben.

VI Die materialistische Fundierung einer Einzelwissenschaft im Verhältnis zur Berufspraxis an einem Beispiel

Zum Beispiel steht im Mittelpunkt der für den Deutschunterricht besonders relevanten Disziplinen der Soziolinguistik und Sprachdidaktik die Aufgabe der Erweiterung der kognitiven und sprachlichen Fähigkeiten, damit auch nach der geistigen Emanzipation des Individuums, allerdings – und das kann man in den meisten Forschungsarbeiten jener Richtungen feststellen – eines bestimmten Individuums, nämlich des Individuums schlechthin, d.h. eines unbestimmten Individuums. Und im nachhinein stellt sich dann bei jenen Wissenschaftlern heraus, daß man mit der Emanzipation dieses bestimmten unbestimmten Individuums schlechthin niemand sonst als das bürgerliche meinte. Das liegt natürlich primär an der abstrakt-theoretischen bzw. idealistischen Prämisse solcher wissenschaftlichen Positionen.
Demgegenüber kommt es vor allem darauf an, daß vor der Analyse der Sprach- und Bewußtseinsentwicklung die Analyse der objektiven äußeren Bedingungen der konkreten Entwicklung konkreter Individuen vorhergehen muß, damit

1. die realen Ursachen aufzeigbar werden, nämlich die ökonomisch - gesellschaftlichen Bedingungen der konkreten Entwicklung der Arbeiterkinder – damit die Grenzen "geistiger Emanzipation" im Kapitalismus,
2. die realen Faktoren im Prozeß der Sozialisation selbst,
3. das individuelle Bewußtsein der Arbeiterkinder erkannt werden kann als gesellschaftlich, d.h. vor allem auch klassenabhängig vermitteltes – wobei die Vermittlung nicht verabsolutiert werden darf – und damit erst individuelles Bewußtsein in seinen konkreten qualitativen Bestimmungen vom unterschiedlichen gesellschaftlichen Bewußtsein bestimmt werden kann,
4. damit erst wird es möglich, inhaltlich genau den Zusammenhang zwischen *qualitativen inhaltlichen Bewußtseinsvorstellungen* einerseits und *Sprachstruktur* andererseits zu bestimmen.

33 ebda.

34 ebda., S. 244.

35 K. Marx: DIE DEUTSCHE IDEOLOGIE, a.a.O., S. 26.

Es gibt nicht wenige Wissenschaftler und auch Nicht-Wissenschaftler, die behaupten, weil ein Arbeiter einfache Sätze bildet, könne er nicht richtig und abstrakt denken. Eine konkrete inhaltliche Analyse dagegen würde zeigen: der Proletarier, der sich konsequent für die friedliche Koexistenzpolitik einsetzt, der wirkliche Mitbestimmung fordert, der seine Arbeit niederlegt, wenn es darum geht, gegen Lohnraub zu streiken – und wenn er es in den scheinbar noch so restringierten sprachlichen Formen ausdrückt – befindet sich auf einer höheren Stufe gesellschaftlicher Erkenntnis als jeder ausgewiesene Professor, der in den verschachtelsten und differenziertesten Sätzen seine diffizilen konvergenztheoretischen Positionen vertritt. Um Mißverständnissen vorzubeugen: das widerspricht nicht der Notwendigkeit der Vermittlung wissenschaftlicher Kategorien in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und insbesondere der theoretischen Arbeit der Parteischulung; worauf Lenin stets mit allem Nachdruck verwiesen hat.

Aber zu dieser mechanisch-abstrakt-idealistischen Gleichsetzung von Sprachstruktur und Bewußtseinsvermögen kommt man natürlich nur, wenn man vergißt – und das ist auch bei bürgerlichen industriesoziologischen Untersuchungen zum Arbeiterbewußtsein der Fall –, daß die Kategorien der Analyse primär empirische sein müssen. Erst die *empirischen Kenntnisse realer Sozialisationsprozesse auf der Basis der dialektisch-materialistischen Theorie* der Sprach- und Bewußtseinsentwicklung ermöglichen konkrete Ableitungen über konkrete Aufgaben der Sprachdidaktik, konkrete Möglichkeiten der Erweiterung der kognitiven und sprachlichen Fähigkeiten der Arbeiterkinder und damit auch erst konkrete Möglichkeiten zur geistigen Emanzipation des Individuums, und auch des bürgerlichen von seinen spezifischen Ideologien. Weil eben die Bedingungen und Prämissen einer marxistischen Wissenschaft historische und objektive sind, weil die marxistische Wissenschaft aufgrund ihrer realen Analysen die historischen und gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten zu bestimmen in der Lage ist, weil sie zweitens die Kriterien dafür zu liefern vermag, nämlich für die Einschätzung der eigenen ökonomischen und politischen Position der Klasse selbst, weil sie drittens damit konkrete Vermittlungsschritte in Richtung auf die Emanzipation der Arbeiterklasse aufzuzeigen vermag, deshalb ist sie die *Wissenschaft der Arbeiterklasse.* Jede Einzelwissenschaft kann nur so mittels realer Analysen in den Dienst der Emanzipation der Arbeiterklasse und dadurch überhaupt erst der gesellschaftlichen Emanzipation gestellt werden. Die pseudo-marxistischen Analysen Marcusescher Prägung kamen aufgrund einer *oberflächlichen, spontanen* Betrachtungsweise bei der Analyse des bloß individuell-psychologischen, *bloß* empirischen Bewußtseins der Arbeiterklasse zu der absurden Idee der totalen Integration der Arbeiterklasse in der BRD und von daher zur "revolutionären Avantgardefunktion" der Intelligenz. Marx hat den Begriff des Proletariats jedoch keineswegs als einen bloßen Begriff der Empirie bezeichnet, sondern auf der Basis des dialektischen und historischen Materialismus:

> "Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen *vorstellt.* Es handelt sich darum, *was es ist,* und was es diesem *Sein* gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird. Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist in seiner eigenen Lebenssituation wie in der ganzen

Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig unwiderruflich vorgezeichnet" (36) (Hervhbg. v. K.H.).

Auf dieser Basis läßt sich erst das Verhältnis der Klasse des Proletariats als der bewegenden Kraft der Geschichte zu der Notwendigkeit der Aneignung des Wissens um die realen historischen Gesetzmäßigkeiten bestimmen, weshalb Lenin allem Einfluß der Spontaneität auf die Arbeiterklasse den scharfen Kampf angesagt hatte.

Wir sehen hier an dem Beispiel der Soziolinguistik und der Sprachdidaktik, was *Integration* der Wissenschaften für die Lehrerausbildung heißt. Sie bedeutet nicht: bloße Kooperation von Soziologen, Pädagogen, Linguisten, Psychologen. Sie fordert die Hereinnahme der wissenschaftlichen Erkenntnisse verschiedener Wissenschaften in die Einzelwissenschaften, damit die Aufhebung der Isolation der Wissenschaften sowohl im Hinblick auf die isolationistische Systematik der Einzelwissenschaft als auch bzgl. der Ausrichtung auf die Erfordernisse der Lehrerausbildung, was jedoch nicht heißen kann: Auflösung der Eigenständigkeit marxistischer Einzelwissenschaft. Ein Sprachlehrer für den Deutschunterricht muß daher mindestens verfügen über Kenntnisse:

1. des dialektischen und historischen Materialismus
2. realsoziologischer Analysen
3. empirisch-soziologischer Sozialisationsprozesse
4. linguistischer Kategoriensysteme
5. pädagogischer und psychologischer Analysen.

VII Die Forderung einer umfassenden und demokratischen Ausbildung

Erst die Systematik einer materialistisch fundierten Einzelwissenschaft läßt die Ableitung konkreter emanzipatorischer Aufgaben der Berufspraxis zu. Und erst auf der Basis der *einzelwissenschaftlichen Ableitung* lassen sich konkrete Projekte, wie sie durch die Unterrichtspraxis gegeben sind, bestimmen. Nicht die bloße Ausrichtung der Fachsystematik auf die Berufspraxis läßt Wissenschaft zu einer "emanzipatorischen", "kritischen", "den gesellschaftlichen Bedingungszusammenhang reflektierenden" werden, sondern der Dualismus von Theorie und Praxis – a priorisches Merkmal bürgerlicher Wissenschaften – ist nur überwindbar durch eine Theorie, deren Grundkategorie die materialistische Kategorie der Praxis selbst ist. In dieser Art von Integration der Wissenschaften liegt die eigentliche Chance einer demokratischen berufsbezogenen Ausbildung.

Und es ist demnach nicht verwunderlich, daß das noch im Bildungsbericht der Bundesregierung 1970 geforderte Projekt der *Integrierten* Gesamthochschule de facto fallengelassen ist.

Und wo besteht etwa an der Kasseler Gesamthochschule die organisatorische und personelle Bedingung einer solchen Ausbildung? Im Gegenteil, wenn es eines weiteren Beweises für die intendierten Inhalte derzeitiger "Bildungsreformmaßnahmen" auch sozialdemokratisch geführter Landesregierungen gibt, so ist es gerade die Tatsache, daß Wissenschaftler, die eine derartige Ausbildung in sich verkörpern – indem sie über soziologische, pädagogische, linguistische Fähigkeiten verfügen – trotz des energischen Protests der Berufungskommissionen und verschiedener Gewerkschaftsorganisationen nicht für die Lehrerausbildung berufen werden, wie Dr. Meyer-Ingwersen in Kassel. Der bisher noch wenig bekannte Berufungsskandal im Fachbereich Politik/Soziologie ebenfalls an der Gesamthochschule Kassel – wo von den geschaffenen Hochschullehrerstellen noch nicht einmal die Hälfte durch Berufungen besetzt worden ist, von den Nicht-Berufungen Marxisten wie der Abendroth-Schüler Dr. Griepenburg betroffen sind, (37) und das bei der verbalen Beteuerung des Kultusministeriums, wie wichtig doch die sozial-wissenschaftliche Ausbildung gerade an einer Gesamthochschule sei – macht den augenblicklichen bildungspolitischen Kurs des Hessischen Kultusministeriums deutlich (38). Eine Einschätzung der derzeitigen bundesweiten skandalösen Berufsverbote für demokratische und marxistische Wissenschaftler hat Prof. G. Stuby gegeben. (39)

Derartige Wissenschaft beinhaltet nicht die Einführung bloßer formaler "Operationalisierbarkeitsmethodiken", das "rationale Lösen" von Konflikten in "unterrichtspraktischen Rollendispositionen", das verbale Einbeziehen "gesellschaftlicher Konstituierungsbedingungen" für Wissenschaft, sondern Erkenntnisprozesse über reale wissenschaftliche Theorien, wissenschaftliche Einsicht in den Klassenantagonismus in der BRD und wissenschaftliche Einsicht in die Notwendigkeit des organisatorischen Kampfes der Arbeiterklasse.

Freilich – angesichts des Zustandes der Einzelwissenschaften an bundesrepublikanischen Hochschulen – bietet bereits die Forderung der Kooperation einzelner Fachrichtungen die Chance des Aufbrechens der starren Grenzen der Wissenschaften zugunsten einer umfassenderen und qualifizierteren Ausbildung. Sie kann jedoch nur genutzt werden, wenn die demokratischen Studieninhalte einzelwissenschaftlich abgeleitet werden und wenn vor allem auch die Gewerkschaften sich noch konsequenter als bisher für die Institutionalisierung der *integrierten* Gesamtschulausbildung einsetzen und gemeinsam mit allen demokratischen Kräften den Kampf gegen die Formierung der Wissenschaft, für demokratische Lehrinhalte, für die Berufung marxistischer Wissenschaftler, für Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen führen.

Kurt Hartwig

36 K. Marx: DIE HEILIGE FAMILIE, a.a.O., S. 138.

37 s. "Stellungsnahme des Gründungsbeirates zum Berufungsverfahren im Bereich Politik/Soziologie" vom 18.9.71.

38 K. Hartwig: "Berufungsskandal in Wiesbaden": ASTA-INFO Marburg vom 10.12.71 und: ASTA-INFO-EXTRA Marburg v. 24.1.72: "Berufungskampf in Marburg", von der Fachschaft Gesellschaftswissenschaften.

39 G. Stuby: "Stehen wir vor einem neuen Sozialistengesetz?" in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, Jg. 1972, 1, S. 59 - 76. und: "Berufsverbot für Marxisten"? in: ROTE BLÄTTER, Nr. 2, 1. Jh. 1971, S. 22 - 24, hrsgb. v. Bundesvorstand des MSB Spartakus.

SOPO 14/15

M. Boni, B. Güther, G. Wilbert: Materialien zur Analyse der antagonistischen Distributionsverhältnisse in der BRD / G. Krause: Zur Kritik einer Variante bürgerlicher Monopoltheorie / J. Bischoff: Zu einigen Grundfragen revolutionärer Taktik / W. Roth: Zur aktuellen Situation der italienischen Gewerkschaftsbewegung / T. Scheffler: Zur Frage der friedlichen Koexistenz / Bericht: Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften im Sozialismus / Projekt Klassenanalyse: Zur Kritik der 'Sozialstaatsillusion' (SOPO 6/7) / P. Hess: Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus / J. Menschik: Zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins / H. May: Zur Diskussion über Fragen der Mitbestimmung / V. Gransow: Zur Geschichte der KPdSU / Autorenkollektiv: Systemvergleich BRD-DDR.

kürbiskern

LITERATUR · KRITIK · KLASSENKAMPF

2/72 – FREIZEIT

u.a. mit Beiträgen von:

Oskar Neumann / Conrad Schuhler – Stichworte zur Freizeit
Pete Seeger – Schlagerflut aus den USA
Richard Kelber – Jugend und Demokratie
Peter Pachnicke – Neue Romantik
Jochen Mandel – Tagebuch eines Streiks
Ursula Püschel – Dresdner Freizeit
Heinz Laufer – Spaß am Sport?
Manfred Bosch – Hasenbergl, Beispiel einer Gettovorstadt
Sol de Sully – Zum Beispiel Rosenheim

Gisela Elsner – Frau Wiegenstein arbeitet
Hans Gebhardt – Skatweltmeisterschaft
Peter K – Bericht aus Tegel
Johannes R. Becher – Hamburg

KÜRBISKERN 1/72 Schreiben – was, wie, für wen? mit Beiträgen u.a. von: Martin Walser, Friedrich Hitzer, Walter Fritzsche, Uwe Timm, Nicolaus Neumann, Gespräch mit Kurt Bachmann

erscheint im Juni

KÜRBISKERN 3/72 – USA Beiträge u.a. von: Herbert Aptheker, Hyman Lumer, Claude Lightfoot, Michael Myerson, Charlene Mitchell, Angela Davis

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt beim Verlag: 8000 München 13, Hohenzollernstr. 144, Tel.: 30 37 83.

Zu einigen Problemen der VR China

Eine "historische", "die Welt verändernde" Fernsehwoche: Nixon besuchte die Volksrepublik China. Das gemeinsame Kommunique – als dem Laien sichtbares Ergebnis der Verhandlungen – enthält neben Feststellungen unterschiedlicher Meinungen auch eine Reihe von Punkten, in denen die Gesprächspartner übereinstimmen. Bedenkt man die intensivierten Bombenangriffe gegen Nord- und Südvietnam oder die vorher erfolgte Ausweitung des US-amerikanischen Krieges auf Thailand, Laos und Kambodscha, erscheint vor allem folgende gemeinsame Formulierung von Interesse: "Keine der beiden Seiten sollte in der asiatisch-pazifischen Region nach Hegemonie streben, und jede widersetzt sich den Bestrebungen eines anderen Landes oder einer Gruppe von Ländern, eine derartige Hegemonie aufzurichten." (1) Ein solcher Zynismus scheint Henry Kissinger durchaus angemessen zu sein, rühmt man doch gerade an seiner 'balance of power'-Politik die innere Verwandtschaft zu der Politik des Clemens Wenzel v. Metternich – des Diplomaten der Restauration, der "heiligen Allianz". Problematisch hingegen scheint diese Formulierung für ihre chinesischen Autoren. Ist es doch noch gar nicht lange her, daß die chinesische Regierung – milde gesprochen – durchaus hegemoniale Tendenzen in der Politik der USA im asiatisch-pazifischen Raum vermerkte. Wie läßt sich dieser 'erstaunliche Sinneswandel' erklären? Diese Frage zielt zunächst auf das Problem,welcher Art der in der VR China bislang gepflogene Antiamerikanismus war. (2)

Nach dem zweiten Weltkrieg bildete sich einerseits die sozialistische Staatengemeinschaft heraus, während andererseits in Westeuropa die kapitalistischen Verhältnisse restauriert wurden und die USA sich zur unumstrittenen imperialistischen Führungsmacht entwickelten. Diese entgegengesetzten Entwicklungsrichtungen führten zur raschen Verschärfung des 'kalten Krieges'. So setzte sich unter der herrschenden Klasse der USA jene Linie durch, die die Ausdehnung der ursprünglich nur für Europa konzipierten 'containment'- und 'roll back'-Strategie auf China proklamierte. Volkschina integrierte sich zunehmend in die sozialistische Staatengemeinschaft und übernahm als Teil dieser Gemeinschaft auch den Kampf gegen den US-Imperialismus – sowohl auf der militärischen Ebene im Korea-Krieg als auch auf der diplomatischen während der Bandung-Konferenz von 1955. (3) In den folgenden Jahren wurde die Entfremdung zwischen der Sowjet-Union und der VR China immer tiefer – eine Entwicklung, die sich nicht zuletzt darin zeigte, daß der Außenhandel der VR China sich immer stärker auf kapitalistische Länder – besonders die BRD – und immer weniger auf sozialistische Länder (mit Ausnahme Rumäniens und Albaniens) orientierte: "Der Anteil dieser (kapitalistischen – d.Verf.) Länder vergrößerte sich von 32 % im Jahre 1959 auf 70 % im Jahre 1965 und auf 75 % im Jahre 1966. Im Jahre 1968

1 Zitiert nach: FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 28.2.1972.
2 Eine ausführlichere Darstellung des Antiamerikanismus in der VR China findet sich in der vom Fernost-Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR vorgelegten Arbeit: DIE AUSSENPOLITIK DER VOLKSREPUBLIK CHINA. Über das Wesen des außenpolitischen Kurses der gegenwärtigen chinesischen Führung. Deutsch: Berlin 1971.
3 Vgl. DIE AUSSENPOLITIK DER VR CHINA, a.a.O., S. 166.

betrug dieser Anteil bereits 80 %." (4) Im Zuge der Desintegration Chinas aus dem sozialistischen Lager mußte der Antiamerikanismus also – obwohl äußerlich unverändert – einen neuen Charakter bekommen: Wesensmäßig nicht mehr internationalistisch, sondern national begründet. Ein so begründeter Antiamerikanismus, der seines antiimperialistischen Charakters verlustig gegangen ist, eine nationalistische Doktrin, bietet die Möglichkeit, auf nationalistischer Basis die Beziehungen zwischen den USA und der VR China zu regeln. Dementsprechend "ist der Antiamerikanismus eine Methode der Beziehungen zu den USA in einer bestimmten Etappe. Es ist eine außenpolitische Taktik, die letzthin darauf abzielt, eine Verständigung mit dem USA-Imperialismus zu erreichen ... Die Tendenz zur Annäherung an den USA-Imperialismus und der Zuspitzung der Beziehungen zur sozialistischen Staatengemeinschaft sind miteinander verbunden und gegenseitig bedingt ..." (5) Diese von den Sowjet-Autoren bereits geraume Zeit vor dem Nixon-Besuch gegebene Einschätzung läßt etwa dies Kommunique durchaus nicht so sensationell erscheinen, wie man annehmen könnte. Das Spektakel wird so erheblich weniger spektakulär. Mit dem Hinweis auf den nationalistischen Charakter der neueren chinesischen Außenpolitik ist nun die Frage nach den Ursachen dieser Politik gestellt. Einige Punkte, die zum Verständnis dieser Ursachen beitragen können, seien im folgenden kurz dargestellt: Es sind dies Hinweise auf die Geschichte Chinas, die Spaltung der Kommunistischen Weltbewegung und die Philosophie Mao Tse-tungs. (6)

Die Schwierigkeit bei der Periodisierung der chinesischen Geschichte liegt nicht zuletzt darin, daß sie zwar einerseits eine Abfolge der ökonomischen Gesellschaftsformationen zeigt, andererseits aber sozio-ökonomische Besonderheiten aufweist, denen bei der Periodisierung Rechnung getragen werden muß. Diese jeweils spezifischen Strukturen lassen sich wohl am ehesten mit der Kategorie der asiatischen Produktionsweise, wie sie von Marx entwickelt wurde, erfassen. "In der asiatischen Form kein Eigentum, sondern nur Besitz des Einzelnen; die Gemeinde der eigentliche wirkliche Eigentümer – also Eigentum nur als *gemeinschaftliches* Eigentum an dem Boden." (7) Diese Form des Gemeindeeigentums beruht auf einer "Kombination von Manufaktur und Agrikultur innerhalb der kleinen Gemeinde, die so durchaus self-sustaining wird und alle Bedingungen der Reproduktion und Mehrproduktion in sich selbst enthält." (8) Ein Teil des Mehrprodukts gehört von selbst der zusammenfassenden Einheit, die über allen diesen kleinen Gemeinwesen steht, denn "da die *Einheit* der wirkliche Eigentümer ist und die wirkliche Voraussetzung des gemeinschaftlichen Eigentums – so kann diese selbst als ein *Besondres* über den vielen wirklichen besondren Gemeinwesen erscheinen, wo der Einzelne dann in fact eigentumslos ist, oder das Eigentum ... für ihn vermittelt erscheint durch das Ablassen der Gesamtheit – die im Despoten realisiert ist als dem Vater der vielen Gemeinwesen – an den Einzelnen durch die Vermittlung der besondren Gemeinde." (9) Auf dieser Grundlage, wo der Einzelne nie zum Eigentümer wird, "ist er au fond selbst das Eigentum, der Sklave

4 Ebenda, S. 76.
5 Ebenda, S. 169.
6 Die folgende Darstellung stützt sich weitgehend auf das Buch von Robert Farle/ Peter Schöttler: CHINAS WEG – MARXISMUS ODER MAOISMUS, Frankfurt/M. 1971. Diese Publikation ist eine gute marxistische Einführung in die aktuellen Probleme der VR China.
7 K. Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Berlin 1953, S. 383.
8 Ebenda, S. 377.
9 Ebenda, S. 376/377.

dessen, (in) dem die Einheit der Gemeinde existiert, und Sklaverei hebt hier weder die Bedingungen der Arbeit auf, noch modifiziert sie das wesentliche Verhältnis." (10) Das Wesen der asiatischen Produktionsweise läßt sich also charakterisieren als eine der Übergangsformen von klassenlosen zu Klassengesellschaften, deren Besonderheit darin besteht, daß die Ausbeutung der Klassen vollzogen wird bei gemeinschaftlichen Formen des Besitzes und des Eigentums an Boden.

Im Bestehenbleiben der gemeinschaftlichen Formen des Besitzes, und, als dessen Folge, der mangelnden Entwicklung der Teilung der Arbeit ist auch der ausschlaggebende Grund für die orientalische Stagnation zu sehen.

Diesen Charakteristika entsprechend weist das chinesische Feudalsystem aufgrund von Überresten der asiatischen Produktionsweise besondere Strukturen auf: "Entscheidend ist neben dem mehr und mehr gegebenen Hauptwiderspruch zwischen Bauernschaft und Grundbesitzerklasse der Widerspruch zwischen den zentralistischen Interessen der Staatsmacht (entsprechend der asiatischen Produktionsweise) und den Interessen der Landaristokratie und der Kaufleute an Bereicherung und Machtzuwachs (entsprechend dem Feudalismus)." (11) Vereinzelte Ansätze zu einer kapitalistischen Produktion konnten die relative Stagnation des chinesischen Feudalismus nicht durchbrechen. Erst durch das Eindringen des ausländischen Kapitals, eingeleitet durch die englische Opiumeinfuhr, entstanden neue Bedingungen. Die Eingriffe Englands wirkten zersetzend "auf die Finanzen, die Moral, die Industrie und die politische Struktur Chinas ein und kamen 1840 zu voller Entfaltung unter den englischen Kanonen, die die Autorität des Kaisers zertrümmerten und das Reich des Himmels zwangsweise mit der Erdenwelt in Berührung brachten. Zur Erhaltung des alten Chinas war völlige Abschließung die Hauptbedingung. Da diese Abschließung durch England ihr gewaltsames Ende gefunden hat, muß der Zerfall so sicher erfolgen wie bei einer sorgsam in einem hermetisch verschlossenen Sarg aufbewahrten Mumie, sobald sie mit frischer Luft in Berührung kommt." (12) Der Zerfall des chinesischen Reiches bedeutete für die Volksmassen verschärfte Ausbeutung. Es kam zu zahlreichen Bauernaufständen. Im Gegensatz zu den früheren Bauernaufständen, die nichts außer den Austausch der herrschenden Dynastien bewirkt hatten, enthielten diese Bewegungen Ansätze der chinesischen Revolution. So schreibt Friedrich Engels über den Taiping-

10 Ebenda, S. 393.
11 Farle/Schöttler, a.a.O., S. 12.
12 K. Marx: "Die Revolution in China und Europa", in: MEW, Bd. 9, S. 97.

SOPO 16

P. Boccara: Theorie der Überakkumulation-Entwertung des Kapitals / K. Unger: Krieg Indien-Pakistan / S. Herkommer: Elend der Industriesoziologie / W. Roth: Italienische Sozialdemokratie / H. Furth: Lohnkampf der Metallarbeiter / D. Pollmann, A. Kahn: Analyse und Veränderung der Frauensituation / W. Gerns, R. Steigerwald: Antwort auf Kritik an DKP-Thesen / J. Schmitz: Antigewerkschaftlicher Kampf in Gewerkschaften / G. Krause: Imperialismus des Pierre Jalée / B. Hoffmann: "Dem mit der marxschen Theorie vertrauten Leser wird auffallen..."

Aufstand: "Kurz, anstatt über die schrecklichen Grausamkeiten der Chinesen zu moralisieren, wie es die ritterliche englische Presse tut, täten wir besser daran, anzuerkennen, daß es sich hier um einen Krieg pro aris et focis (für Haus und Herd) handelt, um einen Volkskrieg zur Erhaltung der chinesischen Nation mit all ihrer anmaßenden Voreingenommenheit, ihrer Dummheit, ihrer gelehrten Ignoranz und, wenn man will, ihrem pedantischen Barbarentum, aber dennoch um einen Volkskrieg." (13) Unter dem Einfluß des ausländischen Kapitals entstanden neue Klassenverhältnisse in der chinesischen Gesellschaft: die Kompradorenbourgeoisie übernahm die Vermittlung zwischen ausländischem Kapital und nationalem Markt; zusammen mit den Großgrundbesitzern übte sie eine Agentenfunktion für die imperialistischen Staaten aus. Ihnen gegenüber standen: die nationale Bourgeoisie, deren Interessen sowohl gegen das ausländische Kapital als auch gegen die Feudalaristokratie gerichtet waren; eine antiimperialistisch gesinnte Intellektuellenschicht; das "Halbproletariat", das sich aus der Bauernschaft, die die große Masse der Bevölkerung bildete, und dem städtischen Kleinbürgertum zusammensetzte; und das Industrieproletariat.

Mit diesen Verhältnissen waren die entscheidenden Voraussetzungen für die bürgerlich-demokratische Revolution in China gegeben, aber zunächst zeigte sich, "daß sich aus den subjektiv-sozialistischen Gedanken und Programmen der chinesischen Demokraten in der Tat ein Programm der 'Änderung aller blutigen Grundlagen' nur *eines einzigen,* nur des 'unbeweglichen Eigentums', ein Programm der Vernichtung *nur* der feudalen Ausbeutung ergab. Darin lag der *Kern* des Narodnikitums Sun Jat-sens, seines fortschrittlichen, streitbaren, revolutionären Programms der bürgerlich-demokratischen Umgestaltung des Agrarwesens und seiner angeblichen sozialistischen Theorie." (14) Für die Durchführung und Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution war zum einen die Tatsache, daß der Marxismus in China nach der Oktoberrevolution ständig an Boden gewann, von großer Bedeutung: "Wenn wir uns über den ganzen räuberischen Charakter der zaristischen Politik gegenüber China klar sind, werden wir auch die radikale Wandlung verstehen, welche die Sowjetaußenpolitik brachte, und den enormen Eindruck, den sie auf das chinesische Volk machte." (15)

Zum anderen zeigte das Erstarken des Proletariats den Weg, "den die revolutionäre Bewegung im Zeichen des Klassenkampfes und nicht mehr nur des nationalen Kampfes gehen würde. Eine solche Entwicklung lag nicht im Sinne der nationalen Bourgeoisie." (16) In ihrem Interesse handelt Chiang Kai-shek, als er nach Beendigung des Nordfeldzugs die revolutionäre Arbeiterbewegung niederschlagen ließ. "Dieser vernichtende Stoß gegen das revolutionäre Industrieproletariat war die Grundlage für die Hinwendung der KP zur Bauernschaft und führte infolge verschiedener Fehleinschätzungen zur Ignorierung der ideologischen Führungsrolle des Proletariats." (17) Nach dem Zusammenbruch der national-revolutionären Einheitsfront der KP mit der Kuomintang (KMT), dessen Ursache vor allem darin lag, daß die KP nicht rechtzeitig den Kampf gegen den verräterischen rechten Flügel der KMT aufgenommen hatte, ging ein Teil der KP dazu über, auf dem Lande Stützpunkte der Agrarrevolution zu errichten. Der Kern der chinesischen Roten Armee entstand. Bei der Verteidigung der kontrollierten Gebiete standen ihnen die Bauernmilizen, die von den autonomen Bauerngewerkschaften organisiert wurden, zur Seite. Durch den Überfall Japans wurde der Bürgerkrieg zugunsten einer antijapanischen Einheitsfront, die auf Vorschlag der KP und unter dem Druck von Teilen der nationalen Bourgeoisie zustande kam, eingestellt. Aber aufgrund der Differenzen mit der KMT-Führung und der Konzentration der japanischen Kräfte gegen die von den Kommunisten befreiten Gebiete, war die KP gezwungen, den Kampf mehr und mehr allein zu organisieren. Nachdem mit Hilfe der Sowjetarmee die Kapitulation Japans erreicht worden war, verfolgte die KP zunächst ihre Politik der friedlichen Demokratisierung des Landes weiter. Erst die Provokation der KMT ließ die Rote Armee zur Offensive übergehen. "Die Rote Armee, die bereits während des Langen Marsches so etwas wie eine Nomadenrepublik dargestellt und neben dem Partisanenkrieg die Agrarrevolution und die politische Organisierung der befreiten Gebiete vorangetrieben hatte, war die Waffe, mit deren Hilfe die Konterrevolution zerschlagen werden konnte. Nachdem 1949 die von den US-Imperialisten finanzierte KMT-Herrschaft (2,007 Milliarden US-Dollar, 1945-1949) gestürzt war, schuf sie die Grundlage für die Errichtung der Volksdemokratie." (18)

Der ökonomische Aufbau der VR China hatte die Schaffung einer nationalen Industrie und einer soliden landwirtschaftlichen Versorgungsbasis zu leisten; dies bedeutete unter den gegebenen Bedingungen einen sehr angespannten Prozeß, in dem sich besonders das Mißverhältnis zwischen Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsplatzangebot auswirkte. Nach der Etappe des Wiederaufbaus 1949-1952 folgte der erste Fünfjahresplan bis 1957, der durch bedeutende ökonomische Erfolge charakterisiert war, die vor allem auch auf die Unterstützung durch die Sowjet-Union zurückzuführen sind. "Die folgende Tabelle zeigt die Produktion der wichtigsten industriellen und landwirtschaftlichen Produkte im Jahre 1957 und die prozentuale Steigerung gegenüber 1952:

Produkt	Produktion 1957	Prozentuale Steigerung gegenüber 1952
Stahl	5.350.000 t	296
Roheisen	5.940.000 t	208
Kohle	130.000.000 t	96
Elektrizität	19.300.000.000 kWh	166
Zement	6.860.000 t	140
Baumwollgarn	4.650.000 Ballen	28
Getreide	185.000.000 t	20
Baumwolle	1.640.000 t	26 (19)

Die ab 1957 aufgetretenen Disproportionen sollten zunächst durch adäquate ökonomische Maßnahmen wie etwa die Verkleinerung übergroßer LPGs beseitigt werden. Dies gelang jedoch nicht, weil sich schon kurz danach die Linie des "Großen Sprunges nach vorn" und der Errichtung der Volkskommunen durchsetzte. Die durch den "Großen Sprung" versuchte Massenindustrialisierung mußte notwendig scheitern. Einerseits war nämlich die der starken Dezentralisierung entsprechende größere Anzahl qualifizierter Facharbeiter nicht verfügbar, andererseits wurde die Durchführung der ländlichen Industrialisierung den örtlichen Leitungen nach eigenem Ermessen übertragen. Die Experimentierfreudigkeit dieser Lokal-Leitungen verursachte zeitweilig den Ausfall von 80 bis 90 Millionen Arbeits-

13 F. Engels: "Persien – China", in: MEW, Bd. 12, S. 214.
14 W.I. Lenin: "Demokratie und Volkstümlerideologie in China", in: LW, Bd. 18, S. 156.
15 J. Kuczynski: "Die Lage der Arbeiter in der Baumwollindustrie Shangheis" (GESCHICHTE DER LAGE DER ARBEITER UNTER DEM KAPITALISMUS, Bd. 28), Berlin 1964, S. 8.
16 Farle/Schöttler, a.a.O., S. 27/28.
17 Ebenda, S. 28.
18 Ebenda, S. 38.
19 Hsüa Mu-Tjiao/Su Hsing/Lin Dsi-li: DIE SOZIALISTISCHE UMGESTALTUNG DER CHINESISCHEN VOLKSWIRTSCHAFT, Peking 1964, S. 63.

kräften bei der Einbringung der Ernte. (20) Das Scheitern der Konzeptionen vom "Großen Sprung nach vorn" und von den "Volkskommunen als Grundeinheiten der kommunistischen Gesellschaft" zeigte deutlich, daß die Vertreter dieser Auffassungen nicht von einer Realanalyse der chinesischen Gesellschaft ausgingen, sondern daß hier durchaus voluntaristische und subjektivistische Auffassungen vertreten wurden.

Der nationale Voluntarismus korrespondierte durchaus mit einem internationalen: Der These, daß der "Ostwind den Westwind besiegt", lag eine gefährliche Unterschätzung der Kraft des imperialistischen Lagers zugrunde, die das sozialistische Lager auf den Weg des Abenteurertums drängen konnte. Die Frage nach der voluntaristischen oder der korrekten Auffassung von internationalen Problemen stellte sich implizit auch bei der Auseinandersetzung zwischen KPCh und KPdSU.

Zentrale Probleme dieser Auseinandersetzung zwischen der KPCh und der KPdSU waren: Friedliche Koexistenz-Kollaboration oder Klassenkampf?, Krieg und Revolution, der "kapitalistische Weg der SU". – Voraussetzung eines richtigen Begriffs von friedlicher Koexistenz ist die Überzeugung vom ideologischen, politischen und ökonomischen Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, vom Klassenkampf innerhalb des Kapitalismus – mit der Möglichkeit des Übergangs zum bewaffneten Kampf – und von der permanenten Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegungen. Gegen die Auffassungen der SU von friedlicher Koexistenz werden von chinesischer Seite vor allem zwei Einwände gebracht: Die "Zusammenarbeit zwischen der SU und den USA" in Fragen der Abrüstung und der "friedliche Wettbewerb". Die KPCh behauptete, der US-Imperialismus sei der schlimmste Feind der Völker, weshalb ein 'Zusammenstehen' zur Sicherung des Friedens unmöglich sei.

So schrieb die KPCh: "Wir wollen die Führer der KPdSU fragen: Da der USA-Imperialismus der schlimmste Feind aller Völker der Erde ist ..., wie könnt Ihr mit dem Hauptfeind des Weltfriedens zur Sicherheit des Friedens 'zusammenstehen'? ... Haben die mehr als 100 Staaten in der Welt mit insgesamt mehr als drei Milliarden Menschen etwa kein Recht, ihr Schicksal selbst zu bestimmen? Müssen sie sich alle untertänigst den Anordnungen der beiden 'Riesen' ... Sowjetunion und USA unterwerfen? Ist dieser anmaßende Unsinn von Euch nicht Ausdruck des reinsten Großmachtchauvinismus, der reinsten Machtpolitik?" (21)

Diese Fragestellung geht am Kern des Problems vorbei, weil sie übersieht, daß durch das Angebot von Abrüstungsregelungen und andere Entspannungsschritte die Volksmassen dazu mobilisiert werden können, die Regierungen zu wirklichen Abrüstungsmaßnahmen zu zwingen. Zur Strategie des friedlichen Wettbewerbs meinte die KPCh, die Rolle des friedlichen Wettbewerbs würde übertrieben und so einen automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus suggerieren. Dies heißt, das Wesen der Politik des friedlichen Wettbewerbs – den Zusammenhang von friedlichem Wettbewerb und revolutionärem Kampf – zu verkennen. Nach sowjetischer Auffassung würden die Erfolge der sozialistischen Gemeinschaft im friedlichen Wettbewerb katalysierend auf die Entfaltung der Klassenkämpfe in den kapitalistischen Staaten einwirken. Die chinesische Regierung negierte diese Politik verbal, während sie tatsächlich etwa strategische Güter an die USA lieferte. (22)

20 Vgl. Max Biehl: DIE VOLKSKOMMUNE IM GROSSEN SPRUNG UND DANACH, Hamburg 1965, S. 42.

21 "Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz", in: DIE POLEMIK ÜBER DIE GENERALLINIE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG, Peking 1965, S. 314.

22 "Anfang dieses Jahres kauften die Amerikaner über Mittelsleute in Singapur von der Volksrepublik China für umgerechnet 4 Mio. Dollar strategisch wichtigen Stahl. Nur in China war zu jener Zeit in kurzer Frist Stahl von der Güte und Menge zu haben, wie ihn die Amerikaner zum Bau ihrer Bunker und Flugplätze in Südvietnam dringend benötigten." DIE ZEIT, 23.12.1966.

In der Frage des Verhältnisses von Krieg und Revolution vertrat die KPCh die Auffassung, daß die KPdSU meine, daß mit dem Auftreten nuklearer Waffen der Unterschied zwischen gerechten und ungerechten Kriegen nicht mehr bestehe, daß die unterdrückten Nationen ihre Revolutionen aufgeben müßten. Demgegenüber meinte die KPdSU tatsächlich, daß gerade aus der Differenzierung in gerechte und ungerechte Kriege die Verurteilung eines atomaren Weltkrieges als eines reaktionären Krieges entspringe. Zudem würde die Zahl lokaler Kriege aufgrund der Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus abnehmen. Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker werde es geben, solange der Imperialismus existiere.

Die Auffassung Mao Tse-tungs von der bewaffneten Revolution als der höchsten Form der Revolution (23) ist dem Marxismus fremd. Im Zusammenhang mit der Verabsolutierung des bewaffneten Kampfes entwickelten die chinesischen Führer auch ihre Thesen vom Kampf der "Weltdörfer" gegen die "Weltstädte". (24)

Die chinesischen Meinungen vom kapitalistischen Weg, den die SU beschreite, konstatieren etwa neue Klassendifferenzierungen in der SU – wobei sie das Verschwinden der Klassen-

23 "Die zentrale Aufgabe und die höchste Form der Revolution ist die bewaffnete Machtergreifung, ist die Lösung des Problems durch den Krieg. Dieses revolutionäre Prinzip des Marxismus-Leninismus hat allgemeine Gültigkeit, es gilt überall, in China wie im Ausland." (WORTE DES VORSITZENDEN MAO TSE-TUNG, Peking 1967, S. 74).

24 Diese irrtümliche Auffassung Lin Piaos wurde ähnlich schon auf dem II. Weltkongreß der Komintern von M.N. Roy vertreten, dem Lenin heftig widersprach.

KONSEQUENT

Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis

Demnächst erscheint KONSEQUENT 9/10 (Doppelheft)

Es enthält u.a.:

2. Teil der Kritik der Imperialismustheorie Ernest Mandels

Eine Übersicht über die Geschichte der Westberlinverhandlungen

Einen Beitrag zur Diskussion um Kontrolle und Mitbestimmung in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft

Gedanken in Auswertung der Parteitage der Bruderparteien einiger sozialistischer Staaten

Außerdem: Dokumentation und Register

KONSEQUENT wird vom Kreisvorstand Zehlendorf der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins herausgegeben – 1 Berlin 37, Teltower Damm 23.

KONSEQUENT kostet im Jahr DM 6,– (4 Hefte); Einzelheft DM 2,–. Postscheckkonto: Heinz Thomaszik, Berlin West 26 03 19.

unterschiede nicht als primär durch die Entwicklung der Produktivkräfte bedingten Prozeß, sondern als subjektiv voranzutreibendes Phänomen begriffen. Hierbei stützten sie sich auf die – in letzter Zeit wieder eingeschränkten – "materiellen Anreize" sowie auf die Behauptung der Existenz einer "neuen Bourgeoisie" und die "Aufhebung der Planwirtschaft". Dabei ist die Konkurrenz in der SU gerade nicht kapitalistisch, d.h. daß einige Betriebe durch bessere Wirtschaftsleistungen andere vom "Markt" verdrängen könnten. (25)

Die chinesische Überschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses ab 1957 wurde zunächst ignoriert, bis sich 1960 die Spaltung der Kommunistischen Weltbewegung abzeichnete: Beim Treffen des Generalrats des Weltgewerkschaftsbundes vom 5.-9.6.1960 meinte der chinesische Vertreter, einzige Aufgabe der Gewerkschaft müsse der Kampf gegen den Imperialismus sein, den Arbeitern dürften keine Illusionen über mögliche Verbesserungen ihrer Lage gemacht werden. Es trat eine Polarisierung zwischen den europäischen Delegierten und den Delegationen Japans, Burmas, Nordvietnams u.a. ein. Danach ergab sich eine scharfe Diskussion auf der Bukarester Tagung der kommunistischen Parteien zwischen Chruschtschow und Peng Chen, wobei keine Lösung gefunden werden konnte, so daß im August 1960 die SU ihre – vorher Repressalien ausgesetzten – Techniker aus China abzog.

Nach 1963 versuchte die KPCh eine eigene Generallinie aufzustellen. Dieser Versuch mußte mißlingen, weil der Kurs der KPCh, wie z.B. die Erfahrungen 1965 in Indonesien zeigten, von einem dogmatischen Revolutionarismus ausging. Aufgrund der nationalistischen Beschränktheit der KPCh wandten sich auch einige Kommunistische Parteien Asiens, die vorher mit der KPCh sympathisiert hatten, zunehmend von ihr ab.

Die Vorwürfe der Regierung der VR China, insbesondere der, die SU beschreite den kapitalistischen Weg, lassen sich wohl schwerlich auf Basis des wissenschaftlichen Sozialismus erklären. Betrachtet man dagegen die "Weiterentwicklung des Marxismus", den Maoismus, so zeigt sich hier eine Konzeption, "nach der die Gesellschaft ein System von Widersprüchen ist, innerhalb dessen es immer einen Hauptwiderspruch gibt, der aber je nach den Umständen verschieden gelagert ist." (26) Der Hauptwiderspruch ist aber nichts anderes als die soziale Seite des Grundwiderspruchs, welcher der spezifischen Struktur der ökonomischen Basis seiner bestimmten Gesellschaftsformation entspricht, er charakterisiert ihre Produktionsweise. Im Kapitalismus bedeutet das: der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung ist der Grundwiderspruch, der Kampf der beiden Hauptklassen Proletariat und Bourgeoisie ist der Hauptwiderspruch. Der Hauptwiderspruch bestimmt sich also in letzter Instanz aus dem determinierenden Grundwiderspruch. (27) Wird diese notwendige Verknüpfung des Grundwiderspruchs mit dem Hauptwiderspruch – dieser kann nach Mao außerdem unter bestimmten politischen Bedingungen seinen Platz mit dem Nebenwiderspruch wechseln – außer acht gelassen, so läßt sich auch der oben genannte Vorwurf erklären.

Wollte man aber die Politik der maoistischen Regierung allein aus Mao Tse-tungs Verhältnis von Dialektik herleiten, so hieße dies doch nur, selbst eine bestimmte Art von Personenkult zu betreiben. Es stellt sich also die Frage nach der sozialen Basis der maoistischen Regierung. Von vielen wird diese Frage dahingehend beantwortet, daß in der Bauernschaft die soziale Basis des Maoismus zu sehen sei, weil der Maoismus die Bauernschaft als die

25 Vgl. die bei Farle/Schöttler, a.a.O., S. 140-154, zitierten Arbeiten von A. Alexejew, J. Schirjajew u.a. sowjetischen Ökonomen

26 Fr. Tomberg: BASIS UND ÜBERBAU IM HISTORISCHEN MATERIALISMUS. Sozialphilosophische Studien, Neuwied und Berlin 1969, S. 45 f.

27 Vgl. Farle/Schöttler, a.a.O., S. 71.

Hauptkraft der Revolution bezeichnet. Dieser schematischen Erklärung ist zunächst einmal zu entgegnen, daß das nichtproletarische Wesen des Maoismus erst nach dem Sieg der Volksmacht in China in Erscheinung trat. In der Etappe des nationalen Befreiungskampfes zeigten sich aufgrund des Zusammenschlusses verschiedener sozialer Kräfte noch nicht die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Maoismus und dem wissenschaftlichen Kommunismus. Des weiteren ist dieser Ansicht entgegenzuhalten, daß zwar die Rückständigkeit und das patriachalische Wesen der Bauernschaft eine wichtige Quelle der nationalen Beschränktheit derselben waren, aber aufgrund ihrer revolutionären Traditionen kann man nicht von einer geradlinigen Verbindung zwischen Maoismus und Bauernschaft sprechen. Ähnlich zwiespältig ist das Verhältnis von Maoismus und städtischem Kleinbürgertum, dessen Ideologie wesentlich zur Entwicklung des Maoismus beigetragen hat, obgleich es sicherlich keine einheitliche reaktionäre Masse bildete. "Das Problem der chinesischen Revolution besteht darin, daß in einer bestimmten Etappe des Kampfes zwischen den beiden Linien – der proletarisch-internationalistischen und der kleinbürgerlich-nationalistischen – die nationalistische Linie die Oberhand gewann. Unter diesen Umständen vermochte die Partei dem Druck der kleinbürgerlichen Elementargewalt nicht standzuhalten und die führende Rolle der Arbeiterklasse zu sichern." (28)

28 NEUES DEUTSCHLAND (Berliner Ausgabe) vom 6.12.1971.

Walter Brusche

SK
SOZIALISTISCHE KORRESPONDENZ

KOMMENTARE
BERICHTE
ANALYSEN
NACHRICHTEN

● Die „Sozialistische Korrespondenz" (SK) bringt Kommentare — Berichte — Informationen aus der sozialdemokratischen und sozialistischen Bewegung des In- und Auslandes. Zu aktuellen Fragen erscheinen regelmäßig Interviews mit bekannten Politikern der sozialistischen Bewegung.

● SK informiert ausführlich über linke Plattformen, Programme und Stellungnahmen der Jungsozialisten, des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) und der SPD.

● SK berichtet über Linkstendenzen in den europäischen sozialdemokratischen Parteien.

SK erscheint zweimal monatlich. Preis: 0,75 DM

SK- DAS SOZIALISTISCHE NACHRICHTENMAGAZIN

Vorankündigung!

DDR
Entwicklung
Probleme
Perspektiven

Autorenkollektiv, zweite, völlig neu überarbeitete Auflage, ca. 220 S., ca. 6,50 DM

Dieser Sammelband gibt aus der Sicht namhafter DDR-Autoren, so u. a. Erich Honecker (Erster Sekretär des ZK der SED) und Manfred Gerlach (Vorsitzender der LDPD und Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR), einen abgerundeten Einblick in die Entwicklung, Probleme und Perspektiven der DDR.

Er gibt Auskunft über das Wesen der sozialistischen Demokratie, die Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft, der Planung der Wirtschaft, das Gesundheitswesen und die Gerichtsbarkeit, die Rechte der Frauen und Jugend, über das Bildungswesen, die Arbeit der Gewerkschaften u. a. m.

Die Aufsätze sind durch Aufbau, Auswahl und auch den fachlichen Rang der Autoren eine Selbstdarstellung der DDR und zugleich Antwort auf die Bonner offiziellen „Systemvergleiche" zwischen BRD und DDR.

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt den Verlag!

Verlag Marxistische Blätter GmbH
6 Frankfurt/Main 50, Heddernheimer Landstraße 78a

Diskussion, Besprechung

Klassenkämpfe in Großbritannien*

Die ökonomische und politische Integration der kapitalistischen Länder Europas schreitet wenn auch widersprüchlich beschleunigt voran. Der britische EWG-Beitritt, die steigende Anzahl von multinationalen Konzernen (Fusionen Royal Dutch/Shell und Unilever sowie Dunlop und Pirelli), an denen auch britische Unternehmen beteiligt sind und gemeinsame Rüstungsprojekte (MCRA) sind nur einige Beispiele für diesen Prozeß. Die wachsende supranationale Integration und Konkurrenz werfen die außerordentlich relevante Frage auf, ob sich der Krisenzyklus möglicherweise auf westeuropäischer Ebene vereinheitlichen wird. Auch wenn die Beantwortung dieser Frage noch Thema künftiger Untersuchungen zu sein hätte, ergibt sich doch aus den angedeuteten Entwicklungen die Notwendigkeit einer verstärkten internationalen Kommunikation, Kooperation und solidarischen Unterstützung innerhalb der Arbeiterbewegung, was sich zuletzt deutlich beim englischen Ford-Streik 1971 und beim Bergarbeiterstreik Anfang 1972,zeigte, sowie die Notwendigkeit der Erarbeitung einer westeuropäischen Strategie der Arbeiterbewegung. Ein Schritt hierzu war die Londoner Konferenz der Kommunistischen Parteien Westeuropas im Januar 1971. (1)

Voraussetzung für die Lösung dieser Aufgaben ist nicht zuletzt ein besseres Verständnis der nationalen Probleme und Vermittlung der Erfahrungen der Klassenkämpfe der anderen westeuropäischen Länder. Hierzu leistet Oehlkes Arbeit über die Klassenkämpfe in Großbritannien einen wertvollen Beitrag.

Eine Million Arbeitslose im März 1972, immer höhere Inflationsraten (gegenwärtig etwa 8,5 %) bei gleichzeitigen niedrigen Wachstumsraten (1970: 1,5 %) sind Anzeichen dafür, daß der britische Kapitalismus in einer strukturellen Krise steckt. Die traditionelle Rolle des britischen Imperialismus ist zerstört. Der Widerspruch zwischen hegemonialem Anspruch und beschränkter wirtschaftlicher Leistungskraft wurde in den letzten Jahrzehnten in Großbritannien immer deutlicher in chronischen Zahlungsbilanzdefiziten und periodischen Währungskrisen. "Für seine längst überfällige Gläubigerrolle als Weltbankier zahlt Großbritannien mit einer wachsenden Verschuldung beim internationalen Finanzkapital, die seinen politischen Handlungsspielraum immer mehr einengt." /S. 198/ Diese Tendenz wurde von den fallenden Exporterlösen noch verstärkt. Die Stagflation, die auch in den nächsten Jahren noch anhalten wird, ist im wesentlichen auf die niedrigen Investitionsquoten zurückzuführen. Oehlke weist nach, daß nicht gewerkschaftliche Lohnforderungen, Streiks u.ä., wie die bürgerliche Presse behauptet, Gründe für die geringe Produktivität sind. Sie sind Folge, nicht Ursache der allgemeinen Krise. Zwei Faktoren sind hauptsächlich für die Beschränkung der Investitionsrate zu nennen: 1. zu hoher Kapitalexport und 2. übermäßige Rüstungsausgaben, die Ausdruck der ehemaligen weltpolitischen Machtstellung des britischen Imperialismus sind. Deflatorische Maßnahmen auch der Labour-Regierung, flankiert von erhöhten Verbrauchssteuern, Senkung der staatlichen Sozialleistungen und Angriffe auf die Löhne der Arbeiter (Produktivitätsabkommen,

---

* Besprechung von: Paul Oehlke: "Großbritannien" in: D. Albers, W. Goldschmidt, P. Oehlke: KLASSENKÄMPFE IN WESTEUROPA, Hamburg 1971.

1 Vgl. INTERNATIONALE KONZERNE UND ARBEITERKLASSE, Arbeitsmaterialien des IMSF Nr. 2, Ffm 1971.

Gewerkschaftsgesetze, staatliche Einkommenspolitik bis hin zum gesetzlich verordneten Lohnstop) sollten die Exporte fördern und das Zahlungsbilanzdefizit beseitigen. Doch die Lösung des währungspolitischen Dilemmas auf Kosten des wirtschaftlichen Wachstums konnte die Ursachen der Krise nicht beseitigen, sondern verschärfte diese lediglich. Nach der Pfund-Abwertung konnte für 1969 zwar erstmals wieder ein Zahlungsbilanzüberschuß von 387 Millionen Pfund erzielt werden, doch nur um den Preis steigender Arbeitslosigkeit und einer sich verschärfenden Stagflation, die zusammen mit den erhöhten Verbrauchssteuern, restriktiver Lohnpolitik und Senkung der Sozialleistungen den Boden für ein weiteres Anwachsen der "Neuen Militanz" der britischen Arbeiterklasse abgaben.

Diese Situation sowie die sinkende handelspolitische Bedeutung der Commenwealth-Länder verlangte eine strategische Neuorientierung des britischen Imperialismus, die gekennzeichnet ist durch die Aufgabe der alten kolonialen Positionen "östlich vom Suez" und eine "verstärkte politische, militärische und vor allem ökonomische Integration in den europäischen NATO-Flügel". /S. 200/

Wie widersprüchlich dieser Prozeß auch verlaufen mag, so herrscht unter den Vertretern des Monopolkapitals doch Einigkeit über den Beitritt zur EWG, "auf deren Märkte Großbritanniens wachstumsstarke Exportbranchen angewiesen sind." /S. 201/ Oehlke untersucht diesen widersprüchlichen Prozeß jedoch nicht genauer, die widersprüchliche Haltung der Labour Party sowie die breite Bewegung gegen den EWG-Beitritt werden nicht beschrieben. Es bleibt auch weitgehend offen, welche Konsequenzen der EWG-Beitritt für die soziale Lage und die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse hat.

Anfang bis Mitte der 60er Jahre wurde die Streikaktivität der Arbeiterklasse noch durch den Druck der Labour-Regierung auf die Gewerkschaften gedämpft. Doch mit dem allgemeinen Angriff auf den Lebensstandart erfolgte auch ein Aufschwung der Streikkämpfe, die zu 95 % inoffiziell, d.h. ohne Unterstützung der Gewerkschaftsführungen begonnen wurden. Oehlke stellt fest, daß mit der Veränderung der Industriestruktur auch eine Verlagerung der Streikzentren zu den neuen Industrien mit fortgeschrittener Kapitalkonzentration und Monopolisierung zu beobachten ist. Zwischen 1957 und 1965 hat sich die Zahl der Streiks in den traditionellen Bereich des Bergbaus um 2/3 verringert, in anderen Bereichen um das 2 1/2fache erhöht.

Das, was als "neue Militanz" der britischen Arbeiter bezeichnet wird, hat sich in den Streikkämpfen der 60er Jahre entwickelt. Neben den von der Gewerkschaftsführung geführten Tarifverhandlungen gewann immer mehr das betriebliche Verhandlungssystem (workshop bargaining) an Bedeutung. Damit wuchs auch die Rolle der shop stewards, die als gewerkschaftlich organisierte Arbeiter von ihren Kollegen am Arbeitsplatz gewählt werden und unter ihrer ständigen Kontrolle stehen. Sie vertreten die Interessen der Arbeiter im Betrieb gegenüber dem Unternehmer. Diese shop stewards, die auf betrieblicher und oft auch überbetrieblicher Ebene in Komitees organisiert sind, haben in den Kämpfen auch ihre große Bedeutung für innergewerkschaftliche Demokratisierung und die teilweise Aufhebung der großen gewerkschaftlichen Zersplitterung bewiesen. (1966 gab es noch 574 Einzelgewerkschaften). In den Streikauseinandersetzungen nehmen neben den Lohnforderungen immer mehr Forderungen nach Kontrollelementen über den unmittelbaren Arbeitsplatz bis hin zur Betriebsorganisation Raum ein. Diese Kontrollforderungen sind Ausgangspunkt und Bestandteil des Konzepts der Arbeiterkontrolle, auf das noch eingegangen wird. Die steigende Zahl und Intensität der Streiks zeigte eine beispielslose Kampfkraft der britischen Arbeiterklasse, ohne daß jedoch die Kämpfe schon eine politische Dimension erreichten.

Der Kampf um Lohn- und Kontrollforderungen und ihre teilweise Durchsetzung konnte

eine Steigerung der Arbeitsintensität verhindern und zum Teil die Lohnbewegung beschleunigen. Da dies zur Senkung der Profitrate beitrug, verstärkten sich auch die Angriffe des Monopolkapitals gegen die Arbeiterklasse, im wesentlichen auf folgenden drei Ebenen: 1. auf der betrieblichen Ebene sollten langfristige Produktivitätsvereinbarungen Lohndrift und Kontrollrechte abbauen und damit das betriebliche Verhandlungssystem aufheben; 2. auf zentraler wirtschaftlicher Ebene sollte eine zentrale Lohnkostenplanung erstellt werden, 3. auf politischer, staatlicher Ebene sollte durch ein Gesetz, das die "industriellen Beziehungen" neu regelte, die neue Kampfkraft der Arbeiterklasse gebrochen werden.

Diese Versuche begannen schon unter der Labour-Regierung mit der Aufhebung der Tarifautonomie der Gewerkschaften durch einen gesetzlichen Lohnstopp und Plänen für ein Anti-Streik-Gesetz. Nach anfänglicher Duldung dieser Einschränkungen durch den TUC-Vorstand begann sich schließlich der gewerkschaftliche Widerstand zu formieren. Der Schwerpunkt der Labour-Regierungsentwürfe zum Anti-Streik- und Gewerkschaftsgesetz lag noch mehr auf integrativen Momenten der Einschränkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft durch Bürokratisierung und Formalisierung von Tarifverhandlungen. Das (inzwischen verabschiedete) Tory-Gesetz unterwirft die Gewerkschaften einem "staatlichen Ordnungshüter" mit dem Ziel der Zerstörung des betrieblichen Verhandlungssystems der shop stewards und der Schwächung der Gewerkschaften, beispielsweise durch Aufhebung des "closed shop" (Gewerkschaftszwang in einem Betrieb). Diese Maßnahmen der Tory-Regierung trugen jedoch zur Intensivierung der zersplitterten Streikkämpfe und zu ihrer Politisierung und Entfaltung zu breiten Massenaktionen bei. Beispiele dafür sind die von Oehlke untersuchten Streiks 1970/71: der 6-wöchige Behördenarbeiterstreik, der Streik der Bergarbeiter und Elektrizitätsarbeiter, der 9-wöchige Fordstreik, der 7-wöchige Postarbeiterstreik. Selbst die Lehrer streikten und immer größere Schichten von Angestellten wurden in die Kämpfe einbezogen. Interessant wäre an dieser Stelle eine Untersuchung der sozialen Situation und Bewußtseinslage der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und ihrer Rolle bei den Streikkämpfen gewesen. In Großbritannien ist ebenso wie in anderen kapitalistischen Ländern eine zunehmende Dequalifizierung und Arbeitsplatzunsicherheit für die Lage der technischen Intelligenz charakteristisch. Mindestens 10 % der neuen Graduierten waren Ende 1971 arbeitslos. Das ist die doppelte Anzahl wie im vorletzten Jahr und 4 1/2 mal so viel wie Ende 1966. Im Oktober 1971 waren 30 % der graduierten Ingenieure und ein großer Teil der Chemiker arbeitslos. Diese soziale Deklassierung hat auch ihre Auswirkungen auf die Bereitschaft der technischen Intelligenz gezeigt, sich gewerkschaftlich zu organisieren. (2)

Ebenso wie die Initiative in den Streiks 1970/71 von der militanten Basis ausging, kam der Anstoß zu den Aktionen gegen die Anti-Streik-Gesetze schon unter der Labour-Regierung von den shop stewards. Wesentlicher Organisator der Massenaktionen gegen die Gesetze war das inoffizielle Verbindungskommitee zur Verteidigung der Gewerkschaften (liaison committee for the defence of trade unions), in dem die Kommunisten einen starken Einfluß besaßen.

Unter dem Druck der gewerkschaftlichen Basis rief der TUC auch zu Massendemonstrationen auf, die zu den gewaltigsten der britischen Gewerkschaftsgeschichte gezählt werden müssen. Mit einer knappen Mehrheit lehnte der TUC-Kongreß jedoch Streiks gegen das Gesetz ab. Oehlke stellt mit Recht fest, daß die Massenstreiks, so nach dem Aufruf des Verteidigungskommitees, der Metallarbeiter- und Transportarbeitergewerkschaft (AEF und TGWU) drei Millionen Streikende, von einer gewachsenen Kampfentschlossenheit

2 Vgl. NEWS SERVICE No. 1, 1972, Prag

und der allmählichen Herausbildung eines politischen Bewußtseins bei einem beträchtlichen Teil der britischen Arbeiter zeugen. Die Intensität und Schärfe hat seit Abschluß der Studie Oehlkes nicht abgenommen. Das beweist einmal die Besetzung der "Upper Clyde Shipbuilders" durch die Werftarbeiter, wobei Arbeiter das erste Mal in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung mit dieser Kampfform gegen die drohende Stilllegung der Werften ihr Recht auf Arbeit erkämpfen wollen. Diese Kampfform hat schon Beispiel in Großbritannien gemacht: Die Arbeiter einer Motorradfabrik (BSA) in Birmingham und der Don-River-Stahlwerke in Sheffield führten mit unterschiedlichen Erfolgen ebenso ein "work in" durch. (3) Ebenso zeigt der Bergarbeiterstreik am Anfang dieses Jahres, in welch tiefer Krise sich die Tory-Regierung befindet. Er war zudem der erste erfolgreiche Streik im öffentlichen Sektor und wird von daher auch eine immense Auswirkung auf die kommenden Lohnbewegungen haben.

Obwohl, wie Oehlke richtig feststellt, eine Verlagerung der Streikzentren in die Wachstumsindustrie zu beobachten ist, sind auch in den "traditionellen" Zentren trotz Krise und Arbeitslosigkeit enorme Kämpfe möglich, die wichtige Impulse für die Entwicklung der Arbeiterbewegung geben.

Auch wenn die ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen in Großbritannien noch nicht die politische Qualität der Bewegung in Frankreich oder sogar in Italien erreicht haben, dürfen die Auswirkungen der Kämpfe der letzten 3-4 Jahre nicht unterschätzt werden. Gerade Anfang dieses Jahres wurde deutlich, daß in den Auseinandersetzungen um den EWG-Beitritt und durch den geschlossenen Kampf der Bergarbeiter ein Sturz der reaktionären Tory-Regierung im Bereich des Möglichen lag.

Aber auch die Auswirkungen dieser Kämpfe auf die Gewerkschaftsbewegung sind bedeutend. Sie haben den innergewerkschaftlichen Demokratisierungsprozeß vorangetrieben und zur Durchsetzung linker Mehrheiten in den beiden größten Gewerkschaften (AEF und TGWU) geführt. Die Tatsache, daß immer mehr Streiks von den Gewerkschaftsführungen selbst ausgerufen oder unterstützt werden und die Ablehnung der Einkommenspolitik der Regierung durch den TUC sind Anzeichen für die innergewerkschaftlichen Veränderungen. Die wesentliche Rolle bei der innergewerkschaftlichen Demokratisierung spielte die shop-steward-Bewegung. Allerdings ist noch eine genauere Untersuchung über Möglichkeiten und Grenzen der shop-steward-Bewegung für die Weiterentwicklung der britischen Arbeiterbewegung notwendig, als dies im Rahmen der Studie von Oehlke geschehen konnte. Hierbei wird man auch wohl genauer die Erfahrungen der britischen Arbeiterbewegung aufarbeiten müssen, um bei historischen Vergleichen etwa mit der shop-steward-Bewegung während des 1. Weltkrieges die unterschiedlichen Bedingungen zu berücksichtigen und andererseits überhaupt die besonderen Eigenarten der britischen Arbeiterbewegung (wie etwa das Verhältnis der Labour Party zu den Gewerkschaften, der starke Einfluß des Reformismus, etc.) in ihrer Relevanz für die heutige Situation und Strategiediskussion besser verstehen zu können.

Eine große Rolle spielt das Konzept der Arbeiterkontrolle in der Diskussion der britischen Linken. "Die Hauptströmung der kämpferischen Gewerkschafter sieht im Kampf für Arbeiterkontrolle unter dem Kapitalismus einen Kampf zur Ausdehnung der Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und Unternehmen und als Anerkennung der Tatsache, daß die Gewerkschaften den Unternehmern auch auf den Gebieten nicht die Alleinherrschaft überlassen dürfen, die bisher ihr Vorrecht waren. Sie lehnen die Konzeption der

3 Vgl. EXPRESS INTERNATIONAL vom 18.2.72. Frankfurt/M., Jhg. IX, Nr. 139

Einbeziehung von Arbeitervertretern in die Leitung des Unternehmens als Klassenzusammenarbeit ab." (4) Dieses Konzept wird von vielen Gewerkschaftsführungen unterstützt, und bekannte Gewerkschafter wie Hugh Scanlon (AEUW), Jack Jones (TWGU) und viele andere gehören zu den Förderern des Instituts für Arbeiterkontrolle (IWC). /vgl. Oehlke S. 271-273/ In zukünftigen Studien wird aber eine ausführlichere Auseinandersetzung mit den Konzepten dieses Instituts geleistet werden müssen, in die viele Elemente aus der britischen syndikalistischen Bewegung, aus trotzkistischen und neoreformistischen Auffassungen miteingehen. (5) Es ist jedoch festzuhalten, daß das Konzept der Arbeiterkontrolle eine große Bedeutung für die britische Arbeiterbewegung besitzt und sich von den integrationistischen Mitbestimmungsvorstellungen rechter Gewerkschafter in der BRD abhebt.

Eine Schlüsselfrage für die Brechung des dominierenden reformistischen Einflusses in der britischen Arbeiterbewegung ist die Stärkung der KPGb, deren Funktion keine andere Gruppe (etwa die zahlreichen trotzkistischen Gruppen) ersetzen oder, wie Oehlke anklingen läßt, korrigieren kann. Im Verhältnis zu der führenden Rolle der kommunistischen Gewerkschafter in den Klassenauseinandersetzungen (z.B. Jimmy Reid – Führer der Upper-Clyde Arbeiter), ist der Einfluß der KPGb als politische Partei noch gering. Ihre Mitgliederzahl beträgt nur rund 34 000 Genossen. Eine stärkere Kommunistische Partei ist auch eine Bedingung für die Weiterentwicklung der Labour-Linken ("Tribune-group"), die in vielen Fragen zur Zusammenarbeit mit Kommunisten bereit ist.

In weiteren Untersuchungen werden gerade diese zuletzt angesprochenen Probleme der Strategie der britischen Arbeiterbewegung auf dem Hintergrund der Erfahrungen der Klassenkämpfe in den letzten Jahren einen größeren Raum einnehmen müssen. Hierbei ist die Diskussion in der theoretischen Zeitschrift der KPGb "Marxism today" über diese zentralen strategischen Fragen zu berücksichtigen.

Oehlkes Arbeit ist bisher die erste zusammenfassende Darstellung, die mit den Kategorien der politischen Ökonomie den Zusammenhang zwischen Reproduktions- und Akkumulationsbedingungen und der Intensivierung der Klassenkämpfe in Großbritannien aufzeigt. Sie verarbeitet eine Fülle von empirischem Material über die Entwicklung des britischen Imperialismus in den 60er Jahren, Veränderungen in der Sozialstruktur, soziale Lage der Arbeiterklasse, "neue Militanz" der britischen Arbeiterklasse, Gegenstrategien von Monopolkapital und Staat, Politisierung der Streikbewegung und Organisation der Arbeiterklasse. Die Untersuchung stellt allerdings nicht, wie es auch im Vorwort formuliert wird, den Anspruch, theoretische und strategische Fragen der britischen oder gar der europäischen Arbeiterbewegung zu beantworten. Sie leistet jedoch Vorarbeit hierzu, indem sie einige Probleme andeutet oder als solche darstellt.

Klaus Pickshaus, Dieter Raulf

4 Bert Ramelson auf der IMSF-Tagung: ÖKONOMISCHE THEORIE, POLITISCHE STRATEGIE UND GEWERKSCHAFTEN, Protokoll, Frankfurt/M. 1971, S. 265. Vgl. auch den Bericht über die Tagung in SOPO 11/1971, S. 79-93, Red.)

5 Vgl. das Buch des neoreformistischen Gewerkschafters R. Kuda: ARBEITERKONTROLLE IN GROSSBRITANNIEN, Frankfurt/M. 1970, hier vor allem den Dokumentenanhang.

Zur Frage: Gleichberechtigung oder Emanzipation? *

Der zunehmende Anteil erwerbstätiger Frauen, die Doppelbelastung berufstätiger Mütter, die Bildungssituation der großen Mehrheit der weiblichen Bevölkerung, sowie aktuelle Reformtendenzen wie der Gesetzentwurf zum neuen Ehescheidungsrecht und die Diskussion um die Einführung der "Hausfrauenrente", und nicht zuletzt auch die gesellschaftliche Stellung der Frauen in den sozialistischen Ländern, ließen in den letzten Jahren die öffentliche Diskussion um Gleichberechtigung und Emanzipation als "Frauenproblem" wieder auftauchen und laut werden.

Jutta Menschiks Buch liefert einen umfassenden Überblick über die soziale Diskriminierung und Unterprivilegierung der Frauen in der BRD auf der Grundlage der historischen und sozio-ökonomischen Voraussetzungen der Frauenerwerbstätigkeit. Ausgehend von der Tatsache, daß die zunehmende Beteiligung der Frauen am Produktionsprozeß – 1967 waren es 36,5 % (1) – bei gleichzeitiger Orientierung an überkommenen Weiblichkeitsbildern in krassem Widerspruch zu ihrer objektiven Interessenlage steht, wird versucht, einerseits die potentiellen Möglichkeiten durch die veränderten Arbeitsbedingungen zu analysieren: "Da aber Frauen nur durch ihren Eintritt in das Erwerbsleben, d.h. durch die Durchbrechung ihrer Isolation in den Haushalten und die Teilnahme am gesellschaftlichen Produktionsprozeß, gesellschaftliche Erfahrungen sammeln können, nimmt diese Arbeit eine Beziehung an zwischen der (wachsenden) Erwerbstätigkeit der Frauen und ihrer möglichen Emanzipation, d.h. Heraustreten aus der sie diskriminierenden Einschätzung und Selbsteinschätzung" /8/ –, andererseits anhand aktueller Problemstellungen, wie der Ehescheidungsrechtsreform, die Ursachen für die unzulässige Gleichsetzung von Emanzipation und Gleichberechtigung zu klären. Letztere kommt "häufig in der Meinung zum Ausdruck ..., in der BRD seien durch Einführung der Gleichberechtigung den Frauen alle notwendigen Voraussetzungen und Möglichkeiten für ihre Emanzipation in die Hand gegeben", was "nur auf einer naiven Verwechslung von Emanzipation und Gleichberechtigung beruht, nämlich in der Weise, daß Emanzipation gleichgesetzt wird mit der Gewährung von Berufsrechten und -freiheiten, die die Frauen früher nicht hatten." /9/

In der Einleitung wird der Gang der Analyse dargelegt und damit zugleich das methodische Vorgehen des historischen Materialismus expliziert, der "Normen und Verhaltensweisen nicht unmittelbar aus kulturellen Mustern erklärt, sondern kulturelle Erscheinungsformen selbst wieder auf ökonomische Ursachen zurückführt." /10/ Erst als Konsequenz aus einer historischen Darlegung der gesellschaftlichen Unterprivilegiertheit der Frau sollen im darauf folgenden theoretischen Teil Kriterien für den "Emanzipationsgrad einer Gesellschaft und damit der Frauen in ihr" /9/ entwickelt werden, bevor die Analyse der gegenwärtigen Situation der erwerbstätigen Frau in der BRD vorgenommen werden kann. Das so explizierte methodisch-analytische Vorgehen schließt von vornherein die Reduktion der Fragestellung auf ein reines Frauenproblem aus, das als "Nebenwiderspruch innerhalb des Hauptwiderspruchs von Kapital und Arbeit" /10/ gesehen und somit die Perspektive der Emanzipation der Frauen in den Zusammenhang mit "der Emanzipation der kapitalistischen Gesellschaft zum Sozialismus" /10/ gestellt wird.

* Besprechung von Jutta Menschik: GLEICHBERECHTIGUNG ODER EMANZIPATION? DIE FRAU IM ERWERBSLEBEN DER BUNDESREPUBLIK, Frankfurt 1971.

1 Vgl. auch: BERICHT DER BUNDESREGIERUNG ÜBER DIE SITUATION DER FRAUEN IM BERUF, FAMILIE UND GESELLSCHAFT. 'Frauenenquete', hrsg.v. Bundesministerium für Arbeit und Sozialforschung, Bundestagsdrucksache V-909 vom 14. September 1966, S. 81 f.

I. Historischer Abriß

"Die These, daß die Art der Arbeitsteilung die gesellschaftliche Stellung der Frau bestimmt" /10/, wird anhand dreier Gesellschaftsformationen exemplifiziert: Urgesellschaft, Feudalismus und kapitalistischer Industriegesellschaft. Ausgehend vom Arbeitsbegriff – Arbeit als Grundlage menschlicher Existenz und Arbeitsorganisation als bestimmendes Moment des Erwerbslebens und der Familienstruktur – wird die Entwicklung der naturwüchsigen gesellschaftlichen Arbeitsteilung dargestellt, die sich in früheren Kulturen auf physiologische Unterschiede gründete. "Der *Unterschied zwischen den Geschlechtern* ist – neben der individuellen Unterschiedlichkeit und dem Alter – *Grundlage naturwüchsiger Arbeitsteilung innerhalb* der jeweiligen Produktionseinheiten." /16/

Erst die Entstehung des Privateigentums im Übergang von der früheren mutterrechtlichen, urkommunistischen Gesellschaft hatte grundlegende Konsequenzen für die gesellschaftliche Stellung der Frau. Die biologischen Funktionen der Frau bestimmten ihren häuslichen Aufgabenbereich, der durch diese Entwicklung eine Abwertung erfuhr, da die (außerhäusliche) Arbeit des Mannes das Privateigentum vermehrte und entsprechend seine Vormachtstellung konstituierte. Der Ausschluß der Frauen von der gesellschaftlichen Produktion bewirkte ihre geringe gesellschaftliche Stellung und jahrhundertelange völlige Rechtlosigkeit. Gleichzeitig entstand mit dieser Entwicklung Interesse an der Erbfolge und damit an leiblicher Vaterschaft und Monogamie. Die sich nun herausbildende patriarchalische Familienform auf der Basis des Privateigentums dokumentiert einerseits die Unterwerfung der Frau unter den Mann, andererseits die Herausbildung zweier gesellschaftlicher Klassen in Freie und Unfreie. Engels (2) kennzeichnete diese Entwicklung treffend: "Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Weib in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche." (Engels, zit. nach Menschik, S. 23) Die Ausführungen Menschiks zur Urgesellschaft stützen sich außer auf Engels und Reich, die auf ethnologische Forschungen von Bachofen, Morgan und Malinowski zurückgehen, auch auf neuere Untersuchungen von Murdock, Gehlen und Mead.

Der oben skizzierte vielschichtig und ungleichzeitig verlaufende Prozeß bot gerade für die ursprüngliche Festmachung von Klassengegensätzen oft Anlaß zu falschen Schlußfolgerungen, wie sie von der Autorin z.B. bei Wilhelm Reich (3) aufgezeigt und kritisiert werden. Reich meinte, "daß der Ursprung der Klassenteilung der Gegensatz zwischen Mann und Frau sei" (Reich, zit. nach Menschik, S. 22). Die Kritik an Reich, daß der erste Klassengegensatz nicht der zwischen Männern und Frauen, sondern zwischen Freien und Unfreien ist, ist deshalb besonders hervorzuheben, da sich gerade dieser grundlegende Fehler – in

2 Vgl: Friedrich Engels: DER URSPRUNG DER FAMILIE, DES PRIVATEIGENTUMS UND DES STAATES, in: Karl Marx-Friedrich Engels: WERKE, Berlin 1962, Bd. 21, S. 68.

3 Vgl.: Wilhelm Reich: EINBRUCH DER SEXUALMORAL, Raubdruck (o.J.), Ersterscheinung 1931, S. 57.

der Gesellschaftsanalyse wie in der Einordnung des Frauenproblems – auch in neueren Frauenemanzipationsstreitschriften findet, die im Zuge der Wiederentdeckung Reichs in der antiautoritären Phase der Studentenbewegung entstanden sind, und auf Grund der fehlenden marxistischen theoretischen Analyse Anlaß zu unrealistischen und perspektivlosen Emanzipationsstrategien gaben, wie z.B. in der "kulturellen Revolution der Frau" von Karin Schrader-Klebert im Kursbuch 17: "Die Frauen sind die Neger aller Völker und der kollektiven Geschichte", wobei "die Geschichte des Mannes" die "Geschichte der Gewaltanwendung" der Männer gegen die Frauen ist (4).

Speziell in Deutschland entwickelte sich das patriarchalische Herrschaftsverhältnis erst mit der Herausbildung der Feudalgesellschaft, was hier erst in dieser historischen Epoche zur spezifischen Unterdrückung der Frau führte. Neben der Charakterisierung der feudalen Produktionsweise ist die Situation der erwerbstätigen Frau auch außerhalb der mittelalterlichen Familie sehr differenziert aufgearbeitet, was die Spezifik des historischen Teils als Grundlage für den II. Teil des Buches erkennen läßt.

Außerhalb des mittelalterlichen Familienbundes standen für die unverheirateten Mädchen und Frauen die Handwerke und Zünfte als Arbeitsmöglichkeit offen. "So erwarben manche Frauen, denen der Vater die Erlernung eines Handwerks bezahlen konnte, den Meistertitel und beschäftigten Gesellen und Lehrlinge ..." /29/ Die Aufarbeitungen dieser historischen Tatsachen sind auch wesentlich für die Kritik an der bürgerlichen Weiblichkeitsideologie, die die Beschränkung der Frau auf den häuslichen Bereich nicht nur als "natürlich", sondern auch als "von jeher historische tradiert" verstanden wissen will.

Erst mit der Reformation und der Proklamation des Hausfrauen- und Mutterideals – das sich auch deshalb durchsetzen konnte, weil es sich "nicht prinzipiell gegen die traditionelle christliche Ideologie stellte, die entscheidend zur Unterdrückung der Frau beigetragen hat" /31/ – wurden die Frauen seit Beginn des 15. Jahrhunderts aus den Zünften verdrängt. Als einzige Quelle zur Erwerbstätigkeit – vor allem der ledigen Frauen – blieb die Hausarbeit und die Prostitution. Erst im Verlagsystem und der Manufaktur boten sich neue Erwerbsmöglichkeiten für Frauen in der "Vorform des lohnabhängigen Proletariats", was nochmals die Realitätsferne der Reformationsvorstellungen verdeutlicht, "jede Frau könne ihre Existenzsicherung in geordneten Familienverhältnissen finden." /32/

Der Industriekapitalismus brachte für die Mehrzahl der Frauen die materiellen Voraussetzungen und Notwendigkeiten zur zwangsweisen Einbeziehung in den Produktionsprozeß mit sich. /37/ Im Zusammenhang mit dem Aufzeigen der Hauptmerkmale der kapitalistischen Produktionsweise und der Zerstörung der mittelalterlichen Familie wird die Besonderheit der Ware Arbeitskraft in Verknüpfung mit der Minderbezahlung der lohnabhängig arbeitenden Frau analysiert, was auch den Bezug zur Gegenwart veranschaulicht. "Wenn auch die unerträgliche Lage der Arbeiterin durch Arbeitsschutzbestimmungen (...) um ein beachtliches Maß gemildert wurde, änderte sich in allen kapitalistischen Ländern an ihrer Stellung als billige Arbeitskraft an den unqualifiziertesten Arbeitsplätzen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses bis heute nichts." /39/ Die Frauenerwerbsarbeit, die Herausbildung der unterschiedlichen sozial-ökonomischen Lage der proletarischen und bürgerlichen Frauen: "Wurde der Masse der Arbeiterfrauen sogleich die außerhäusliche Fabrikarbeit aufgezwungen, wollte dagegen die bürgerliche Gesellschaft den Wirkungsbereich der bürgerlichen Frau weiterhin ausschließlich auf Haushalt und Familie beschränkt wissen." /41/; sowie die bürgerliche Frauenbewegung werden in sinnvollem historischen Zusammenhang mit der Entwicklung des Klassenkampfes und der Emanzipationskämpfe des west-

4 Vgl.: Karin Schrader-Klebert: "Die kulturelle Revolution der Frau", in: KURSBUCH 17, Frankfurt/M. 1969, S. 1-46, hier: S. 1-2.

europäischen Bürgertums eingeordnet. "Mit dem Beginn der Klassenkämpfe nimmt auch der soziale Emanzipationskampf der Frau seinen Anfang." /40/ "Die bürgerliche Frau drängte von sich aus in das Erwerbsleben und forderte das 'Recht auf Arbeit', die proletarische Frau wurde hineingestoßen und forderte entsprechenden 'Schutz vor übermäßiger Arbeit'." /41/ "Waren die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen in den gehobenen bürgerlichen Berufen sehr beschränkt oder mußten diese überhaupt erst geschaffen werden, wurde die Arbeiterin immer mehr in sogenannte Männerindustrien hineingezogen." /44/

Es zeigt sich, daß das Aufzeigen von historischen Zusammenhängen zugleich einerseits Voraussetzung, andererseits Verdeutlichung zum Verständnis der gegenwärtigen Frauenerwerbstätigkeit beinhaltet, indem den bürgerlichen Frauen zunächst Erwerbsmöglichkeiten auf solchen Arbeitsplätzen erschlossen wurden, wo sie keine Konkurrenz zu den Männern darstellten – vornehmlich in sozialen Frauenberufen –, welche die Grundlage der Entwicklung für die bis heute so klassifizierten "typischen Frauenberufe" bilden.

Mit dem Eindringen der Frauen in die ehemals männliche Berufswelt in großem gesellschaftlichem Maßstab im Zuge der industriellen Revolution war die materielle Voraussetzung für die ökonomische und rechtliche Gleichstellung der Frauen geschaffen, was auch die Grundlage für die bürgerliche Frauenbewegung war. (5) "Die bürgerliche Frauenbewegung (...) ist das Kind der kapitalistischen Produktionsweise." (Zetkin, zit. nach Menschik, S. 51) Im Vergleich zu anderen Ländern werden die Anfänge der bürgerlichen Frauenbewegung von Menschik als "kümmerlich" /51/ charakterisiert, politische Ziele, wie z.B. das Wahlrecht, wurden schließlich auf die Forderungen nach dem Recht der Berufsausbildung reduziert. Fehler wie positive Funktion der Frauenbewegung werden in differenzierter Weise herausgearbeitet. "Der bürgerlichen Frauenbewegung ist zuzugestehen, daß sie den Boden bereitet hat für die grundsätzliche Anerkennung der Gleichbewertung und Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. (...) Ihr entscheidender Fehler war, anzunehmen, daß ihre frauenrechtlerischen Forderungen für alle Frauen die gleiche befreiende Wirkung hätten. Indem sie den Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bewußt nicht verließ und lediglich danach strebte, die bürgerliche Gesellschaft zu reformieren, wurde sie zu einer gegenrevolutionären Macht" /54-55/ durch ihren politisch desorientierenden Einfluß auf die Proletarierinnen.

II. Theoretische Grundlagen

Der theoretische Teil liefert zunächst unter Betrachtung der Frauenfrage als Bestandteil der sozialen Frage die theoretischen Grundlagen der Frauenemanzipation anhand der sozialistischen Frauenemanzipationstheorie; im Anschluß daran wird die politische Frauenemanzipationsstrategie nach den Grundsätzen der proletarischen Frauenbewegung aufgezeigt. Nach dem Aufzeigen der Fehler in den Konzeptionen zur Frauenbefreiung der Frühsozialisten, wird der Marxsche Beitrag zur Frauenfrage hervorgehoben, mit der speziell Marx sich zwar nicht beschäftigt hat, für deren Analyse jedoch durch den historischen Materialismus die wichtigsten Kriterien für die Theorien von Engels, Bebel und Clara Zetkin geliefert wurden. Menschik zitiert in diesem Zusammenhang Clara Zetkin (6): Die marxistische Geschichtsauffassung hat "zwar nicht fertige Formeln über die Frauenfrage, wohl aber Besseres gegeben: die richtige, treffsichere Methode, sie zu erforschen

5 Vgl.: Clara Zetkin: ZUR GESCHICHTE DER PROLETARISCHEN FRAUENBEWEGUNG DEUTSCHLANDS, Berlin 19582, S. 202.

6 Vgl.: Clara Zetkin: AUSGEWÄHLTE REDEN UND SCHRIFTEN, Bd. 1, Berlin 1957, S. 219.

und zu begreifen." (Zetkin, zit. nach Menschik, S. 59) "Sie verstand die Frauenfrage im allgemeinen sozialen und historischen Zusammenhang und nicht als Problem eines Geschlechts." /59/ "Indem die Frau Lohnarbeit unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen leistet, wird sie selbst eine ökonomische Kraft und teilweise bis ganz von der ökonomischen Abhängigkeit vom Manne befreit." /59/; gelangt andererseits gleich ihm unter die Herrschaft des Kapitalisten. Diese Tatsache jedoch ist die Bedingung dafür, daß "sie zur Gleichberechtigten und Gleichgeknechteten neben dem Proletarier" /60/ wird, und "die Frauenfrage auf ihre ökonomische Bedingtheit zurückgeführt und ihre Lösung fest verknüpft mit der Befreiung des Proletariats überhaupt" /60/ wird. Auf der Grundlage der sozialistischen Frauenemanzipationstheorie werden Voraussetzungen und Kriterien für die Frauenbefreiung entwickelt. Neben der bereits aufgezeigten Bedeutung der Teilnahme der Frauen am Produktionsprozeß wird die Wandelbarkeit der Formen des sozialen Zusammenlebens der Menschen durch Zurückführung der monogamen Eheform und -ideologie auf ihre ökonomischen Ursprünge verdeutlicht, sowie die Relevanz des aktiven politischen Kampfes durch die Organisierung der Frauen in der revolutionären Partei der Arbeiterklasse anhand der Schriften der ersten theoretischen und praktischen Führerin der proletarischen Frauenbewegung, Clara Zetkin, herausgestellt.

Ergänzt wird der theoretische Teil durch Aspekte der Sozialisationstheorie, da die Einbeziehung dieses notwendigen theoretischen Bestandteils der Veränderung von Familienstruktur und geschlechtsspezifischer Rollenerziehung von der Frauenbewegung in seiner kapitalistischen Herrschaftssicherungsfunktion – vor allem durch das Fehlen psychologischer Kategorien – bisher zu wenig beachtet wurde. Es werden die gängigsten Vorstellungen vom "weiblichen Wesen" aus einer umfangreichen Materialsammlung referiert. Durch die verschiedenen Gesichtspunkte des bürgerlich fixierten Weiblichkeitsbildes wird einerseits bereits wieder der Bezug zum aktuellen Teil deutlich, andererseits auch der Stellenwert der Einbeziehung der Analyse von Sozialisationsmechanismen und -funktion der bürgerlichen Familie in die Strategie der Frauenemanzipation gekennzeichnet.

III. Aktuelle Problematik

In der Analyse der gegenwärtigen weiblichen Erwerbstätigkeit und der Problematik der Frauenemanzipation in der BRD werden die gewonnenen Kriterien für den Emanzipationsgrad der Frauen: Erwerbstätigkeit, Familienstruktur, Sozialisation und Leitbilder als analytische Kategorien zur Erfassung der gegenwärtigen Frauenemanzipationsproblematik verwendet.

Entsprechend dem marxistischen methodischen Vorgehen und analog dem Beginn der Analyse in Teil I, wird zunächst der Stellenwert der Frauenerwerbstätigkeit für die Emanzipation der Frauen unter den Bedingungen der Veräußerung entfremdeter Arbeit geklärt. "Auf keinen Fall bedeutet Arbeit unter den gegebenen Umständen Befreiung, weder für die Frau noch für den Mann, da – der marxistischen Erkenntnis folgend – Befreiung durch Arbeit nur möglich ist nach Aufhebung der entfremdeten Arbeit." /86/ Die politische Relevanz der aktuellen Analyse wird weiterhin begründet durch die Folgen der Lohndiskriminierung, die 1/3 aller erwerbstätigen Frauen in der BRD betrifft, die "Geringschätzung von Frauenarbeit" und damit scheinbare Entsprechung der "Minderbewertung der weiblichen Persönlichkeit." /89/

In der Darstellung der Gleichberechtigung der Frauen in Gesetz und Rechtsprechung werden die juristisch fixierten Widersprüche zwischen der Frauenerwerbstätigkeit und der

Familienfunktion der Frauen aufgezeigt: "Daß die Festlegung der Frau auf die traditionelle Hausfrauenrolle sowie die Überzeugung, daß diese ebenso unabänderlich wie wünschenswert sei, so undifferenziert in das Gleichberechtigungsgesetz eingegangen sind, darf nicht erstaunen." /92/; und anhand einer Aussage von Marx (7) auf ihre materiellen Bedingungen zurückgeführt: "Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung einer Gesellschaft." (Karl Marx, zit. nach Menschik, S. 92)

Auch ein an sich realitätsgerechter Reformversuch wie der des Ehescheidungsrechts exemplifiziert an der Diskrepanz zwischen Reformintentionen, die Menschik als "in sich schlüssig" /98/ charakterisiert, und dem Echo der öffentlichen Meinung, daß die materiellen Voraussetzungen für die Postulate der "Eigenverantwortung der Ehegatten und die Hilfe zur Selbsthilfe" (8) nur auf der Basis einer gleichermaßen qualifizierenden Ausbildung der Frauen, sowie genügend vorhandener sozialer Einrichtungen zur Bewältigung der Aufgaben der erwerbstätigen Mütter, eine Unterprivilegierung der Frauen ausschließen würden.

Das Problem der Erwerbstätigkeit der Frauen im kapitalistischen System wird anhand umfangreichen empirisch-statistischen Materials, das die ökonomische Relevanz der Frauenerwerbsarbeit unbezweifelbar macht, und ebenfalls unter dem übergreifenden Gesichtspunkt der Möglichkeit gesellschaftlicher Emanzipation der Frauen gesehen, wobei J. Menschik Emanzipation nicht nur als "Endzustand, als Ergebnis eines erfolgreichen Kampfes, sondern ebenso (und heute sogar vorrangig) als Prozeß der Befreiung faßt, als Aufspüren, Ausnützen und Schaffung aller Möglichkeiten, Unterdrückung und Diskriminierung zu bekämpfen und zurückzuweisen. – Wenn es aber das Ziel ist, über das Stadium des Protestes und der reinen Negation des Bestehenden hinauszukommen, ist es notwendig, die Widersprüche des Kapitalismus nicht nur durch individuelle Befreiungsversuche zu unterlaufen, sondern sie sich zunutze zu machen, um sie schließlich aufheben zu können. (...) So ist es für sie (die Frauen – D.P.) notwendig, dem Doppelcharakter des kapitalistischen Arbeits- und Verwertungsprozesses, dem die Gleichzeitigkeit der Erfahrung von Selbständigkeit und Selbstsicherheit einerseits und Ausgebeutetwerden andererseits entspricht, unmittelbar unterworfen zu werden." /102-103/ Diese so abgeleitete politische Strategie läßt noch einmal den Ideologiecharakter des vordergründigen bürgerlich-formalen Gleichberechtigungsanspruches deutlich werden, der "die ökonomischen Ursachen für die gesellschaftliche Ungleichheit der Menschen" ignoriert und "sich nur auf einer Ebene durchsetzen" läßt: "Gleichberechtigung beseitigt Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und rührt in dieser Beschränktheit nicht an der prinzipiellen Ungerechtigkeit der Klassengesellschaft." /104/ Indizien dafür, daß die bürgerlich-formale Gleichberechtigung weder tatsächliche Gleichberechtigung ist, noch Emanzipation heißen kann, sind folgende empirisch belegten Tatsachen:

- Die Lohndiskriminierung der Arbeiterinnen und Angestellten.
- Die überproportionale Repräsentation von Frauen in den unteren Berufsranggruppen und der verschwindend geringe Anteil in gehobenen Positionen.
- Unterrepräsentation von Mädchen aller Bevölkerungsgruppen in Schul- und Berufsausbildungsgängen.
- Überrepräsentanz in bestimmten, dem "weiblichen Wesen" angeblich angemessenen Berufen.

---

7 Vgl.: Karl Marx: "Kritik des Gothaer Programms", in: AUSGEWÄHLTE SCHRIFTEN, Bd. II, Berlin 1968, S. 17.

8 Vgl.: REFORM DES RECHTS DER EHESCHEIDUNG UND DER SCHEIDUNGSFOLGEN. Diskussionsentwurf des Bundesministeriums der Justiz, 1970, S. 3.

Die subjektive Bewußtwerdung der Frauen bezüglich ihrer realen gesellschaftlichen Situation vollzieht sich in dem Maße wie die Frauen wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit erreichen. "Erst wenn die Frauen selbst sich die Erkenntnis zu eigen machen, daß ihre scheinbare Minderwertigkeit ein Produkt von Umwelt und Erziehung ist, erhalten sie die Voraussetzung und zugleich die Chance, den Produktionsprozeß auch gesellschaftlich zu durchschauen: nämlich, daß selbst eine Gleichstellung im Produktionsprozeß mit dem Mann nicht Emanzipation, sondern Unterwerfung unter die Prinzipien von Konkurrenz und Profit bedeutet. Zieht die Einsicht, daß Arbeiterinteressen nicht aufzuspalten sind in 'männliche' und 'weibliche', die Konsequenz nach sich, durch klassenbewußte Organisierung mit den Männern gemeinsam den Kampf gegen Unmündigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung aufzunehmen, werden Frauen – so verschüttet das Bewußtsein der westdeutschen Arbeiterklasse insgesamt noch sein mag – nicht mehr länger nur ihren Anteil zur Mehrwertproduktion liefern, sondern auch zur Verschärfung der Klassenkämpfe." /135/

Den Schlußteil bilden Ausführungen über die Auswirkungen der weiblichen Erwerbstätigkeit auf die Familiensituation. Durch die Einordnung des Problems in den Klassenkampf werden Ehe und Familie als herrschaftsstabilisierend für bestimmte historische Phasen des Kapitalismus analysiert, aber deren Zerstörung nicht als Ziel revolutionärer Betätigung gesehen, wie sie teilweise von den Frauengruppen der "Neuen Linken" im Zuge der antiautoritären Studentenbewegung vertreten wurde.

Der Exkurs am Schluß über die Entwicklung des Westberliner "Aktionsrats zur Befreiung der Frau" zum "Sozialistischen Frauenbund Westberlins" ist besonders hervorzuheben, weil exemplarisch an dieser Entwicklung die politische Bewußtwerdung von Teilen der antiautoritären Studentenbewegung hinsichtlich der sinnvollen Einordnung des Frauenemanzipationskampfes in die gesamtgesellschaftliche politische Strategie sozialistischer Gruppen verdeutlicht wird, was äußerst wichtig für die Orientierung derzeitig arbeitender Frauenemanzipations-Arbeitskreise in der BRD ist. Jutta Menschiks Buch ist das erste in der aktuellen speziellen Literatur, das versucht, diese Entwicklung zu kennzeichnen und ihre politische Wendung auf der Grundlage der historisch-materialistischen Emanzipationstheorien in ihrer Relevanz aufzuzeigen.

Dorlies Pollmann

Alex Schubert:

Stadtguerilla. Tupamaros in Uruguay – RAF in der Bundesrepublik.

Berichte der revolutionären Praxis in Lateinamerika und aus der BRD das politische Manifest der untergetauchten RAF.
ROTBUCH 26. 132 S., DM 4,50 (3,50)

Der erzwungene Kapitalismus

Klassenkämpfe in den Westzonen 1945–48. Von Ute Schmidt/Tilman Fichter. Die Geschichte der erzwungenen „Entpolitisierung" der ersten 3 Nachkriegsjahre und der verhinderten Klassenkämpfe. Zahlreiche Dokumente.
ROTBUCH 27. 180 S., DM 6,50 (5,50)

Arbeiter und Apparate

Bericht des Kollektivs Hispano-Suiza, französische Arbeiter, über ihre Praxis 1945–70. Tonbandprotokolle und Berichte aus einem Betrieb.
ROTBUCH 30. 160 S., DM 6,50 (5,50)

BETRIEBSFIBEL

Vorschläge zur politischen Arbeit in der Produktion von Berni Kelb. Mit einem Anhang von Jörg Hufschmid über Bilanzanalyse. In der Form eines Briefs berichtet Kelb über Möglichkeiten eines Einzelkämpfers, Organisierung von Betriebsgruppen, Agitation in der Freizeit, Flugblätter, Verhältnis zu den Gewerkschaften.
ROTBUCH 31. 72 S., DM 3,50 (2,50)

Jährlich etwa 8 neue ROTBÜCHER. Jedes ROTBUCH im Abonnement 1 Mark billiger. Abonnieren Sie in Ihrer Buchhandlung oder direkt: Verlag Klaus Wagenbach, 1 Berlin 31, Jenaer Str. 9. Falls Sie unsere Bücher in einer Buchhandlung nicht erhalten, schreiben Sie uns, wir nennen Ihnen eine andere.

WAGENBACH

facit Verlag marxistischer Studenten

Neuerscheinungen März 1972

facit Nr. 26: G. Nurtsch, Arbeiterklasse und Gesetzmäßigkeit in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft; M. Volbers, Internationale sozialistische Arbeitsteilung und ökonomische Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW); A.G. Jegorow, Die weitere Entwicklung der Sowjetgesellschaft auf dem Wege zum Kommunismus; Th. Mies, Die negative Utopie des "sozialistischen Studiums"; J. Reusch, Kultur und Kunst bei Mao Tse Tung; P. Schäfer, "K"SG (ML) – korrekte Massenlinie als rechts-, linksopportunistischer Zickzackkurs; u.a. 82 S., 2,50 DM.

facit-Reihe 11: Antiimperialistischer Kampf im Iran – Die gegenwärtigen Aufgaben der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU)! 80 S., 2,50 DM.

facit-Reihe 12: Israels Verflechtung mit dem Imperialismus:

1.) Die Krise im Nahen Osten: Der Zionismus und Israel, Die Entstehung des Staates Israel, Die Funktion Israels im Nahen Osten, Israel und die arabischen Staaten und Völker, Die Haltung der Kommunistischen und Arbeiterparteien zum Nah-Ost-Konflikt, Israel und die Bundesrepublik Deutschland. von Walter Oberst.
2.) Zionismus und Imperialismus (Ein Überblick über die Entwicklung bis zum Ende des 2. Weltkrieges): Der theoretische Zusammenhang, zwischen Imperialismus und Zionismus, Die politische Zusammenarbeit des Zionismus mit dem Imperialismus, Der Völkerbund als Instrument des Imperialismus und Zionismus. von Walter Oberst.
3.) Die wirtschaftliche Bedeutung Israels für den Imperialismus: Das ausländische Finanzkapital in Israel, Die amerikanische Hilfe, Die westdeutsche Hilfe und die Bedeutung der BRD. von Brigitte Klein.
4.) Das israelische "Modell", von Conrad Schuhler.

Mit einigen Literaturhinweisen und Dokumenten. ca. 56 S., 2,– DM.

facit-Reihe 13: Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analysen der bürgerlichen Pädagogik in der BRD.

Mit Dokumenten zum Wehrkundeunterricht, Beamtengesetz, Kultusministerrichtlinien für den Unterricht, Zitaten aus Schulbüchern u.a., ca. 90 Seiten, 2,50 DM.

Bestellungen an: facit e.V., 53 Bonn, Colmantstr. 32, z.Hd. Werner Loch.

BESTELLSCHEIN: ....., den .....

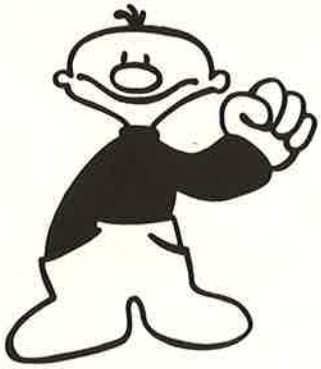
..... **Expl. facit Nr. 26 (á brutto 2,50 DM) (a netto 2,– DM)**

..... **Expl. facit-Reihe 11 (á netto 2,– DM)**

..... **Expl. facit-Reihe 12 (á netto 1,60 DM)**

..... **Expl. facit-Reihe 13 (á netto 2,– DM)**

Absender: **Unterschrift:** .....



...hören Sie mal rot! „pläne“

ROTE FAHNEN SIEHT MAN BESSER!
Phrix-Lied (unzensiert!)
Dieter Süverkrüp
17-cm-Single, stereo,
Best.-Nr. Peng 12, DM 5,–

WENN'S NACH DIR GING
die neueste LP der Münchener Songgruppe
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 88 104, DM 22,–

LINKSRHEINISCHES
"Rheinlied", "Lied vom Gastarbeiter Luigi"
Bonner Singegruppe "Solidarität"
17-cm-Single, stereo,
Best.-Nr. Peng 14, DM 5,–

WIR MACHEN DEN ROTEN PUNKT
Die Conrads, interpol Köln
17-cm-Single, stereo,
Best.-Nr. Peng 13, DM 5,–

DEIN STAAT DAS BEKANNTE UNWESEN
Dietrich Kittner
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 33 302, DM 22,–

NEUES DEUTSCHLAND
aus der Singebewegung der DDR
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 88 103, DM 22,–

LEHRLINGE ZUSAMMENHALTEN!
Süverkrüp, Floh de Cologne, Die Conrads,
Lerryn, interpol, Münchner Songgruppe
30-cm-LP, m.Text, stereo,
Best.-Nr. 33 501, DM 22,–

KÄMPFENDES AFRIKA
Widerstandslieder aus Südafrika gesungen
von südafrikanischen Studenten
30-cm-LP, m.Text, stereo,
Best.-Nr. 55 401, DM 22,–

ANGELA DAVIS
Die Liedermacher/Lerryn & Frederik
17-cm-Single, stereo,
Best.-Nr. Peng 11, DM 5,–
0,50 DM pro Platte geht an den Hilfsfond
"Freiheit für Angela Davis"

ZEITGENOSSEN
Lieder gegen Faschismus, Imperialismus
und Kolonialismus
30-cm-LP, m.Text, stereo,
Best.-Nr. 88 101, DM 22,–

BRECHT DIE MACHT DER MONOPOLE
die erste LP der Conrads
30-cm-LP, m.Text, stereo,
Best.-Nr. 88 102, DM 22,–

STREIK – A LA CALLE!
Lieder aus dem politischen Tageskampf im
Franco Spanien von Juan & José
30-cm-LP, m.Text, stereo,
Best.-Nr. 55 501, DM 22,–

Gesamtverzeichnis anfordern beim
Verlag „pläne“ GmbH
46 Dortmund, Ruhrallee 62
Telefon 12 50 93